Donnerstag, 8. September 1983

Axel Springer Verlag AG, Postf. ... Wichtige Telefon-Nummern ... 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) ... / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen ... Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 209 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

TAGESSCHAU

POLITIK

Kreml-Erklärung ungenügend: Die nur indirekte Bestätigung der Verantwortung für den Abschuß eines koreanischen Linienflugzeugs durch die Sowjetunion genügt weder den USA noch anderen westlichen Staaten als Erläuterung und Entschuldigung, wie von Präsident Reagan gefordert. Madrider KSZE-Treffen von der Sowjetaggression überschattet. Genscher: Moskau muß verlorenes Vertrauen erst wiedergewinnen. (S. 1 und 6)

Neue „DDR"-Kredite? Im Bundeskanzleramt wird angesichts der schlechten Finanzlage der „DDR" damit gerechnet, daß Ost-Berlin bald mit neuen Kreditwünschen an Bonn herantreten werde. (S. 4)

Familie Weiss frei: Die aus dem Erzgebirge stammende Elke Weiss, die in Dresden Franz Josef Strauß gegen den Widerstand des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes ein Hilfegesuch übergeben konnte, ist mit ihrer Familie ins Bundesgebiet ausgereist. (S. 5)

DGB fordert Mahn-Pause: Die deutschen Arbeitnehmer sollen nach Vorstellung des DGB am 5. Oktober von 11.55 bis 12.00 Uhr die Arbeit niederlegen; Ziel: Appell an USA und UdSSR, sich bei den Genfer Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen zu einigen.

Haushaltsdebatte: Bundesregierung bringt Haushaltsplan ein, der die Ausgabensteigerung auf 1,8 Prozent beschränkt und die Nettoneuverschuldung um 3,5 Milliarden Mark abbaut. Stoltenberg: Sanierung öffentlicher Haushalte Voraussetzung für Wirtschaftsgesundung.

Bürgerkrieg in Beirut: Weitere Tote bei schweren Gefechten, vor allem im von Moslems bewohnten Westteil der Stadt. Französische Soldaten unter den Toten. Verteidigungsminister Hernu warnt in Paris, wenn das Feuer der Batterien rund um Beirut andauere, werde Frankreich diese Stellungen zerstören. Bei Bombenanschlag in Beirut mindestens sechs Tote. (S. 1)

Shamir optimistisch: Israels designierter Ministerpräsident rechnet mit Einigung des Likud-Blocks auf eine neue Regierung bis Anfang kommender Woche.

„Grenzverletzer": Ein Westberliner wurde im Ostsektor Berlins als angeblicher „Grenzverletzer" festgenommen, meldet die SED-Agentur ADN.

Heute: Bundestag setzt Haushaltsdebatte fort. – US-Außenminister Shultz will sich mit Gromyko am Rande der KSZE-Konferenz treffen. – Fünfter Tag des „nationalen Protestes" in Chile. –

ZITAT DES TAGES



»Gerade das jüdische Volk hat leidvoll erfahren müssen, daß Friedfertigkeit allein noch nicht ein Leben in Frieden gewährleistet, daß es vielmehr auch auf die Fähigkeit ankommt, dieses hohe Gut Frieden, das ja ohne Freiheit nicht denkbar ist, zu verteidigen.«

Franz Josef Strauß in einem Grußwort zum heutigen jüdischen Neujahrsfest

FOTO: WOLFGANG MORELL

WIRTSCHAFT

309 Milliarden Bundesschuld: Die Schulden des Bundes beliefen sich Ende vergangenen Jahres auf 308,48 Milliarden Mark, teilt das Finanzministerium mit.

Kritik am IWF: Die Umschuldungspolitik des Weltwährungsfonds gegenüber lateinamerikanischen Ländern sei wirkungslos und fordere einen hohen sozialen Preis, kritisiert die Schuldenkonferenz der OAS in Caracas. (S. 11)

Bleifreies Benzin: Bundesregierung denkt über Steuerbegünstigung bleifreien Benzins nach.

Höhere Hermes-Gebühren: Prinzipiell sind Finanz- und Wirtschaftsministerium einig: Anhebung dürfte unter 40 Prozent liegen. (S. 11)

Milliardenklage: Gegen die Taurus Film GmbH, München, deren Geschäftsführer Leo Kirch und den Taurus-Repräsentanten in USA ist beim US-Bezirksgericht eine Milliarden-Schadenersatzklage erhoben worden; ihnen wird vorgeworfen, ihre marktbeherrschende Stellung am deutschen Markt für US-Unterhaltungsprogramme mißbraucht zu haben. (S. 13)

Börse: Die Möglichkeit kreditpolitischer Beschlüsse durch den Zentralbankrat führte zu nachgebenden Aktienkursen. Auch der Rentenmarkt war nur knapp behauptet. WELT-Aktienindex 137,6 (138,1). Dollarmittelkurs 2,6936 (2,6718) Mark. Goldpreis pro Feinunze 413,25 (418,25) Dollar.

KULTUR

Kreiten geehrt: Das erste Festwochen-Konzert der Berliner Philharmoniker war dem Gedenken an den Pianisten Karlrobert Kreiten gewidmet, der 1943 wegen angeblicher „Feindbegünstigung und Wehrkraftzersetzung" hingerichtet worden war.

Regional-TV in Frankreich: Als Vorbereitung für ein drittes Programm mit zwölf Sendern angelaufen.

Wieder Mao in Moskau: Auf der Internationalen Buchausstellung plötzlich wieder Mao-Werke.

SPORT

Fußball: Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, ist bereit, den europäischen Verband zu führen, „wenn der überwiegende Sektor Europas meine Kandidatur wünscht".

Tennis: Sylvia Hanika ist bei den US-Meisterschaften im Achtelfinale ausgeschieden. In nur 48 Minuten unterlag sie der Wimbledonsiegerin Martina Navratilova in New York 0:6, 3:6.

AUS ALLER WELT

Krank im All: Mehr als die Hälfte der Astronauten leiden nach Erkenntnis von Professor von Baumgarten an dem noch ungeklärten Phänomen der „Raumkrankheit" mit ähnlichen Symptomen wie Seekrankheit. Sie seien vorübergehend regelrecht „arbeitsunfähig". (S. 18)

Bus aufgeschlitzt: Vier Menschen starben und 47 wurden verletzt, als ein Sattelschlepper einen Reisebus auf der Autobahn Nürnberg–München streifte.

Wetter: Im Norden wechselnd wolkig, nach Süden zu heiter bis sonnig; 21 bis 23 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Der Westen besteht auf voller Aufklärung und Entschuldigung

Nach Eingeständnis des Abschusses attackiert Moskau den US-Präsidenten

DW./kie./SAD. **Moskau/Washington**

Das Eingeständnis Moskaus, daß die südkoreanische Passagiermaschine abgeschossen wurde, signalisiert eine tiefe Verwirrung in der Propagandamaschinerie der UdSSR. Die Erklärung der sowjetischen Regierung vom Dienstagabend, die Abfangjäger hätten den Befehl erfüllt, „den Flug zu unterbinden", steht in krassem Gegensatz zur Schilderung der Parteizeitung „Prawda" vom selben Tag. Die „Prawda" hatte den Abschuß noch heftig bestritten. Die Piloten, so hieß es darin, hätten sich äußerste Zurückhaltung auferlegt.

Politische Beobachter spekulierten gestern darüber, was letztlich zum Zusammenbruch des Gerüsts aus Schweigen, widersprüchlicher Darstellung und Propaganda geführt hat. Verschiedentlich war von Meinungsverschiedenheiten in der sowjetischen Führung die Rede. In jedem Fall, so hieß es, scheine die Position von Staats- und Parteichef Jurij Andropow angeschlagen. Es wurde darauf hingewiesen, daß Andropow in den neun Monaten seiner Amtszeit als KPdSU-Chef bemüht gewesen sei, sich als ein Führer darzustellen, der um die Verantwortung für den Frieden wisse.

Die sowjetische Propaganda versucht jetzt, eigene Fehler durch Aggressivität im Ton gegenüber den USA zu verdecken. So war gestern nicht mehr wie bislang nur von imperialistischen Kreisen der USA die Rede. Präsident Ronald Reagan wurde vielmehr als beschränkt und unfähig attackiert. Die „Prawda" karikierte den Präsidenten mit einem Hakenkreuz in der Hand.

Der nationale britische Pilotenverband (Balpa) beschloß gestern einen Boykott aller Moskau-Flüge. Er folgte damit einer Empfehlung, die am Vortag vom Weltverband der Piloten allen nationalen Verbänden zugeleitet worden war. Die in Madrid zur Schlußkonferenz versammelten westlichen Außenminister forderten, wie zuvor die USA, eine rückhaltlose Aufklärung und Entschuldigung. Bundesaußenminister Genscher nannte das Verhalten der Sowjetunion einen Akt der Brutalität und der Nichtachtung von Menschenleben.

SEITE 2:
Das hinkende Geständnis
Weitere Beiträge auf den Seiten 3 und 6

Die Entschlossenheit der USA, auf vollständige Aufklärung des Flugzeugabsturzes durch die Sowjetunion zu dringen, bekundete Außenminister George Shultz seinen NATO-Kollegen gestern in Madrid, kurz vor Eröffnung der Schlußrunde der KSZE-Folgekonferenz. Shultz ließ keinen Zweifel daran, daß er die Moskauer Stellungnahme vom Vortage als ungenügend und „zu spät" betrachte.

Die sowjetische Darstellung der Hintergründe des Flugzeugabschusses, die erst unmittelbar nach der Veröffentlichung der Tonbandprotokolle vor dem Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen am Dienstagabend gegeben wurde, ist vom amerikanischen Außenministerium in scharfer Form zurückgewiesen worden. Der Staatssekretär für politische Fragen im State Department, Lawrence Eagleburger, erklärte: „Wir sind der Lügen und Halbwahrheiten überdrüssig." In ähnlich drastischer Form bezeichnete gestern der japanische Außenminister Shintaro Abe „die Moskauer Erklärung als Fortsetzung der bisherigen Täuschungsmanöver".

Was die Politiker in Washington und Tokio vor allem aufbringt, ist die Ankündigung der Sowjets, sie behielten sich vor, auch in Zukunft so zu verfahren wie im Falle des südkoreanischen Jumbo-Jets. Eagleburger: Moskau erwarte offenbar von der übrigen Welt, hinzunehmen, daß sich die Sowjetunion bewußt nicht an die „Normen des internationalen Verhaltens und des menschlichen Anstands gebunden fühlt, die alle anderen Nationen für verpflichtend erklären". Noch immer stehe auch eine Entschuldigung für den Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeuges und für den Tod von 269 Menschen aus.

Eagleburger wies nachdrücklich die Darstellung zurück, das observierte Flugzeug sei „unbeleuchtet" gewesen und habe auf eine „Warnung" und auf „Kontaktversuche" seitens der russischen Piloten nicht reagiert. Daß die üblichen Positionslampen leuchteten, gehe eindeutig aus dem Funksprechverkehr der sowjetischen Piloten hervor, der in den USA und Japan in den vergangenen Tagen wiederholt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

● Fortsetzung Seite 6

DER KOMMENTAR

Am Lügendetektor

HERBERT KREMP

Die sowjetische Erklärung zum Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine wird den historischen Dokumenten über den realen Sozialismus beizufügen sein. Sie explodiert förmlich vor Wut über die unausweichliche Tatsache, daß es unmöglich ist, gegen die Evidenz anzulügen. Fest angeschlossen an den Lügendetektor der westlichen Abhör-Elektronik, mußten die Sowjets mit der Wahrheit überkommen. Das war von vornherein klar. Die Neugier, wie sie das wohl machen würden, begann mit der Empörung zu konkurrieren. Nun liegt das Gedrechselte vor: Eine einzige obszöne Verrenkung.

Gegen die Evidenz anzulügen, gehört nicht in die Erwachsenenkultur, sondern zu den Tastversuchen des frühen Jugendalters. Wenn ein Kind sich dergestalt verrannt hat, antwortet es zuerst mit Behauptungstrotz und dann mit Tränen des Eingeständnisses. Dieser Ausgang ist das Hoffnungsvolle, das bei einer totalitären, militanten Weltmacht leider nicht vermutet werden darf. Wenn sie ertappt wird, schlägt sie um sich. Sie verbreitet eine Wolke der Desinformation, aus der wie eine Rakete die Drohung ragt, man werde wieder schießen, weil das eigene Gesetz es gebietet. Dies ist wohl der Kern der sowjetischen Erklärung: Das Eingeständnis, in eine Story der Selbstgerechtigkeit verfremdet, mündet in einen Versuch der Einschüchterung des Rests der Welt.

Die Kriegstat im formellen Frieden, die Informations-Guerrilla gegen das Unleugbare und die aggressive Schlußfolgerung desavouieren den Mann, der letztlich für alles die Verantwortung trägt: Jurij Andropow. Das Drama verrät die Regie des KGB, des sowjetischen Geheimdienstes, den dieser Mann in jahrelanger Lenkungsarbeit auf die erreichte Höhe seiner Eigenart gebracht hat. Nun hat er ein großes Spiel verloren, und das Politbüro verzeiht nie. Sobald einen der Seinen die Fortune verläßt, schlägt die eiserne Maschine des Systems nach innen genauso bedingungslos zu, wie sie es nach außen tut. Das verquälte Dokument und der voraussehbare Zusammenbruch seiner Argumentation werden von Aufrechnungen im Kreml begleitet sein.

Wenn es nicht ein Kind ist, sondern eine hochgerüstete Weltmacht, die gegen die Evidenz anlügt, droht der Zivilisation Gefahr. Nicht die „Maßnahmen" sind dann das wichtigste, sondern höchste Aufmerksamkeit, wachen Tag und Nacht.

Stoltenberg: Konsequent auf Sparkurs. Apel: Sozialpolitisch ungerecht

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesregierung will konsequent ihren Kurs zur Konsolidierung der Staatsfinanzen fortsetzen, weil nur so die Wirtschaft auf Wachstumskurs gebracht und die Arbeitslosigkeit abgebaut werden könne. Dies macht Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg bei der Einbringung des Bundeshaushalts 1984, der eine Steigerung der Ausgaben um 1,8 Prozent auf 257,75 Milliarden Mark vorsieht, und seiner Begleitgesetze gestern im Bundestag deutlich. Mit der Etatrede wurde die dreitägige Haushaltsdebatte eröffnet. Bis zur Gesundung der Staatsfinanzen seien noch erhebliche Aufgaben zu meistern, betonte Stoltenberg.

Für die SPD lehnte deren finanzpolitischer Sprecher Hans Apel den Haushaltsansatz als falsch ab, weil dem Entwurf jeglicher Anstoß zur Überwindung der zunehmenden Beschäftigungs- und Investitionsrisiken fehle. Apel forderte konjunkturpolitische Maßnahmen mit einem Volumen von sieben Milliarden Mark, finanziert durch eine Ergänzungsabgabe, durch den Verzicht auf Steuersenkungen für Unternehmen und durch den höheren Bundesbankgewinn.

„Wir dürfen nicht weiter unsere Tagesaufgaben durch eine maßlose Verschuldung auf Kosten der Generation unserer Kinder lösen wollen", betonte Bundesfinanzminister Stoltenberg. Eine weit überhöhte Staatsverschuldung sei Ausdruck der Illusion der 70er Jahre gewesen, mehr verteilen zu können als erwirtschaftet wird. So habe sich der öffentliche Schuldenstand – einschließlich Bahn und

SEITE 2:
An der Pumpstation 2

Post – Ende 1982 bereits auf rund 700 Milliarden Mark belaufen und damit fast der Hälfte des Bruttosozialprodukts entsprochen.

Während sich der Anteil der investiven Ausgaben in den öffentlichen Haushalten von 1970 bis 1982 von 24,5 Prozent auf 16,4 Prozent verringert habe, sei der Anteil der Zinsausgaben von 3,5 auf acht Prozent gestiegen. Allein der Bund habe 1982 mehr als 22 Milliarden Mark für Zinsen ausgeben müssen, mehr also als für Kindergeld, Mutterschutz, Wohngeld und BAföG zusammen. Im Krisenjahr 1967 seien 12 Prozent der Nettoersparnis des privaten Sektors durch den staatlichen Kreditbedarf in Anspruch genommen worden. Im vergangenen Jahr habe diese Quote bei mehr als 40 Prozent gelegen, und das bei einem Anteil der öffentlichen Investitionen an den gesamten Bruttoanlageinvestitionen von nur rund 15 Prozent.

„Ohne Sanierung der öffentlichen Haushalte kann es keine wirkliche wirtschaftliche Gesundung und damit auch keine dauerhafte Lösung der Beschäftigungsprobleme geben", erklärte Stoltenberg. Deshalb seien auch alle noch so intelligenten Selbstfinanzierungsrechnungen neuer staatlicher Beschäftigungsprogramme auf Sand gebaut, wie sie von den Sozialdemokraten präsentiert worden seien. Stoltenberg: „Wenn wir nicht heute der Erschütterung der Grundlagen der Finanzen von Staat und Sozialversicherungen entschlossen entgegenwirken, werden

■ Fortsetzung Seite 10

Banken rechnen mit Erhöhung der Leitzinsen

dpa/DW. **Frankfurt**

Mit einer Erhöhung der Leitzinsen rechnet die Kreditwirtschaft auf der Sitzung des Zentralbankrates der Deutschen Bundesbank heute in Frankfurt. Mehrheitlich wurde jedoch davon ausgegangen, daß die Währungshüter nur den Lombardsatz erhöhen, den Diskontsatz aber bei vier Prozent belassen.

Zum Lombardsatz können die Geldinstitute bei der Bundesbank gegen Verpfändung von börsengängigen Wertpapieren kurzfristig Gelder aufnehmen. Entsprechend haben viele Banken den erwarteten Zentralbankratsbeschluß vorweggenommen und sich zum gegenwärtigen Satz von fünf Prozent in hohem Umfang Lombard-Mittel bei der Bundesbank besorgt. Obwohl auch innerhalb des Zentralbankrats eine Anhebung des Leitzinsniveaus – mit den negativen psychologischen Auswirkungen –, nicht unumstritten sein dürfte, müsse die Bundesbank aber zur Erhaltung ihrer eigenen Glaubwürdigkeit auf die geldpolitische Bremse treten, wurde gestern in Frankfurter Bankenkreisen argumentiert. Die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge, für die eine Wachstumszone von vier bis sieben Prozent festgelegt worden war, ist der Bundesbank aber seit Jahresbeginn mit Zuwachsraten von fast zehn Prozent aus dem Ruder gelaufen. Auch die wiederanziehenden Importpreise und Lebenshaltungskosten – nicht zuletzt durch den sehr hohen Dollarkurs beeinflußt –, werden die Mitglieder des Zentralbankrats voraussichtlich zu einer Lombardanhebung veranlassen.

Läßt China Dissidenten künftig gehen?

AFP, **Hongkong**

Die Pekinger Regierung hat angeblich ihre Einstellung zum Dissidenten-Problem geändert und wird künftig Regimekritiker nicht mehr inhaftieren, sondern ausreisen lassen. Die Hongkonger Zeitschrift „Cheng Ming" berichtete in ihrer jüngsten Ausgabe unter Berufung auf zuverlässige Quellen in Peking, daß nach der neuen offiziellen Position „Dissidenten und Rechtsabweichler" für den Staat eine „Bürde sind, die man lieber loswerden sollte".

Politische Beobachter verwiesen darauf, daß sich China damit einer von der Sowjetunion gehandhabten Praxis anschließen würde. Mehrere Autoren von Dissidentenblättern und andere regimekritische Intellektuelle befinden sich in der Volksrepublik China noch in Haft.

In letzter Zeit hätten mehrere Intellektuelle das Land verlassen dürfen, hieß es in dem Artikel des China-Spezialiten Li Ming. Als Beispiel wird auf den Schriftsteller Po Naifu verwiesen, der im Dezember 1982 in Hongkong eintraf und im März nach Taiwan ging. Po, der sich selbst als Dissident bezeichnete, hatte sich dreißig Jahre lang beharrlich geweigert, für die Regierung zu arbeiten.

Ein weiterer Fall ist die Schriftstellerin Lin Xiling, die mit Einwilligung der Pekinger Behörden seit Juli in Hongkong lebt. Sie war 1957 wegen ihrer Kritik an der kommunistischen Partei zu 15 Jahren Lagerhaft verurteilt und nach ihrer Freilassung noch immer als bürgerlich-reaktionär eingestuft worden.

Paris will in Libanon eingreifen

Hernu droht Bombenangriffe an / Sicherheit der französischen Schutztruppe gefährdet

KAGENECK/DW. **Paris/Jerusalem**

Frankreichs Verteidigungsminister Charles Hernu hat gestern Bombenangriffe auf die Artilleriestellungen rings um Beirut angedroht, wenn die Beschießung französischer Positionen in der libanesischen Hauptstadt nicht sofort eingestellt werde. „Wenn das Feuer anhält, werden wir diese Batterien zerstören", sagte der Minister. Überschalljäger vom Typ „Super-Etendard" waren gestern vom Flugzeugträger „Foch", der seit Dienstag abend vor der libanesischen Küste kreuzt, zu Aufklärungsflügen über dem Stadtgebiet aufgestiegen.

Kurz vorher waren bei einem Feuerüberfall auf das Hauptquartier der französischen Schutztruppe in Beirut ein Offizier getötet und drei Soldaten verletzt worden. Zuvor waren bereits vier französische Soldaten verletzt worden. Außenminister Claude Cheysson hatte während der Kabinettssitzung das syrische Außenministerium telefonisch ersucht, weitere Beschießungen von Beirut sofort zu unterbinden. Daraus ergibt sich, daß Paris Syrien als den Hauptschuldigen an den ständigen Zwischenfällen in und um Beirut betrachtet.

In Damaskus hielt sich gestern der amerikanische Sonderbotschafter Robert McFarlane zu Gesprächen mit dem syrischen Außenminister Abdel Halim Khaddam auf. Dabei sei die gegenwärtige Lage in der Region erörtert worden, meldete die amtlich syrische Nachrichtenagentur SANA ohne nähere Erläuterung.

Die Vereinigten Staaten hatten Syrien am selben Tag beschuldigt, die Drusen-Milizen im Kampf gegen christliche Milizen und libanesische Regierungstruppen mit Artillerie zu unterstützen. Damaskus wurde gewarnt, die USA seien militärisch stark genug, um mit jeder Situation in Libanon fertigzuwerden.

Der Chef der drusischen Milizen, Walid Dschumblatt, hat gestern in Damaskus erklärt, seine Streitkräfte würden „den Vormarsch nach Beirut fortsetzen und sich dort mit den anderen progressiven Organisationen verbünden. Ich bringe die palästinensischen Organisationen mit nach Beirut, zurück nach Sabra und Schatila, denn außerhalb der PLO gibt es keine Lösung für die Sache der Palästinenser".

Seite 6: Washington entschlossener

Pinochet: Ich mache keine politischen Konzessionen

Parteien und Gewerkschaften rufen zu neuem Protesttag

AFP/AP. **Lausanne/Santiago**

Der chilenische Präsident General Augusto Pinochet hat „politische Konzessionen" ausgeschlossen und seine Absicht bekräftigt, noch weitere sechs Jahre an der Macht zu bleiben. Gegenüber der Schweizer Wochenzeitschrift „Illustre" sagte Pinochet: „Ich habe keine politischen Konzessionen zu machen. Ich bin ein Soldat, der von seinem Land einen Befehl erhalten hat und der diesen bis zum Schluß ausführt." Er betonte: „Nur drei oder vier Parteien (unter Ausschluß der Kommunisten) werden die Erlaubnis erhalten, ihre Aktivitäten wiederaufzunehmen, aber Chile ist auf dem Weg zur vollen Demokratie."

Zu den Zwischenfällen am vierten nationalen Protesttag, die auf seiten der Demonstranten 24 Tote und 120 Verletzte forderten, sagte Pinochet: „Alles, was am 11. August geschah, wurde von der kommunistischen Partei angezettelt."

Inzwischen hat das chilenische „Nationale Arbeiterkommando" (CNT), ein Zusammenschluß gemäßigter und linker Gewerkschaften, seine Anhänger aufgefordert, heute am fünften nationalen Protesttag gegen das Militärregime teilzunehmen. Zu dem neuen Protesttag hatte die „Demokratische Allianz", ein Bündnis rechtsgerichteter, gemäßigter und linker Parteien, aufgerufen. Die Allianz appellierte an die Bevölkerung, auf Gewalt zu verzichten. Sie solle ihre Unzufriedenheit durch Boykott der Geschäfte, Schulen und öffentlichen Verkehrsmittel sowie durch Kochtopfkonzerte äußern.

Dem CNT-Führer Rodolfo Seguel wird ein neuer Prozeß gemacht. Seguel, der auch Vorsitzender des Dachverbandes der Kupfergewerkschaften ist, muß sich wegen Beleidigung und Verleumdung Pinochets verantworten. Seguel hatte den Präsidenten einen „absurden und verblendeten Diktator" genannt. Seguel hatte bereits fünf Wochen im Gefängnis zugebracht, bis er provisorisch auf freien Fuß gesetzt wurde. Er muß sich im Zusammenhang mit der Organisierung der ersten Protesttage im Mai, Juni und Juli wegen Verstoßes gegen die Staatssicherheit verantworten.

Arafat in Bukarest

AP, **Bukarest**

Knapp drei Wochen nach einem Besuch des israelischen Außenministers Yitzhak Shamir in Bukarest und elf Tage vor der Ankunft des amerikanischen Vizepräsidenten George Bush ist gestern PLO-Chef Yassir Arafat in Rumänien eingetroffen. Beobachter schließen einen Zusammenhang zwischen diesen Besuchen nicht aus und halten es für möglich, daß Rumänien eine Rolle als Zwischenträger von Botschaften der in den Nahost-Konflikt verwickelten Parteien spielen könnte.

Präsident Ceausescu bemüht sich um eine Vermittlung im israelisch-arabischen Konflikt.

Steckt Libyen hinter Anschlag?

AP, **Berlin**

In den Bombenanschlag auf das Maison de France in Berlin soll nach einem Bericht, der gestern in der „Berliner Morgenpost" veröffentlicht wurde, Libyen verwickelt gewesen sein. Die Zeitung beruft sich auf „zuverlässige Quellen". Den Sicherheitsbehörden der Stadt liege ein geheimes Fernschreiben eines westlichen Nachrichtendienstes vor, aus dem „eindeutig" hervorgehe, daß die libysche Botschaft in Ost-Berlin an dem Anschlag beteiligt gewesen sei.

Der Leiter des Berliner Staatsschutzes, Manfred Ganschow, wollte sich gestern zu dem Bericht nicht äußern.

Paris für ein Urlaubsjahr

AFP, **Paris**

Eine Gesetzesvorlage zur Einführung des Sabbatjahres und der Beurlaubung zur Unternehmensgründung ist gestern vom französischen Ministerrat gebilligt worden. Lohnempfänger, die mindestens sechs Jahre Berufserfahrung haben und drei Jahre in demselben Betrieb tätig sind, sollen künftig das Recht auf unbezahlten Urlaub von sechs bis elf Monaten bekommen.

Wer ein Industrieunternehmen gründen oder übernehmen will, hat Anrecht auf bis zu zwei Jahre unbezahlten Urlaub, sofern er drei Jahre in seinem Betrieb gearbeitet hat.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

An der Pumpstation

Von Peter Gillies

Wenn der Staat Geld ausgibt, handelt es sich um einen sozialen Akt. Sieht er sich dagegen genötigt, wieder einzusammeln, folgt der Aufschrei der „sozialen Demontage". Auch gestern im Bundestag fand diese Naivthese über staatliches Finanzgebaren ihre Anhänger.

Stoltenberg stellte dagegen klar: „Ein Sozialstaat auf Pump ist in Wahrheit kein sozialer Staat, sondern eine Versündigung an der Zukunft unseres Volkes." So ist es. Die Dimension des Unsozialen mag für Normalverbraucher schwer zu fassen sein. Wenn sich unsere Staatsverschuldung mit Riesenschritten der Billionengrenze nähert, so bleibt dies abstrakt.

Aber die Politik – weltweit übrigens – steht in der Pflicht, den Teufelskreis zu unterbrechen, der ständigen Verführung gegenwärtigen Wohllebens auf Kosten künftiger Generationen zu widerstehen. Der Wohlfahrtsstaat bleibt nur finanzierbar, wenn er seine Maßlosigkeit zügelt und zu den Grenzen zurückfindet, die das Verteilbare hergeben.

Psychologisch ist der Stimmungswandel eingetreten, die Illusion unendlicher staatlicher Zahlungsfähigkeit weitgehend zerstoben. Aber faktisch hinkt die Finanzpolitik diesem gewandelten Bewußtsein nach. Der Opposition fiel gestern nichts anderes ein, als die alten Rezepte anzubieten, die so tief in die Krise führten.

Nun beruft sich die Bundesregierung darauf, sie steuere einen Kurs der Mitte an, weil sie weder auf jene hört, die noch rigoroser sparen wollen, noch auf jene, denen der Rotstift schon heute als Inbegriff des Unsozialen erscheint.

Aber wenn die Dimensionen einer riesenhaften, zudem unsozialen Verschuldung korrekt von Stoltenberg skizziert sind, stellt sich die Frage, ob die eingeleiteten Maßnahmen der Herausforderung entsprechen. Das ist zu bezweifeln, denn dieser Staat entfernt sich immer weiter von der Ausgeglichenheit seines Budgets.

Die Beharrlichkeit Stoltenbergs, sich mit kleinen Schritten auf ein langes Hindernisrennen zu begeben, sei anerkannt. Aber weltweit stellt sich die Frage, ob pluralistische Demokratien überhaupt die Kraft aufbringen, die von ihnen geschürte Begehrlichkeit mit der nötigen Energie zu drosseln. Eher lege sich ein Hund einen Wurstvorrat an, als eine demokratische Regierung ein finanzielles Polster, meinte einst ein bekannter Ökonom.

Hungern für HDW

Von Diethart Goos

Die ganze Misere der norddeutschen Werftindustrie wird in diesen Tagen einer breiteren Öffentlichkeit im ganzen Land vor Augen geführt. In Bremen wird der Betrieb der AG Weser geschlossen, 2000 Arbeitsplätze fallen weg, und das kurz vor der Bürgerschaftswahl. In Hamburg müssen sich die Howaldtswerke-Deutsche Werft in ihren Betrieben Roß und Reiherstieg ebenfalls von 2000 Mitarbeitern trennen.

Etwa 600 sind der drohenden Entlassung durch Ausscheiden zuvorgekommen. Doch 1354 Werftarbeiter haben jetzt mit ihrer Kündigung zu rechnen. Frauen der Betroffenen haben gestern in ihrer Verzweiflung an den St.-Pauli-Landungsbrükken, wo täglich tausende Touristen Hafenluft schnuppern, einen Hungerstreik begonnen.

Aber was ändert das an der trostlosen Lage? Die jüngsten Arbeitslosenzahlen zeigen ein düsteres Bild. Bremen ist mit 13,4 Prozent einsamer Spitzenreiter. Und Hamburg, mit seiner enormen Wirtschaftskraft lange erheblich unter dem Nürnberger Mittel, meldet jetzt immerhin 10,2 Prozent Arbeitslose.

Mit irrationalen Argumenten wollen die hungerstreikenden Frauen, Funktionäre der IG Metall sowie politische Hitzköpfe der linken SPD Arm in Arm mit Grün/Alternativen die Werftkrise gesundbeten. Obwohl der deutsche Handelsschiffbau bis auf wenige Spezialisierungen wegen enormer Kosten nicht mehr konkurrenzfähig ist, soll er am Leben gehalten werden. Bürgschaften des Bundes, die dringend benötigte Aufträge im Militärschiffbau erst möglich machten, sollen für neue Handelstonnage verwendet werden, die kein Reeder kaufen will.

Auch der Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi – wirtschaftspolitisch versiert und über internationale Zwänge orientiert – beteiligt sich an diesen unrealistischen Konzepten. Dem Hamburger HDW-Betrieb wäre sicher besser geholfen, wenn der Senat die in Aussicht gestellte Bürgschaft zusagte und damit den Hundert-Millionen-Auftrag zum Umbau der „United States" nach Hamburg holen würde.

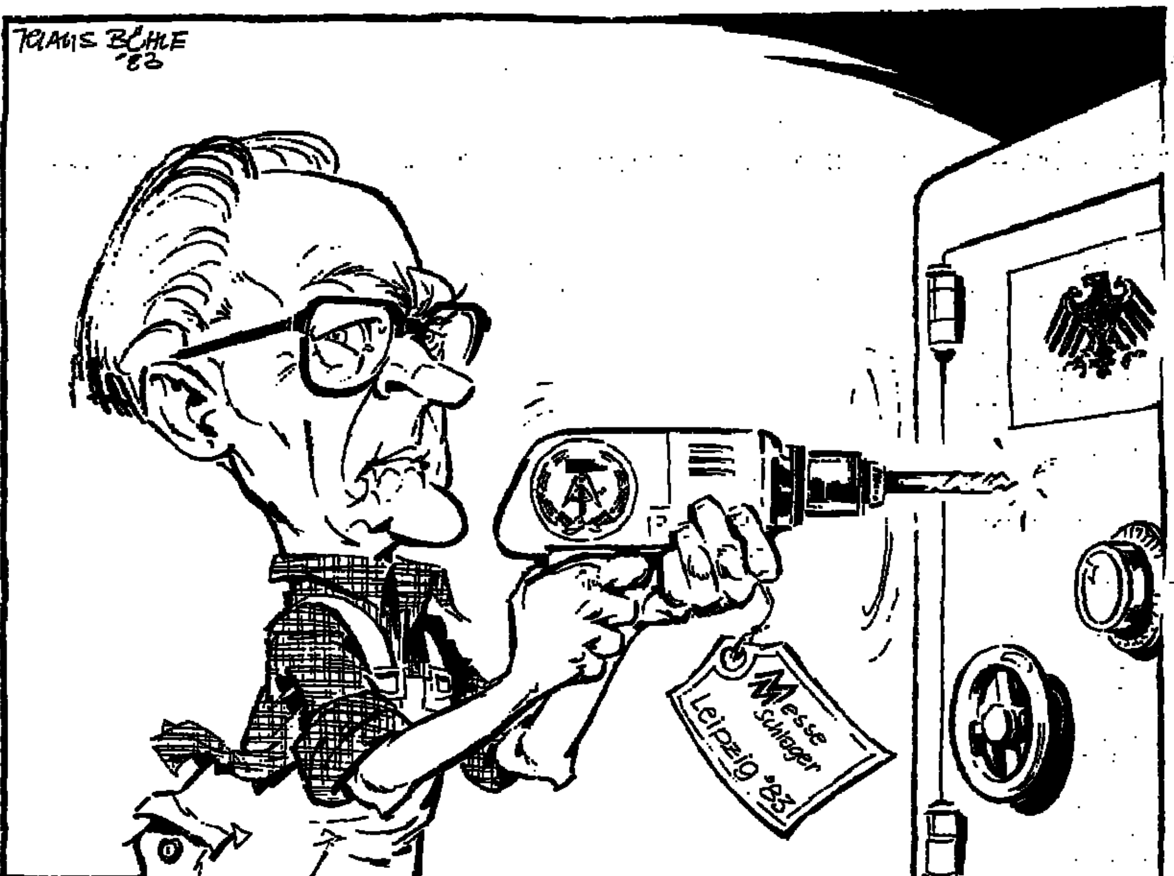
Plastik – Sprache

Von Heinz Barth

Kein schöner Land, fürwahr, als dieses Land, wo nur noch „Regelverstöße" vorkommen. Wenn da – wie es im Neudeutsch verharmlosend heißt – „schon mal" Steine fliegen und Polizistenköpfe bluten, sind nur noch Regeln verletzt, keinesfalls aber Gesetze gebrochen worden. Wie beruhigend für die „Blauäugigen"! Die ganz Naiven und allzu Arglosen, so will es die Sprache der Häme, sind am Blau ihrer Augen zu erkennen. „Gute", aber leider auch dümmliche Menschen, die nicht merken, wenn ihnen von ausgepichten Wort-Verformern in schonender Dosierung ein wenig subkutaner Rassismus verpaßt wird.

Noch haben sich die Skandinavier nicht beschwert. Von den Türken ist zu befürchten, daß sie reklamieren, sobald ihnen aufgeht, daß der Mangel an Bläue ihrer Aufenthaltsbewilligung schaden könnte. Das Angstdeutsch der subalternen Umschreibungen, das vor jedem kraftvollen und erfrischenden Wort der Wahrheit flüchtet, hat uns im Griff. Wir trauen uns nicht mehr, die Dinge beim Namen zu nennen. Die Aufwartefrau wurde zur Raumpflegerin befördert. Das Hausmädchen über die Hausbedienstete zur Hausangestellten. Unablässig produziert eine tatsachenscheue Semantik Ersatzbegriffe der egalitären Gesellschaft, abwaschbar und „pflegeleicht" wie Plastik-Geschirr. Es gibt keine Altersheime, sondern nur noch Seniorenheime. Wir kennen keine Greise mehr, sondern nur noch das „dritte Alter".

Die Scheu, mit der soziale Empfindlichkeiten geschont werden sollen, macht unerfreuliche Tatsachen noch schlimmer, als sie sind. Es tröstet überzählige Werftarbeiter nicht, wenn sie „freigestellt", aber nicht mehr „entlassen" werden. Es richtet die Raumpflegerinnen, Senioren und entlassenen Werftarbeiter nicht auf, wenn ihnen ein semantisches Heftpflaster aufgeklebt wird. Aus einem „Azubi", der sich seelisch unterdrückt fühlt, wenn er Lehrling genannt wird, kann ohnehin nichts werden. Die Mollusken-Worte, mit denen die Betroffenen erst darauf gestoßen werden, daß sie die Wahrheit nicht vertragen können, sind das Gegenteil von taktvoller Schonung. Eine Sprache, die vor der direkten Aussage davonläuft, degeneriert zu unhöflicher Höflichkeit.



Die Firma Hon und Necker bei der Vorführung

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Das hinkende Geständnis

Von Günter Zehm

Die jüngste, durch Tass übermittelte Erklärung der Sowjets zum Luftzwischenfall bei Sachalin, in dem Moskau zum ersten Mal zugibt, den zivilen südkoreanischen Jumbo abgeschossen und 269 Zivilisten dem Tode überliefert zu haben, schafft zumindest in einer Hinsicht Klarheit: Die mörderische Tat war kein Produkt des Zufalls, keine Kurzschlußhandlung untergeordneter Dienststellen, sondern sie beruhte auf einer Entscheidung allerhöchster Gremien, entweder Andropows selbst oder seiner Stellvertreter Tichonow, Tschernenko und Gromyko.

Zweieinhalb Stunden lang, so berichtet Tass jetzt, habe die Luftverteidigung „die Handlungen des Luftraumverletzers und seinen Kurs analysiert und ausgewertet". Erst als der KAL-Jet dem Hoheitsgebiet der UdSSR zu „entkommen" versuchte, habe der Abfangjäger *den Befehl zur „Unterbindung"* des Fluges erhalten und ausgeführt.

Die Sorge aufgeregter Friedenskämpfer, derartige Vorkommnisse könnten gleichsam im Selbstlauf kriegerische Verwicklungen auslösen, scheint also unbegründet. Auch in Verteidigungsfragen regiert, wie überall im Sowjetsystem, der strikteste Moskauer Zentralismus. Und die verantwortlichen Kreml-Strategen lassen sich Zeit, sie wägen Nutzen und Schaden von Aktionen gründlich ab, bevor sie den Befehl dazu geben.

Die Dimensionen der Untat vor der Südspitze Sachalins erscheinen im Licht dieser Erkenntnis freilich noch monströser und grausamer, als man vorher schon befürchten mußte. Es kann keinen Zweifel mehr daran geben, daß sich die Sowjetführung über die Identität der koreanischen Zivilmaschine völlig im klaren gewesen ist. Eiskalt wurde ein Exempel statuiert. Weil man sich an die im Kurilengebiet operierenden amerikanischen Aufklärer nicht herantraut (oder weil man sie nicht erreichen kann), nahm man die Gelegenheit eines vom Kurs abgekommenen Verkehrsflugzeugs umgehend wahr, um einmal sein militärisches Platzherrentum in dem fraglichen Gebiet zu demonstrieren und eine kriegerische Handlung hart am Rand des kalkulierbaren Risikos einzuleiten. Daß das Opfer eine Maschine der südkoreanischen Luftverkehrsgesellschaft war, deren Piloten bei den Sowjets als besonders sorglos und „provokatorisch" gelten, machte die Gelegenheit wahrscheinlich um so willkommener.

Man hat ziemlich genau kalkuliert, wie die Reaktionen des Westens zeigen. Der Gang der laufenden diplomatischen Geschäfte, Genfer Abrüstungsgespräche und US-Weizenlieferungen, wird nicht unterbrochen. Und wahrscheinlich hätte man sich sogar die Sondersitzung des Weltsicherheitsrates ersparen können, wenn man in der Informationspolitik etwas geschickter gewesen wäre. Hier, bei der sowjetischen Informationspolitik, liegt die Achillesferse der Affäre für die Moskowiter. Sie haben wahrscheinlich nicht mit dem außerordentlich schlechten Eindruck gerechnet, den die Verlogenheit und Widersprüchlichkeit der diversen Erklärungen der Regierung überall in der Welt hinterlassen würden. Und sie haben offensichtlich auch nicht erwartet, daß die Amerikaner über ein so lückenloses System zur Aufklärung des Abschusses verfügen würden.

So leugneten sie zunächst einmal alles ab und machten dann immer nur stückweise Einlassungen. Man mußte ihnen die Wahrheit geradezu aus der Nase ziehen. Und auch jetzt, da sie nun endlich voll am Tag ist, gibt man sich frech und täppisch zugleich wie ein ertappter, aber verstockter Sünder. Man behauptet, der KAL-Jet habe keine Positionslichter getragen, obwohl auf den vor dem Sicherheitsrat abgespielten Tonbändern mit der Stimme des Mordpiloten sogar mehrere Male von eben diesen Lichtern die Rede ist. Man munkelt von irgendwelchen ganz besonders raffinierten US-Spionen, die sich unter die unschuldigen Passagiere des Jets gemischt hätten, und man schreckt nicht einmal vor der wüsten Phantasiestory zurück, alles sei von Anfang an ein dämonisch eingefädelter Coup Präsident Reagans gewesen, der damit die internationale Atmosphäre habe vergiften wollen.



Niederlage an der Informationsfront: Moskaus UNO-Botschafter Oleg Trojanowskij FOTO. AP

Dabei bricht die Menschenverachtung, die vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber dem einzelnen, aus allen Ecken und Enden des Moskauer Kommuniqués hervor. Ihr militärbürokratischer Slang muß jedem Leser Übelkeit verursachen, der sich daran erinnert, *daß es ja in voller Absicht* gegen waffenlose Zivilisten, nicht zuletzt gegen Frauen und Kinder, gegangen ist. Der Raketen-Abschuß selbst wird mit dem blödsinnigen Euphemismus „Unterbindung des Flugs" umschrieben. In ein und demselben Atemzug wird gesagt, die südkoreanische Maschine habe geschwiegen, und sie habe „kurze, kodierte Funksignale" abgegeben, „wie sie gewöhnlich (!) bei der Übermittlung von Spionageinformationen verwendet werden". Und am Ende schreckt man nicht davor zurück, die 269 Abschußopfer gegen die „Zehntausende chilenischer und salvadorianischer Patrioten" aufzurechnen, die die USA angeblich auf dem Gewissen haben.

Das Ganze ist ein völlig ungenießbarer Brei aus Unverschämtheit und Anmaßung, mit dem man allenfalls noch die Scheuklappen eines westdeutschen Friedenskämpfers stabilisieren, nicht aber die Meinung einer halbwegs aufgeklärten Weltöffentlichkeit beeinflussen kann. Zumindest an der „Informationsfront" haben die Sowjets eine schwere Niederlage erlitten. Die Opfer des KAL-Jet werden dadurch zwar nicht mehr lebendig, aber vielleicht war ihr bitterer Opfergang nicht ganz umsonst. Vielleicht trägt er dazu bei, wieder einigen im Westen die Augen zu öffnen und die westliche Politik insgesamt realistischer zu machen.

IM GESPRÄCH Sergio Jarpa

Chiles Mann von morgen?

Von Manfred Neuber

Chiles neuem Innenminister, Sergio Onofre Jarpa Reyes (62), fällt eine Schlüsselrolle bei dem Bestreben Präsident Augusto Pinochets zu, sein angeschlagenes Regime wieder zu festigen, einen Dialog mit der Opposition im Lande zu beginnen und auf lange Sicht einen demokratischen Wandel einzuleiten.

Schon spricht man in Santiago von einem „Kabinett der Freunde Jarpas"; denn bei der 33. Umbildung der Regierung nach Pinochets Machtübernahme vor zehn Jahren mußten einige Generale die Ministersessel räumen, und rechtsgerichtete Zivilisten rückten auf.

Der Staatschef wollte Jarpa seit langem mit der Stellvertreter-Funktion betrauen, aber der bisherige Botschafter in Buenos Aires ließ sich lange bitten. Erst als er vergeblich versucht hatte, einige Christdemokraten für eine Mitarbeit zu gewinnen, sagte er jetzt zu.

Nur der neue Wohnungsbauminister Modesto Collados verwaltete dasselbe Ressort bereits unter dem christdemokratischen Präsidenten Eduardo Frei; als „Jarpas Freunde" sind die aus der konservativen Nationalpartei stammenden Minister Andrés Passicot (Wirtschaft), Hugo Gálvez (*Arbeit*) *und Alfonso Márquez* de la Plata (Regierungssprecher) anzusehen.

Jarpa führte sich als Innenminister nicht sehr geschickt ein. Kopfschütteln löst die Äußerung aus, die nächtliche Ausgehsperre werde erst aufgehoben, „wenn sich die Kinder auf der Straße wieder gut benehmen". Oppositionspolitiker qualifizierte er als „bekannte Exhibitionisten" ab.

Sein früherer Parteifreund und Senatskollege Armando Jaramillo, jetzt führend in der neuen Republikanischen Partei, schalt daraufhin Jarpa einen „Papagei Pinochets". Und der christlichdemokratische Parteiführer Gabriel Váldes hielt ihm vor, nichts von Demokratie zu verstehen und deshalb „am wenigsten dafür geeignet zu sein, die derzeitige Krise zu überwinden".



Erst Ordnung, dann Wandel: Innenminister Jarpa FOTO: CAMERA PRESS

Vor dem Putsch 1973 galt Jarpa als aussichtsreichster Präsidentschaftskandidat in Chile, doch bei einer Nachwahl zum Senat kam er nur auf den vierten Rang hinter Eduardo Frei, dem Kommunisten Teitelboim und dem Sozialisten Altamirano. Auf Drängen seiner Nationalpartei gab er den Vorsitz ab, um danach ein Bündnis mit den Christdemokraten zu ermöglichen.

Jarpa unterstützte den Machtwechsel im September 1973 und forderte das Militär nach kurzer Zeit auf, seine Nationalpartei als tragende Basis des neuen Regimes anzuerkennen. Als er von Pinochet abgewiesen wurde, griff er die Regierung publizistisch an. Sein Blatt „La Tribuna" wurde 1974 geschlossen. Als Trostpreis erhielt Jarpa den Posten des UNO-Botschafters. Später, als Botschafter in Argentinien, half er, einen Krieg wegen des Territorialstreits um den Beagle-Kanal zu vermeiden. Washington sehe, so heißt es, in Jarpa den geeigneten Kopf, eine Übergangsregierung nach Pinochet zu führen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

WESTFALENPOST

Die in Hagen herausgegebene Zeitung schreibt zum Wald-Bericht der Bundesregierung:

Wenn die Bundesregierung ... von besorgniserregenden neuen Schäden im Wald spricht, dann muß zuvor anhand der jüngsten Schadenserhebungen eine dichte Kette von Alarmmeldungen bis in die Bonner Amtsstuben gelangt sein. Was ist nach dem heißen Sommer los? Erst im nächsten Frühjahr wird das volle Fiasko sichtbar werden. Die Frühwarnung des Kabinetts läßt auf eine miserable Situation schließen. Mit dem Schicksal des Waldes hängen unser Klima und die Qualität von Wasser und Luft zusammen. Das Problembewußtsein ist allenthalben gewachsen, auch bei den Politikern.

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt greift die Kontroverse um die Papst-Rede in Breslau auf:

Was der Briefwechsel zwischen Kardinalstaatssekretär Casaroli, dem Außenminister des Papstes, und Kardinal Höffner, dem Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, beweist: Der Papst bekam den Zorn der Vertriebenen zu spüren wegen seiner Reden in Breslau und Annaberg, wo der Hinweis, das Land sei nunmehr nach Jahrhunderten wieder polnisch geworden, in der Bundesrepublik böses Blut machte. Der Papst wies Casaroli an, sein Bedauern zu äußern. Für diesen Brief dankte Kardinal Höffner dem Papst. Vermutlich hat der Kölner Oberhirte die Papstpost dringlich in Rom angemahnt. Viel wichtiger als derlei Korrespondenz ist es – da in Genf die Weltmächte die atomare Zukunft Europas verhandeln – das Partnerland Polen und seinen Regierungschef Jaruzelski endlich aus westlichem Acht und Bann zu befreien. Der Deutschland*politik ist es gelungen, die Ostberli*ner Führung in die westdeutsche Friedensinitiative hineinzuzwingen. Der polnische Premier indes, den man durchaus nötig brauchte, um die Abrüstungspolitik des Warschauer Paktes geschmeidiger zu machen, wird vom Westen als Unperson abgetan.

Eßlinger Zeitung

Hier heißt es über die Bonner Etat-Debatte:

Sanierung gelingt nur über schmerzhaftes Gesundschrumpfen, Modernisieren und Rationalisieren. Es gilt, Ersatzarbeitsplätze zu schaffen und einige Jahre zu überbrücken, bis geburtenschwache *Jahrgänge* den Arbeitsmarkt entlasten. Und bis Investitionen greifen, für die eine Politik der Schonung der Privatwirtschaft Raum schaffen muß. Die Strapazen dieser Langstrecke sind nur zu bestehen, wenn sie sich nicht in schädlichen Zweikämpfen aufreibt, wie wir sie in den vergangenen Monaten erlebten. Bundeskanzler Kohl *wird den größten Teil hierauf* verwenden müssen. Sein Vertrauenskapital ist immer noch groß, doch wird es schwinden, wenn seine, die „Koalition der Mitte", nicht wirklich das tut, was sie versprochen hat: durch gerecht verteilte und klug eingesetzte Opfer der Wirtschaft wieder auf die Beine und den Finanzen aus dem Schuldenloch zu helfen. Die große Etatdebatte ... im Bundestag bietet Gelegenheit, diesbezügliche Zweifel zu zerstreuen.

In Blackpool setzt die Dampfwalze zum Wendemanöver an

Großbritanniens Gewerkschaften reden von Partnerschaft und Realismus / Von Fritz Wirth

In dem mit aggressiven Kampfvokabeln verkleisterten Wortschatz der britischen Gewerkschaften tauchten in diesen Tagen auf dem Jahreskongreß in Blackpool einige in diesen Kreisen fast exotisch und fremdartig klingende Wörter auf: „Partnerschaft" und „Realismus". Sie sind die hörbaren Signale einer Wende und Kursänderung der bisher geradlinigsten und meistgefürchteten Dampfwalze, die seit Jahrzehnten durch die britische sozialpolitische Landschaft rollt.

Diese Gewerkschaften beginnen ihre ideologischen Scheuklappen abzulegen. Sie sind dabei, sich von einer Vergangenheit abzunabeln, *in der sie sich als gar nicht so stille* Teilhaber der politischen Macht im Lande begriffen. Sie gehen auf Distanz zur Labour Party, deren politischer Geburtshelfer sie einst waren, und planen das in ihren Kreisen bisher Undenkbare: den direkten Dialog mit einer konservativen Regierung.

*Die Ära der automatischen Kon*frontation mit den Tories scheint vorüber. Hier bahnt sich ein historischer Rollenwechsel an: Die britischen Gewerkschaften vertrauen nicht mehr auf die reformierende und korrigierende Kraft der Labour Party, mit deren Hilfe sie bisher fast alle von den Konservativen initiierten Gesellschaftsreformen revidierten. Sie schwenken statt dessen auf einen – wenn auch zunächst noch vorsichtigen – Kooperationskurs mit der Regierung Thatcher ein.

Es muß betont werden: Dies ist nicht eine dramatische „Packen-wir's-an-Wende" und kein enthusiastischer Neubeginn. Das alles vollzieht sich vielmehr unter beträchtlichen Schmerzen und mit der Desillusion jener, die soeben aus einer Sackgasse zurückkehren. Es ist ein notgedrungener Rollenwechsel, aber er ist deshalb kaum weniger ehrbar.

Das entscheidende Vehikel zu diesem Reifeprozeß der Vernunft waren die letzten Unterhauswahlen. Die Tatsache, daß nur noch 39 *Prozent der 10,5 Millionen* eingeschriebenen britischen Gewerkschaftsmitglieder für die Labour Party stimmten, belegte schlagartig, daß die alten, verbrauchten und mißbrauchten politischen Allianzen zwischen britischen Arbeitern und Arbeiterpartei nicht mehr stimmten.

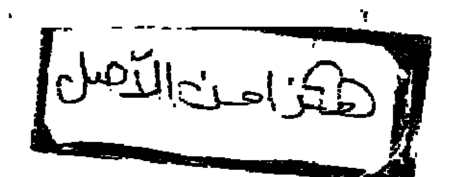
Diese Einsicht ist der „neue Realismus von Blackpool". Er zeigt: Die Gewerkschaften haben schneller und entschlossener die Lehren aus der Wahlkatastrophe Labours vom 9. Juni gezogen als die Labour Party selbst. Dieser schmerzhafte neue Realismus der britischen Gewerkschaftsfunktionäre ist keineswegs in erster Linie das Ergebnis des ungeheuren Sozialdrucks der *Arbeitslosigkeit, der die britischen* Arbeitnehmer gezähmt hat, wie gern oberflächlich behauptet wird.

Die Sache verhält sich anders. Wenn trotz drei Millionen Arbeitsloser 61 Prozent der Gewerkschafter bei einer Wahl der Labour Party davonlaufen, dann belegt das zunächst einmal, daß die überwiegende Mehrheit dieser Gewerkschaftsmitglieder der Labour Party und den Gewerkschaftsfunktionären nicht die Behauptung abgekauft hat, daß dies die Arbeitslosen der Regierung Thatcher seien.

Es wird vielmehr immer deutlicher erkennbar, daß der britische Arbeitnehmer kritischer, nachdenklicher und selbständiger geworden ist, als es die Labour- und Gewerkschaftsführung bisher vermutete. Dieser Reife- und Emanzipationsprozeß an der Gewerkschaftsbasis ist in erster Linie das Ergebnis bedeutsamer soziologischer Strukturänderungen in der britischen Arbeitnehmerschaft. Die Ära der intellektuell oft hilflosen Fließbandarbeiter geht zu Ende. Die neue Gewerkschaftsbasis ist beruflich und gedanklich selbständiger und besser ausgerüstet als die Generation ihrer Väter. Und: Diese neue Generation folgt nicht mehr bereitwillig und instinktiv jedem Streikaufruf ihrer bisherigen Vordenker.

Premier Wilson noch forderte einst in Downing Street in fast hilfloser Ohnmacht einen hohen Gewerkschaftsfunktionär auf: „Zieh deine Panzer von meinem Rasen ab." Es war vergeblich. Die Panzer blieben. Wilson wurde ebenso wie seine Nachfolger Heath und Callaghan, die beide von den Gewerkschaften zu Fall gebracht wurden, ein Opfer dieser außerparlamentarischen Machtwillkür. Es ist der Verdienst Frau Thatchers, vom ersten Tag ihrer Amtszeit an, den Gewerkschaftspanzern erst gar nicht den Aufmarsch in ihrem Garten erlaubt zu haben. Hier hat eine Abrüstung wilder Gewerkschaftsmilitanz stattgefunden. Sie hat statt dessen den Gewerkschaftern ihre alte klassische Rolle zugewiesen. Sie respektiert sie als Vertreter der *Arbeitnehmerschaft und* beschnitt rigoros ihre Teilhabe an der politischen Macht.

Die sich anbahnende neue Partnerschaft ist ein verheißungsvoller Neubeginn. Die konservative Regierung ist gut beraten, diese neuen Partner nun nicht allzu triumphierend in die Rolle der reuigen Sünder und Bittsteller zu drängen.



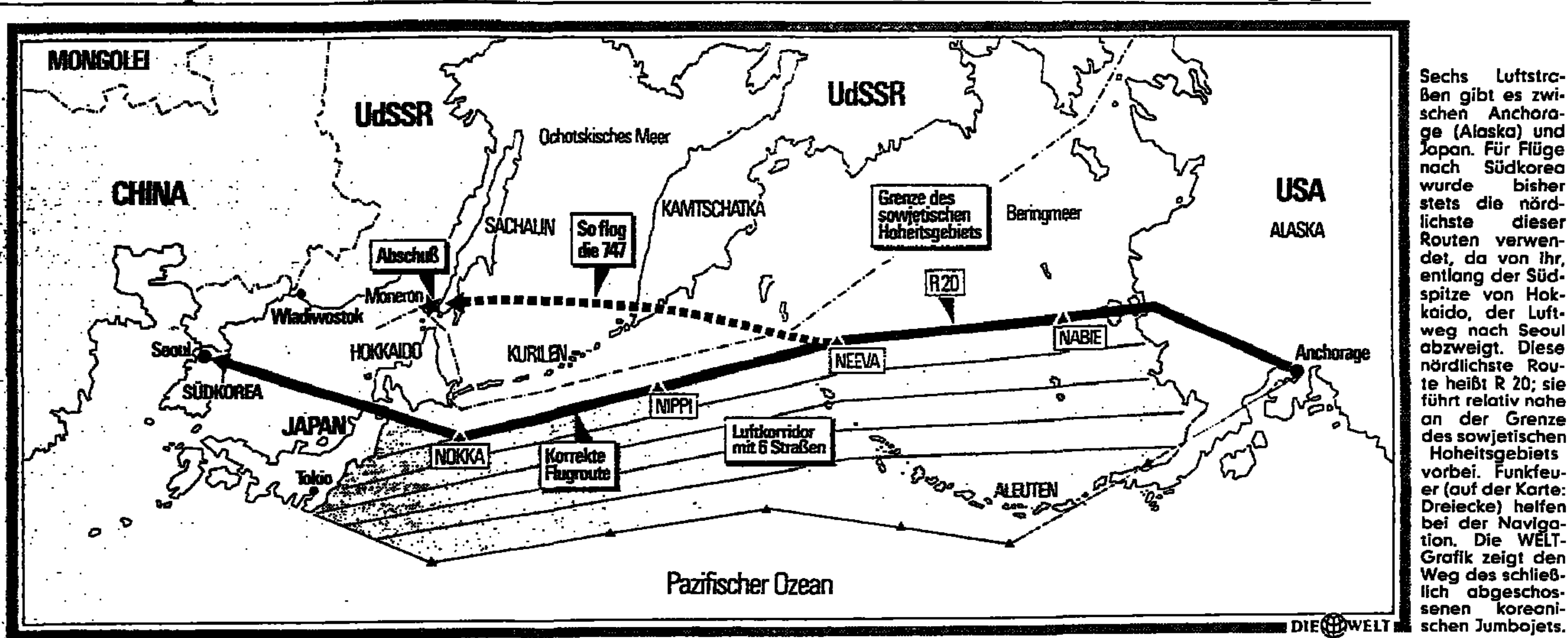
Flugzeugabschuß: Der klaren Sprache der Piloten setzt Moskau aggressive Töne entgegen

Überführt vom Funksprech-Text des sowjetischen Kampffliegers mit der Bodenstation, hat Moskau endlich den Abschuß der koreanischen Linienmaschine eingestanden. Wir geben im folgenden die sowjetische Erklärung im Wortlaut wieder. Ihr dokumentarischer Wert besteht darin, daß sie eine Art Fluchtversuch in aussichtsloser Position darstellt. Moskau äußert sich gequält und gleichzeitig aggressiv: Die Tat wird bemäntelt, die Verantwortung für den Tod von 269 Zivilisten einer amerikanischen „Provokation" angelastet. Von dieser Version hebt sich die Klarheit der Pilotensprache ab, eine Stimme wie aus dem Krieg. Wir geben den Funksprech-Text in den wesentlichen Passagen, wie sie von der Deutschen Presseagentur gesendet wurden, wieder.

Das funkten die sowjetischen Jäger

121: Kurs 100 steigt auf 8000 Meter ...
121: Ich habe nicht verstanden, welchen Kurs, mein Kurs ist 100
121: Ich führe das aus
121: Kurs 50
805: Auf Kurs 240
805: Ich sehe es
805: Richtig verstanden, ich fliege hinterher
163: Kurs 30, 8000 Meter
165: Befolge Kurs 100
805: Richtig verstanden Abstand zum Flughafen?
805: Richtig verstanden
163: Höhe 4900 Meter, wird ausgeführt
121: Habe nicht verstanden
121: Ich führe das aus
805: Treibstoffvorrat drei Tonnen
805: Richtig verstanden! Wiederhole den Kurs
805: Nach links, vermutlich nicht nach rechts
805: Befolge Kurs 260
805: Auf Kurs 260, richtig verstanden
805: Auf Kurs 220 – 7500 Meter
805: Soll ich das Waffensystem abschalten? Verstanden!
805: Ja es hat gewendet, das Ziel ist auf 80 Grad zu meiner Linken
805: Befolge Kurs 240
805: Kurs 240, verstanden
805: Richtig, das (strobe) Licht des Ziels blinkt
163: Kurs 245, 7500 Meter
805: 8000 Meter, verstanden
805: Ich sehe es visuell und auf Radar
805: Richtig
805: Ich sehe es, ich habe mich auf das Ziel aufgeschaltet
805: Das Ziel antwortet nicht auf I. F. F. (Freund-Feind-Identifikation, d. Red.)
805: Das Ziel fliegt Kurs 240 Grad
805: Das Waffensystem ist angeschaltet
805: Es behält den gleichen Kurs bei
805: Ich habe genug Geschwindigkeit. Ich brauche meinen Nachbrenner nicht einzuschalten
805: Mein Brennstoffbestand ist 2700
163: Ich habe meine Tanks abgeworfen, einen bei 4000, einen bei 3800
805: Kurs des Ziels bleibt der gleiche
805: Ich habe auf das Ziel aufgeschaltet (I am in lock-on)
805: Kurs 240
805: Kurs des Ziels ist 240
163: Deputat fragt an: Seht Ihr das Ziel oder nicht?
163: Seht ihr es noch?
805: Ruft ihr 805?
805: Wer ruft 805?
805: Ich sehe es (mit Bestimmtheit)
163: Karnaval (?) sieht es nicht
805: Die Navigationslichter brennen, das (strobe) Licht blinkt
163: Verstanden, ich bin auf 7500 Kurs 230
805: Ich nähere mich dem Ziel
805: Ich habe genug Zeit
805: Wiederhole das
121: Ich führe das aus
163: Ich fliege hinter dem Ziel im Abstand von 25, seht ihr mich?
805: Firlefanz, ich gehe, mein Schalter ist beleuchtet; Raketensprengkopf eingeschaltet
(in Englisch: Fiddlesticks, I'm going, my indicator is lit; missile warheads are already locked-on)
805: Ich antworte
805: Ich habe geantwortet
805: Ich muß näher ran
805: Ich schalte lock-on an und nähere mich dem Ziel
805: Ich habe lock-on abgebrochen
805: Genau: ich habe ausgeführt
163: Führe das aus
805: Ja, ich nähere mich dem Ziel. Ich gehe näher ran
805: Das (strobe) Licht des Ziels blinkt. Ich habe mich dem Ziel bereits auf zwei Kilometer genähert
805: Das Ziel ist auf 10 000 Meter Höhe
163: Ich sehe beide, Entfernung zehn und 15 Kilometer
805: Wie lauten die Instruktionen?
163: Verstanden
805: Das Ziel verlangsamt seine Geschwindigkeit
805: Ich fliege um es herum, ich bin schon dabei, mich vor das Ziel zu setzen
805: Ich habe die Geschwindigkeit vermindert
805: Nein, das Ziel fliegt langsamer
805: Es hätte es früher tun sollen. Wie kann ich es jagen, wenn ich schon vor dem Ziel bin?
805: Ich muß mich jetzt etwas hinter das Ziel setzen
805: Wiederhole!
805: Die Höhe des Ziels ist 10 000 Meter
805: Von mir aus ist es 70 Grad nach links
805: Ich falle zurück, will jetzt eine Rakete versuchen ...
805: Richtig, ich nähere mich dem Ziel, bin aufgeschaltet (lock-on), Abstand zum Ziel 8 Kilometer
805: Ich habe schon eingeschaltet
121: Bin auf Kurs 30
805: Z. G. (Raketenkopf eingeschaltet (locked-on))
805: Ich habe den Angriff durchgeführt
805: Das Ziel ist zerstört
805: Ich breche den Angriff ab
163: Was sind meine Instruktionen?

(dpa)



Sechs Luftstraßen gibt es zwischen Anchorage (Alaska) und Japan. Für Flüge nach Südkorea wurde bisher stets die nördlichste dieser Routen verwendet, da von ihr, entlang der Südspitze von Hokkaido, der Luftweg nach Seoul abzweigt. Diese nördlichste Route heißt R 20; sie führt relativ nahe an der Grenze des sowjetischen Hoheitsgebiets vorbei. Funkfeuer (auf der Karte: Dreiecke) helfen bei der Navigation. Die WELT-Grafik zeigt den Weg des schließlich abgeschossenen koreanischen Jumbojets.

Das erklärte die Moskauer Regierung

In der am 2. September dieses Jahres im Auftrag der sowjetischen Regierung veröffentlichten Tass-Erklärung wurde bereits über die grobe Verletzung der Staatsgrenzen der Sowjetunion durch ein Flugzeug berichtet, das in der Nacht zum 1. September über der Halbinsel Kamtschatka in den Luftraum der UdSSR eingedrungen war und danach zwei Stunden lang über dem Ochotskischen Meer und der Insel Sachalin flog. Es war auch von den Maßnahmen die Rede, die von der Luftverteidigung vom Boden aus und aus der Luft ergriffen wurden, um das Flugzeug zur Landung auf einem Flughafen der Insel Sachalin zu veranlassen. Die in der Folge durchgeführte Untersuchung bestätigte die früher gemachten Angaben und ergänzte sie.

Der Luftraumverletzer war in dem Luftraum über Kamtschatka in ein Gebiet eingedrungen, in dem sich ein äußerst wichtiger Stützpunkt der strategischen nuklearen Streitkräfte der UdSSR befindet. Zur selben Zeit – und das wird jetzt auch von amerikanischer Seite zugegeben – befand sich in der Nähe der sowjetischen Grenze im gleichen Raum und in gleicher Höhe ein anderes, dem Luftraumverletzer ähnliches Spionageflugzeug der Luftstreitkräfte der USA vom Typ ‚RC-135'.

Mehrere sowjetische Abfangjäger stiegen auf. Einer von ihnen kontrollierte die Bewegung des amerikanischen Flugzeuges RC-135. Der zweite Abfangjäger begab sich in das Gebiet, in dem sich der Luftraumverletzer befand und signalisierte ihm, daß er in den Luftraum der UdSSR eingedrungen ist. Diese Warnungen wurden jedoch ignoriert.

In der Nähe der Insel Sachalin wurde der Eindringling erneut von Jagdflugzeugen der Luftverteidigung abgefangen. Auch hier wurde versucht, mit ihm Kontakt aufzunehmen, darunter auch mit Hilfe des bekannten Signals der allgemeinen Aufforderung auf der internationalen Havariefrequenz 121,5 Megahertz. Entgegen den verlogenen Behauptungen des USA-Präsidenten sind sowjetische Jagdflugzeuge der Luftverteidigung mit Nachrichtenmitteln ausgerüstet, auf denen diese Frequenz fixiert ist. Eigentlich hätten diese Signale von dem in den sowjetischen Luftraum eingedrungenen Flugzeug aufgenommen werden müssen, doch es antwortete nicht. Wie bereits früher festgestellt, antwortete es auch nicht auf andere Signale und Handlungen der sowjetischen Jagdflugzeuge.



Staats- und Parteichef Jurij Andropow

Die sowjetischen Funkkontrolldienste fingen periodisch abgegebene kurze, kodierte Funksignale auf, wie sie gewöhnlich bei der Übermittlung von Spionageinformationen verwendet werden.

Das Kommando der Luftverteidigung der Region analysierte sorgfältig die Handlungen des Luftraumverletzers, seinen Kurs, der auch im Gebiet Sachalin über Militärstützpunkte führte, und kam endgültig zu dem Ergebnis, daß sich im Luftraum der UdSSR ein Spionageflugzeug aufhält, das spezielle Aufgaben erfüllt. Zu diesem Schluß gelangten wir auch durch die Tatsache, daß das Flugzeug seinen Kurs über strategisch wichtige Gebiete der Sowjetunion nahm. Von einem Jagdflugzeug wurden mit Leuchtgeschossen Warnschüsse in Flugrichtnung des Luftraumverletzers abgegeben. Auch diese Maßnahme entspricht den internationalen Regeln.

Da auch danach der Luftraumverletzer nicht der Forderung nachkam, zu einem sowjetischen Flugplatz zu folgen und zu entkommen versuchte, führte der Abfangjäger der Luftverteidigung den Befehl der Kommandostelle zur Unterbindung des Fluges aus. Solche Handlungen stehen in vollem Einklang mit dem Gesetz über die Staatsgrenze der UdSSR, das veröffentlicht wurde.

Die sowjetischen Flieger, die die Handlungen des Luftraumverletzers unterbanden, konnten nicht wissen, daß es sich um ein ziviles Flugzeug handelte. Es flog ohne Positionslichter, in tiefer Nacht, unter den Bedingungen schlechter Sicht und reagierte nicht auf die abgegebenen Signale. Die Behauptungen des USA-Präsidenten, es sei den sowjetischen Piloten bekannt gewesen, daß es sich um ein ziviles Flugzeug handelte, entsprechen absolut nicht der Wahrheit.

Über das Territorium der Sowjetunion führen Dutzende internationale Fluglinien. Sie werden seit vielen Jahren von ausländischen Flugzeugen beflogen, und ihnen passiert nichts, wenn sie die geltenden Regeln befolgen.

Wir werden auch weiterhin in Übereinstimmung mit unseren Gesetzen handeln, die voll und ganz den internationalen Normen entsprechen. Das trifft auch voll und ganz auf die Frage der Gewährleistung der Sicherheit unserer Grenzen zu. Seine Grenzen, darunter auch seinen Luftraum zu schützen ist das souveräne Recht eines jeden Staates. Das ist eine der allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts, auf denen die Beziehungen zwischen den Staaten beruhen. Der USA-Präsident bringt sich in die Lage eines Ignoranten, wenn er in seiner Rede vom 5. September dieses Jahres erklärt, die Sowjetunion lege ihre Grenzen im Luftraum ‚willkürlich fest'.

Hierbei geht es natürlich nicht um die Unwissenheit dieser oder jener offiziellen Vertreter der USA. Es geht um eine vorsätzliche, im voraus geplante Aktion in einem für die Sowjetunion wichtigen strategischen Gebiet. Ihre Organisatoren mußten wissen, womit das alles enden könnte. Sie entschieden sich aber für die – wie sich jetzt herausstellt – Durchführung einer großangelegten Spionageoperation unter Benutzung eines Zivilflugzeuges, wobei seine Passagiere bewußt einer tödlichen Gefahr ausgesetzt wurden.

Kann man sich etwas Zynischeres vorstellen als die Erklärung von Ronald Reagan, daß ‚niemand jemals erfahren wird', wie in den Computer des Flugzeuges Daten eingegeben wurden, die – wie sich später erwies – das Flugzeug zur Erfüllung der Spionagemission in den Luftraum der UdSSR leiteten. Das ist kein technischer Fehler. Die Kalkulation lief darauf hinaus, daß es gelingen werde, die erwähnte Spionageoperation ungehindert zu erfüllen, sollte sie aber unterbunden werden, sie dann in eine großangelegte politische Provokation gegen die Sowjetunion umzuwandeln.

Ein derartiger Schluß wird durch alle nachfolgenden Aktionen der USA-Administration bestätigt. Ihre führenden Repräsentanten, einschließlich des Präsidenten der USA persönlich, entfesselten binnen kürzester Frist – offensichtlich nach einem vorbereiteten Szenarium – eine böswillige, feindselige antisowjetische Kampagne. Deren Wesen trat in konzentriertester Form in der Rede des Präsidenten der USA, R. Reagan, im amerikanischen Fernsehen am 5. September zutage: Man ist bemüht, die Sowjetunion und ihre Gesellschaftsordnung in einen üblen Ruf zu bringen, ein Gefühl des Hasses gegenüber den sowjetischen Menschen zu wecken, die Ziele der Außenpolitik der UdSSR verzerrt darzustellen und die Aufmerksamkeit von ihren Friedensinitiativen abzulenken.

Die führenden Repräsentanten der USA möchten in einer Atmosphäre des Schürens von Spannungen und antisowjetischer Hysterie der Lösung der großen internationalen Probleme, die das Schicksal der Völker betreffen, ausweichen. Und der Zeitpunkt für diese Provokation ist nicht zufällig gewählt worden. Sie erfolgte gerade jetzt, da die Frage entschieden wird, ob das Wettrüsten zum Stehen gebracht, die Gefahr eines Kernwaffenkrieges beseitigt oder ob diese Gefahr wachsen wird. Nach allem zu urteilen, unter anderem auch nach der erwähnten Rede des amerikanischen Präsidenten, beabsichtigt die Administration der USA, den Weg einer weiteren Zuspitzung der Konfrontation mit der Sowjetunion zu beschreiten. Das Credo R. Reagans lautet, wie er selbst erklärte, ‚Frieden auf der Grundlage der Stärke'.

Und alle Versuche sind vergeblich, eine solche Politik mit Gerede über ‚moralische Grundlagen', über ‚den Geist des Humanismus' und über den ‚Wert des menschlichen Lebens' zu tarnen. Von welch einer Moral und von welcher Menschlichkeit können Staatsmänner eines Landes reden, das auf grausamste Weise Millionen Menschen in Indochina umgebracht hat, das gemeinsam mit den israelischen Aggressoren Libanesen und Palästinenser mordet und das Zehntausende chilenischer und salvadorianischer Patrioten auf dem Gewissen hat? Die Liste der Verbrechen des amerikanischen Imperialismus ist lang, und sie ließe sich noch fortsetzen.

Opfer des neuen Verbrechens sind Menschen geworden, die sich in dem Flugzeug befanden, das von den amerikanischen Geheimdiensten für ihre schmutzigen Zwecke benutzt wurde.

Die sowjetische Regierung äußert ihr Bedauern über den Tod der unschuldigen Menschen und teilt den Schmerz ihrer Angehörigen. Die ganze Verantwortung für diese Tragödie tragen voll und ganz die Führer der Vereinigten Staaten von Amerika."

(dpa)

Contadora-Gruppe sucht neue Friedenslösung

dpa, **Panama-Stadt**

Die Außenminister von Mexiko, Kolumbien, Panama und Venezuela wollen gemeinsam mit ihren Amtskollegen der fünf mittelamerikanischen Staaten einen neuen Versuch unternehmen, um eine friedliche Lösung für den Konflikt in der Region zu finden. Auf der gestern in Panama-Stadt eröffneten Konferenz wollen die neun Politiker nach den Worten des gastgebenden Außenministers Oyden Ortega einen Arbeitsplan für ihr weiteres Vorgehen in der sogenannten Contadora-Gruppe festlegen.

Besondere Aufmerksamkeit dürften dabei die jüngsten Gespräche des amerikanischen Sonderbeauftragten für Mittelamerika, Richard Stone, sowie die von der salvadorianischen Regierung eingesetzte Friedenskommission mit der politischen und bewaffneten Opposition des Landes finden.

Die Contadora-Staaten hatten einen Zehn-Punkte-Plan verabschiedet, den sie als Grundlage für die Entspannung der Lage empfahlen. Darin geht es vor allem um die Verringerung der Bewaffnung und den Abzug ausländischer Militärberater aus den Konfliktländern. Auch die fünf mittelamerikanischen Staaten haben entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Der US-Verteidigungsminister sagte vor der Presse in Panama, Mittelamerika sei eine Region von „vitaler Bedeutung" für die USA.

Apel warnt die SPD vor den Konsequenzen einer Argumentation gegen die Amerikaner

„Seeheimer Kreis" kritisiert Bonner Parteiführung / Strengere Abgrenzung von Teilen der „Friedensbewegung" gefordert

PETER PHILIPPS, **Bonn**

In der SPD beginnen – ausgehend von Repräsentanten der Bundestagsfraktion – die veränderten innerparteilichen Strukturen deutlicher zu werden. Hans Apel, ehemaliger Bundesverteidigungs- und Finanzminister (außerdem von Helmut Schmidt lange als möglicher Kanzler-Nachfolger angesehen), füllt offensichtlich immer stärker die Rolle als Führungsfigur der Partei-Mitte in der SPD aus. Ein deutliches Indiz dafür hat auch die jüngste Tagung des „Seeheimer Kreises" am vergangenen Wochenende geliefert, auf der Apel – mit „demonstrativer Zustimmung" der etwa 120 Anwesenden (so ein Teilnehmer) – politische Pflöcke eingeschlagen hat.

Der inzwischen stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion machte dabei deutlich, daß er in der Frage des NATO-Doppelbeschlusses weiterhin unverändert die Schmidt-Linie für richtig hält. Er warnte unter dem Beifall der anwesenden Genossen davor, über den Tag einer möglichen Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen nicht hinauszusehen. Man müsse die Konsequenzen, vor allem einer Argumentation gegen die Amerikaner, bedenken.

Von den Teilnehmern dieser Zusammenkunft wurde deshalb auch eine stärkere Abgrenzung der SPD von Teilen der Friedensbewegung gefordert. Von mehr „Deutlichkeit in der Raketenfrage" war die Rede. Es könne nicht angehen, daß von der Parteiführung damit gedroht werde, die Nachrüstung abzulehnen, wenn man den Eindruck habe, daß die Amerikaner in Genf „nicht richtig" verhandelt hätten. Es müsse genauso klargemacht werden, daß die SPD ja zu einer Nachrüstung sage, „wenn die Sowjets sich nicht bewegt haben". Betont wurden die „langfristigen Essentials" der SPD, zu denen die „grundsätzliche Westorientierung, die Verteidigungsbereitschaft und das Ja zur NATO" gehörten.

Insgesamt entwickelte sich daraus eine generelle Kritik an dem Vorstand der Partei. Es wurde von „Führungslosigkeit" gesprochen, ohne aber einzelne Mitglieder der SPD-Spitze zu nennen. Als Beispiel wurde auch die Reaktion auf die Aktivitäten des Saarbrücker Oberbürgermeister Lafontaine genannt, der eigentlich schon wegen seiner persönlichen Angriffe auf den damaligen Bundeskanzler Schmidt „hätte rausfliegen müssen".

Als weiterer Beleg für eine „Führungslosigkeit" der Parteispitze, die während der Regierungszeit durch die Person Helmut Schmidts noch habe „übertüncht" werden können, wurde während des Seeheimer Treffens das Verhalten gegenüber den Grünen und Alternativen herangezogen. Und an diesem Punkt geriet auch erstmals während des Wochenendes der anwesende Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel in die Schußlinie. Er verteidigte in einem Redebeitrag seine Linie der Öffnung gegenüber dem „schwierigen Partner". Als er dazu aus mehreren seiner früheren Erklärungen zu diesem Thema zitierte, erklang Apels Zwischenruf: „Dadurch wird dies doch auch nicht richtiger."

Die anwesenden SPD-Fraktionsvorsitzenden aus den Länderparlamenten in Berlin, Hamburg, Hessen und Niedersachsen berichteten von ihren Erfahrungen über die Zusammenarbeit mit den Grünen in den Landtagen. Dabei äußerten sich der Hamburger Voscherau und der Hesse Winterstein am drastischsten. Winterstein, dessen Regierungschef Börner während der vergangenen Monate ebenso wie vor ihm der Hamburger Bürgermeister von Dohnanyi sehr weitgehend die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit „links von der Mitte" (Willy Brandt) ausprobiert hatte, sprach von einem „Schlußstrich unter den Grünen".

Professor Richard Loewenthal, großer „alter Mann" der Sozialdemokratie, der bereits frühzeitig mit einer Streitschrift eine schärfere Abgrenzung der Sozialdemokraten gefordert hatte, qualifizierte in Seeheim die Grünen als „im Kern anarchistisch". Mit dieser Gruppierung seien zum ersten Mal in Deutschland Anarchisten in die Parlamente eingezogen.

Grundsätzlich wurde während des Wochenend-Treffs deutlich, daß sich Hans-Jochen Vogel nach dem Gefühl des Mitte-Rechts-Kreises in der SPD seit seinem politischen Wechsel nach Berlin im Jahre 1981 immer stärker seiner alten Basis in der Partei „entfremdet" habe. Er habe sich zwar mit den „lautersten Motiven" auf den Kurs der Integration begeben, doch sei er dabei eben zu weit in die Nähe Willy Brandts geraten, dessen unbedingter Integrationswillen gegenüber vielfältigen Gruppierungen nicht nur die Kritik Loewenthals herausgefordert hat.

Funk und Fernsehen als Klammer in Deutschland

Bonn: Der Wirkung in der „DDR" bewußt sein

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Die Bundesregierung hat beklagt, daß in den Programmen der elektronischen Medien der Bundesrepublik Deutschland, die weit in die „DDR" hineinreichen, die deutschlandpolitische Thematik zu wenig Beachtung findet. „Die Schicksalsfrage unseres Volkes kommt in den Programmen unserer elektronischen Medien generell zu kurz", urteilte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ottfried Hennig (CDU).

Hennig: „Die SED weiß, daß Tag für Tag, Abend für Abend Millionen Einwohner der DDR sich über die Hörfunk- und Fernsehprogramme aus der Bundesrepublik Deutschland informieren", auch über Vorkommnisse in der „DDR", die von den eigenen Medien verschwiegen werden. Der RIAS erreiche nach eigenen Angaben über seine Sender von Berlin und Bayern aus mehr als 60 Prozent der Bevölkerung der „DDR". Die Zahlen des SFB seien ähnlich. Nach Unterlagen des SFB könnten 85 Prozent der „DDR"-Bevölkerung das vom SFB produzierte gemeinsame Fernseh-Vormittagsprogramm von ARD und ZDF sehen.

Die Wirkungen des Westempfangs werden unterschiedlich beurteilt. Hennig: „Es gibt Fachleute, die Zusammenhänge herstellen zwischen der Möglichkeit zum Empfang von ARD und ZDF und Entscheidungen über Arbeitsplatz- und Wohnungswechsel. Das soll selbst für höhere SED-Funktionäre gelten, die sich ungern in das Gebiet um Dresden oder Greifswald versetzen lassen, wo es kein Westfernsehen gibt." Die „DDR"-Medien, dies sei eine weitere Konsequenz daraus, müßten sich regelmäßig mit Themen beschäftigen, „die erkennbar über Hörfunk und Fernsehen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR transportiert würden".

Der Staatssekretär warnt vor den Folgen für die „DDR"-Bevölkerung, wenn im Westen ein Informations- und Kommunikationssystem über Satelliten und Verkabelung entstanden sei und die bisherige drahtlose Versorgung zurückgedrängt werde. Hier spielten verfassungsrechtliche Bedenken eine Rolle. Es widerspräche der Pflicht, den Wiedervereinigungsgedanken zu fördern, wenn Einrichtungen geschaffen würden, die von vornherein den Empfang von Sendungen durch Einwohner der „DDR" unmöglich machten.

Vor neuen Kreditwünschen der „DDR"

Bonn grundsätzlich nicht abgeneigt / Voraussetzung sind menschliche Erleichterungen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Im Bundeskanzleramt wird angesichts der sehr schlechten Finanzlage der „DDR" damit gerechnet, daß Ost-Berlin alsbald mit neuen Kreditwünschen an Bonn herantreten wird. Nach Informationen, die der Bundesregierung aus Bankenkreisen zugegangen sind, ist die „DDR" zur Zeit darum bemüht, die Prolongierung ihrer Kredite im westlichen Ausland zu erreichen. Im Bundeskanzleramt hieß es gestern, die finanzielle und wirtschaftliche Situation in der „DDR" werde sich im November zuspitzen. Bonn nimmt in dieser Frage zwar eine abwartende Haltung ein, aber die Bundesregierung steht offensichtlich neuen Kreditwünschen aus der „DDR" nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Allerdings heißt es im Bundeskanzleramt übereinstimmend, daß spürbare menschliche Erleichterungen als Folge des bereits gewährten Kredits über eine Milliarde Mark die unabdingbare Voraussetzung für die Prüfung aller weitergehenden Wünsche aus Ost-Berlin darstelle.

Der Bogen der Erwartungen ist in Kreisen der Bundesregierung und der Abgeordneten der Union weit gespannt. Er reicht bis zu der Hoffnung, daß die „DDR" das Ausreisealter senken und die Selbstschußanlagen an Mauer und Stacheldraht abbauen werde. Andere hochrangige Parlamentarier gehen aber eher davon aus, daß die „DDR" zunächst mit einer Summe kleinerer Erleichterungen reagieren werde. Unter diesem Aspekt berichten die Ministerien von einer erheblichen Reduzierung der Verdachtskontrollen, von einer freundlicheren Behandlung bei der Zollabfertigung und bei Radarkontrollen auf den Transitwegen. Bei Verkehrsüberschreitungen würden in manchen Fällen nicht sofort Strafen ausgesprochen, sondern mit Verwarnungen reagiert. Außerdem gebe es Zusagen Ost-Berlins, die Zustellung von Briefen und Paketen aus der Bundesrepublik Deutschland künftig in spätestens zwei bis drei Tagen abzuwickeln.

SED-Generalsekretär Erich Honecker hat auf der Leipziger Herbstmesse von einer „ansteigenden Linie" in den innerdeutschen Beziehungen gesprochen und Bonns Ständiger Vertreter in Ost-Berlin, Bräutigam, sprach von Verbesserungen, die durchaus registriert worden seien. Vor allem in der CSU sind kritische Stimmen gegenüber Bräutigam laut geworden. Dahinter steht der Zweifel, ob Bräutigam, der schon unter der früheren Regierung gearbeitet hat, die Deutschlandpolitik der neuen Bundesregierung in ihrer gesamten Breite interpretieren könne. An eine Ablösung ist freilich (noch) nicht gedacht.

Nach dem Regierungswechsel hat die neue Bundesregierung unter Bundeskanzler Kohl Überlegungen der alten Regierung unter Helmut Schmidt vorgefunden, der „DDR" einen Kredit in Höhe von vier Milliarden Mark zu geben. Die alte Bundesregierung hoffte, mit einem solchen Angebot unmittelbar spürbare Erleichterungen zu erreichen: Die Senkung des Zwangsumtauschs und die Reduzierung des Reisealters standen dabei im Vordergrund.

Kohl sichert Bremen Hilfe aus Bonn zu

Bundeskanzler erinnert aber auch an die Verantwortung der Regierung Koschnick

W. WESSENDORF, **Bremerhaven**

„Die Bremer Bürgerschaftswahl ist eine wichtige Wahl", sagte Bundeskanzler Helmut Kohl in der Bremerhavener Stadthalle. Denn in diesen schwierigen Zeiten müsse der Kompaß für die Zukunft neu eingestellt werden, und dabei sei die Freie Hansestadt Bremen ein wichtiges Bundesland. „Ihre Probleme sind unsere Probleme", rief der Kanzler den etwa 3000 Zuhörern zu.

Nicht die Sozialdemokraten müßten ihre Mißwirtschaft ausbaden, sondern die Bürger. Kohl: „Ich will nicht über die Sozialdemokraten schimpfen, dazu fällt mir nichts mehr ein." Allerdings räumte der Kanzler ein: „Wenn man heute Willy Brandt hört, glaubt man, er sei vor 15 Jahren ausgewandert und jetzt von einem fernen Archipel wieder zurückgekehrt."

„Wir müssen alles tun, um die Lebenskraft Bremens zu erhalten", übertönte Kohls Baß jugendliche Zwischenrufer, die versuchten, die CDU-Wahlveranstaltung zu stören. Der Kanzler fuhr fort: „Die wirtschaftlichen Probleme Bremens sind nämlich die Probleme der Bundesrepublik und Europas; sie finden sich hier als Mikrokosmos wieder." Und Kohl stellte auch fest, daß Bremen und Bremerhaven ihre Probleme allerdings aus eigener Kraft nicht lösen könnten. Da wolle der Bund helfen. „Denn so, wie wir den Bergbau und die Kohle brauchen, brauchen wir die Werften, die Stahlindustrie, die Hochseefischerei, die Luft- und Raumfahrtindustrie", betonte der Kanzler und fügte hinzu: „Wir brauchen sie nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus nationalen Gründen."

„Wenn wir an die Werften denken", sprach Kohl weiter für die Bundesregierung, „dann denken wir in erster Linie nicht an Wirtschaftszahlen, sondern sehen dem Werftarbeiter und seiner Familie dabei ins Gesicht." Deshalb wolle die Bonner CDU/FDP-Regierung den Schiffbaubetrieben finanziell helfen. Kohl: „Wir können darüber hinaus aber nur Anstöße geben." Die Entscheidung über die geplante Werftenfusion müsse von den alleinregierenden Sozialdemokraten getroffen werden – vom Bremer Regierungschef Hans Koschnick liegt das Versprechen vor, alles zu tun, um bis zur Wahl am 25. September ein eindeutiges Konzept über die Verschmelzung von Bremer Großwerften vorzulegen.

Kohl unterstrich in diesem Zusammenhang, daß in diesem Winter auch wieder Entscheidungen im Bereich der zivilen Luftfahrtindustrie anstünden. „Steigt die Bundesrepublik aus, steigen auch Großbritannien und Frankreich aus, dann gibt es aber keine moderne europäische Flugzeugindustrie mehr, wir wären den Amerikanern konkurrenzlos ausgeliefert." Deshalb müsse auch dieses Problem über die konkreten wirtschaftlichen Fragen hinaus aus dem nationalen Interesse beantwortet werden.

Leipzig 1983, eine Messe der Ernüchterung

Besorgnis über sowjetische Raketen in der Bevölkerung

HANS R. KARUTZ, Leipzig

Politische Geschäftigkeit durch Bonner Bundestagsgruppen und CDU-Repräsentanten, aber keineswegs die großen unverhofften Geschäfte geben dieser Herbstmesse an der Pleiße ihr Gesicht. Sparen und Abzahlen heißt nun die „DDR"-Devise. „Business as usual", lautet die ausgegebene Parole. Von einer Messe „im Schatten der Raketen" kann keine Rede sein. Erich Honecker lobte die „insgesamt aufsteigende Linie" der deutsch-deutschen Beziehungen und wünschte sich am Veba-Stand, „daß die Normalität mehr an Bedeutung gewinnt".

Genossen und Nicht-Genossen – und das ist auch in Mitteldeutschland immer noch die Mehrzahl der Berufstätigen –, treibt in diesen stürmischen Frühherbstagen rings um das Gewandhaus eine große Sorge um. Nach den Ankündigungen Honeckers und Egon Bahrs Bestätigung, daß die UdSSR modernste Raketen, darunter auch aus der SS-20-Reihe, als Antwort auf westliche Nachrüstungen auch in der „DDR" stationieren werde, fragen sich viele: Müssen wir nun den Gürtel noch ein Loch enger schnallen?

Denn zu den drückenden Stationierungskosten für die sowjetischen Divisionen in der „DDR" (rund 300 000 Mann) wären Bau, Unterhalt, Wartung, Anlage von Straßen und Unterkünften für die Abschußrampen zu addieren. Durch einen Zuschuß von 21,4 Milliarden Mark (1982) für stabile Preise und Tarife, ächzt der Ostberliner Staatshaushalt ohnehin in seinen Fugen. Für niedrige Mieten müssen weitere neun Milliarden zugeschossen werden. Insgesamt läßt sich Ost-Berlin den erklärten Zweck, die „DDR"-Bevölkerung einigermaßen bei Laune zu halten, 61,4 Milliarden Mark (1982) kosten.

Jede zusätzliche Belastung kann nur durch Rotstiftstriche bei diesen innenpolitisch so wichtigen Sozial-Positionen ausgeglichen werden. Vom Jungarbeiter bis zum Werksdirektor gilt jedoch als die wichtigste „DDR"-Devise: Mein heiligstes Gut ist mein Lebensstandard. Die jüngste „DDR"-Statistik in Form einer kleinen grünen Broschüre für 3,80 Mark beweist, wie begründet die Bedenken sind, durch Konsumverzicht auch noch die sowjetischen Raketen mitfinanzieren zu müssen. Laut Seite 109 betrug das durchschnittliche Monatseinkommen eines Arbeitnehmers im vorigen Jahr 1066 Mark – nur 60 Mark mehr als 1979! Angesichts schleichender Preiserhöhungen durch die lautlose Aufgabe preiswerter Konsumgüter reicht das nahezu eingefrorene Einkommen nicht mehr zu großen Sprüngen aus. Weil es über das Notwendige hinaus wenig Erstrebenswertes oder nur überdimensional Teures zu kaufen gibt, wandert immer mehr Geld in den Sparstrumpf. Die „DDR"-Bankkunden legten 1982 noch einmal fünf Milliarden mehr als 1981 auf die hohe Kante und sitzen nun auf insgesamt 107 Milliarden Ostmark. „Kein Wunder, die Leute haben Geld wie Heu gehortet, mit dem sie sich aber nichts kaufen können", lautet dazu ein einheimischer Kommentar.

Zu den heimlichen Bestsellern in Leipzig zählt eines der seltenen Westprodukte, das gegen Ostgeld über die Ladentheke geht: „Messe-Magazin international" nennt sich der 226 Seiten umfängliche Katalog. Er enthält auf feinstem Kunstdruckpapier die farbenfroh gemischte Palette sämtlicher großer West-Exporteure im Osthandel. Ganzseitige Anzeigen, mit den lockeren Werbesprüchen westlicher Profis bestreut, spiegeln das gesamte Angebot der „Intershops". „DDR"-Messebesucher genießen diesen Blick in eine ferne Welt, selbst wenn die Träume nur papieren sind. Das Magazin kommt von A-Z aus der Bundesrepublik – von einem Neußer Verlag, fabriziert in einem hessischen Druckhaus. Die farbigen Stücke für drei und eine halbe Mark sind regelmäßig binnen Stunden ausverkauft.

Günstig im Geschäftstrend dieser auch klimatisch kühlen Messe liegen Karl Marx, Luther und Walter Ulbricht, der gebürtige Leipziger. Auf 420 Seiten erschien im SED-eigenen Dietz-Verlag erstmals seine umfängliche Lebensgeschichte. Ohne kritische Distanz, sondern mit eher nostalgischen Anklängen an die Zeit, als für einen ordentlichen Kommunisten die „DDR"-Welt noch heil und der Klassenfeind fern war, schildert Autor Heinz Voßke den Leipziger Schneiderssohn als „Vater der DDR". Die Gründe für Ulbrichts Ablösung werden nicht näher erörtert.

Jugoslawen nehmen Carstens' Besuch zum Anlaß, mehr Hilfe zu erbitten

In Sarajevo besichtigte der Bundespräsident eine Autofabrik, die mit VW zusammenarbeitet

C. GUSTAF STRÖHM, Sarajevo

Am dritten Tag seines Staatsbesuchs in Jugoslawien ist Bundespräsident Karl Carstens gestern in Sarajevo, der Hauptstadt der Republik Bosnien-Herzegowina, eingetroffen. Der Name dieser Stadt hat für Deutsche und Österreicher einen tragischen Klang: Hier wurde am 28. Juni 1914 der österreichisch-ungarische Thronfolger Franz Ferdinand durch Pistolenschüsse ermordet. Der Tod des Erzherzogs, der sterben mußte, weil er ein Hindernis auf dem Weg zu einer Vereinigung aller Südslawen unter serbischer Führung war, löste den Ersten Weltkrieg aus.

Wie es heißt, haben die bosnischen Gastgeber des Bundespräsidenten darauf bestanden, daß das deutsche Staatsoberhaupt das Museum des „Jungen Bosnien" – und damit die Stelle, an der das Attentat stattfand – besuchen soll. Ob ein solcher Besuch in einem Museum, welches der Verherrlichung der Attentäter gewidmet ist, den deutsch-jugoslawischen Beziehungen wirklich förderlich wäre, und ob hier nicht, trotz der historischen Distanz, gewisse Gefühle verletzt werden müssen, bleibt dahingestellt. Daß die deutsche Seite auf diesen jugoslawischen Wunsch einging, erscheint nicht als eine sehr glückliche Entscheidung.

Ähnliche Auffassungen bei internationalen Fragen

Im übrigen zeigte sich Carstens von seinem bisherigen Aufenthalt in Jugoslawien sehr befriedigt. Nach seinen Gesprächen mit führenden Politikern in Belgrad – mit Staatspräsident Mika Spiljak, mit der Chefin der Bundesregierung Milka Planinc sowie führenden Vertretern der Teilrepublik Serbien – meinte Carstens, es gäbe ähnliche Auffassungen in internationalen Fragen zwischen beiden Staaten. Beide Länder wollten, wenn *auch unter unterschiedlichen politi*schen und gesellschaftlichen Bedingungen, ihre Unabhängigkeit verteidigen.

Die Jugoslawen, die sich zur Zeit in einer wirtschaftlich außerordentlich schwierigen Situation befinden (die Inflationsrate beträgt nach jüngsten Angaben 48 Prozent, und bisher ist es trotz Sparmaßnahmen nicht gelungen, eine wesentliche Besserung zu erreichen), haben den ersten Besuch eines deutschen Staatsoberhaupts dazu benutzt, um auf weiteres wirtschaftliches Entgegenkommen der Bundesrepublik zu pochen. So ist in den Gesprächen mit Carstens immer wieder der Wunsch laut geworden, die Deutschen sollten noch mehr Waren aus Jugoslawien importieren. Andererseits hat die jugoslawische Seite den Bonner Gästen ausdrücklich für das Verständnis und die Hilfe gedankt, die Bonn angesichts der schwierigen Finanzlage der Belgrader Regierung bisher angedeihen ließ.

Die jugoslawische Führung ist sich *gleichfalls bewußt, daß sie die Zu*sammenarbeit mit der Bundesrepublik dringend braucht – ja daß sie sogar Voraussetzung für eine mögliche wirtschaftliche Gesundung des Landes darstellt. Jugoslawien hat – auch nach Meinung einheimischer Experten und Politiker – vor allem in den letzten Jahren der Tito-Ära weit über seine Verhältnisse gelebt und ist nicht zuletzt deshalb nun in Schwierigkeiten geraten.

So war es nicht verwunderlich, daß dem deutschen Staatsoberhaupt in Sarajevo die Automobilfabrik TAS vorgeführt wurde – ein moderner Betrieb, wo in Zusammenarbeit zwischen dem Volkswagenwerk und Jugoslawien Kraftfahrzeuge vom Typ Golf hergestellt werden. Carstens wurde von der jugoslawischen Belegschaft und den deutschen Experten und Beratern des Werkes, das unter jugoslawischer Regie, aber nach deutschen Qualitätsmaßstäben arbeitet, mit spontanem Applaus begrüßt. Der Bundespräsident sprach mit einigen jugoslawischen Facharbeitern, die früher einmal in Deutschland gearbeitet hatten und die deutsche Sprache recht gut beherrschen. Aber den deutschen Besuchern, die das blitzsaubere Werk besichtigten, wurde klar, daß es sich hier um einen Musterbetrieb handelt, dessen Standard von vielen anderen jugoslawischen Fabriken nicht erreicht wird. So verdienen die TAS-Arbeiter in Sarajevo im Schnitt bis zu 30 Prozent mehr als ihre Kollegen in anderen Betrieben ähnlicher Art.

Von deutschen Mitarbeitern des Werkes hört man aber neben viel Lob auch einige kritische Bemerkungen. So erschwere die komplizierte Arbeiterselbstverwaltung und die spürbare politische Bürokratie den Entscheidungsprozeß und damit die Produktion im Werk – abgesehen von dem Kampf, der immer wieder gegen einen gewissen Schlendrian geführt werden muß. Gerade am Beispiel der Kooperation im Automobil-Bereich zeigt sich aber, daß das umständliche jugoslawische Wirtschaftssystem immer wieder Hindernisse für eine optimale Zusammenarbeit auftürmt. Das gilt übrigens nicht nur für jenen Bereich, an dem Ausländer beteiligt sind, sondern auch für rein innerjugoslawische Produktionen. Jugoslawische Wirtschaftsexperten führen Klage über die Kompliziertheit und die Reibungsverluste in den einheimischen Betrieben. Sogar von einer „Erosion" des Selbstverwaltungssystems wird neuerdings gesprochen – etwa von der Parteizeitung „Borba".

Bonn verwahrt sich gegen Gewaltakte

Zu den weniger angenehmen Themen des Besuchs gehörte auch die gewaltsame Aktivität jugoslawischer Organe auf dem Boden der Bundesrepublik. Wie Carstens vor deutschen Journalisten sagte, hat er seine Gastgeber in Belgrad mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, daß die deutsche Seite solche Gewaltakte nicht dulden könne – ganz gleich, von wem sie ausgingen.

Die malerische Altstadt von Sarajevo, die vom Islam geprägt ist und an die jahrhundertelange Türkenherrschaft über diesen Teil Jugoslawiens erinnert, hat Carstens auf einem Rundgang kennengelernt. Daß es hier neuerdings eine Renaissance des Islam gibt, gegen den die jugoslawischen Behörden vor kurzem in einem Gerichtsprozeß mit drakonischen Freiheitsstrafen gegen „islamische Fundamentalisten" vorgingen – das konnten die eiligen Gäste aus Bonn allenfalls ahnen.

Familie Weiss, Ausreise und „DDR"-Schikane

Nach Ankunft in Bayern Dankesbrief an Strauß

MANFRED SCHELL, Bonn

Durch die Intervention des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß hat die „DDR" der aus dem Erzgebirge stammenden Familie Elke und Kurt Weiss mit der neunjährigen Tochter Marion die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland genehmigt. Die Familie befindet sich seit dem 18. August im Westen.

Elke Weiss war es trotz des Eingreifens von Beamten des Staatssicherheitsdienstes am 25. Juli in Dresden gelungen, Strauß ein Bittgesuch zuzustecken. Die Sicherheitsbeamten hatten die Frau zu Boden geworfen. Strauß war durch Zurufe aus der Menge und durch Proteste seines Sohnes Max-Josef auf den Vorfall aufmerksam geworden und hatte ein kurzes Gespräch mit ihr geführt.

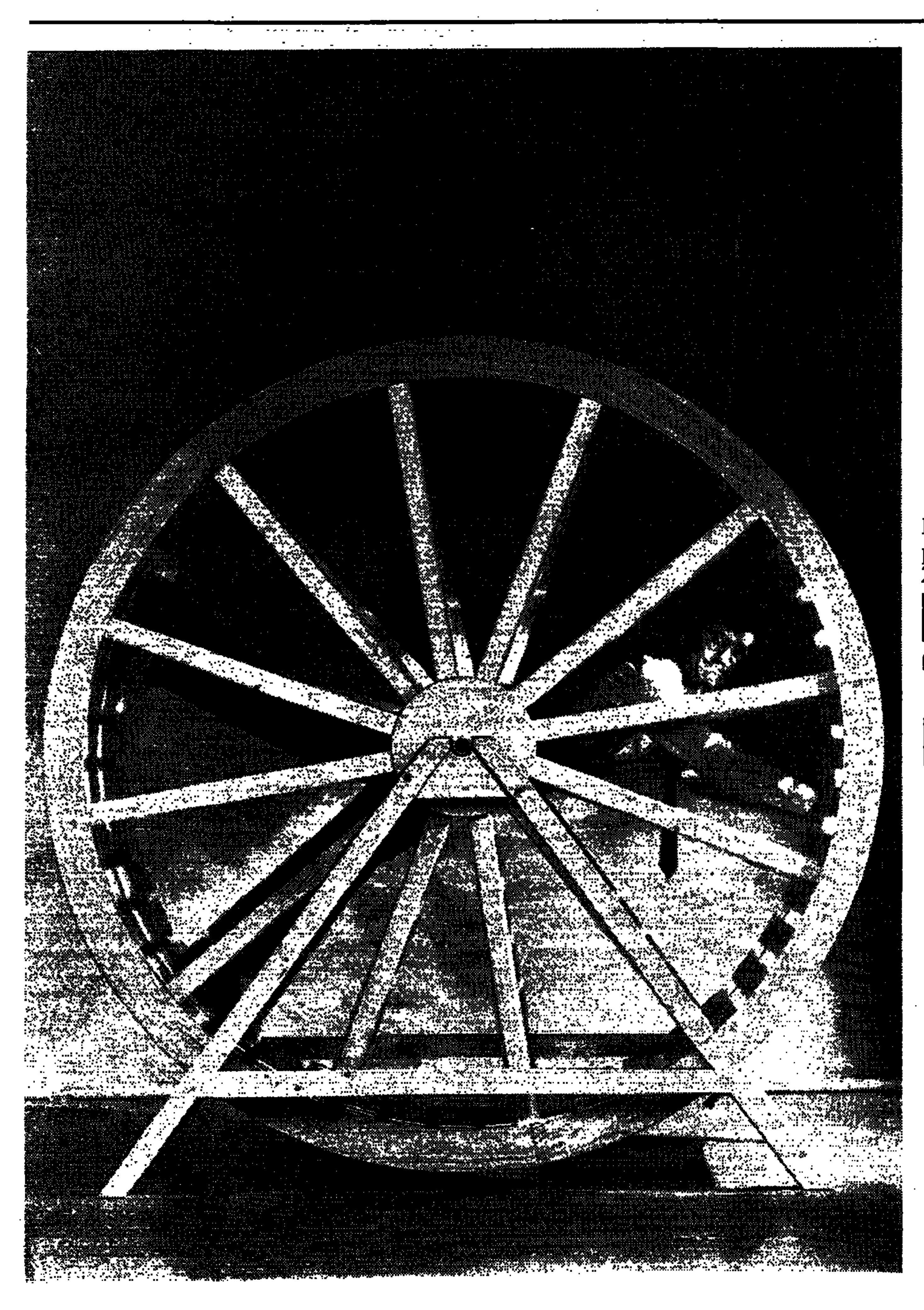
Frau Weiss, die jetzt mit ihrem Mann, einem Tierarzt, und ihrer Tochter in Bayern lebt und bereits das Notaufnahmelager in Gießen durchlaufen hat, schrieb unter dem Datum des 30. August an Strauß: „Vor Schmerz und Anstrengung fehlten mir damals die Worte, Ihnen ein richtiges Dankeschön zu sagen. Ihre Person, Ihr Einfluß hat dann das SED-Regime gezwungen, mir und meiner Familie die Ausreise in die Bundesrepubik Deutschland zu ermöglichen, welche am 18. 8. erfolgt ist. So wie Sie gefordert hatten, geschah mir außer der Zerrung der rechten Schulter körperlich nichts weiter; wir wurden nicht verhaftet. Höhere Stellen versuchten unserer Ausreise den Anstrich einer normalen Übersiedlung zu geben. Den kreislichen zuständigen Organen blieb es dann vorbehalten, uns seelisch unter Druck zu setzen."

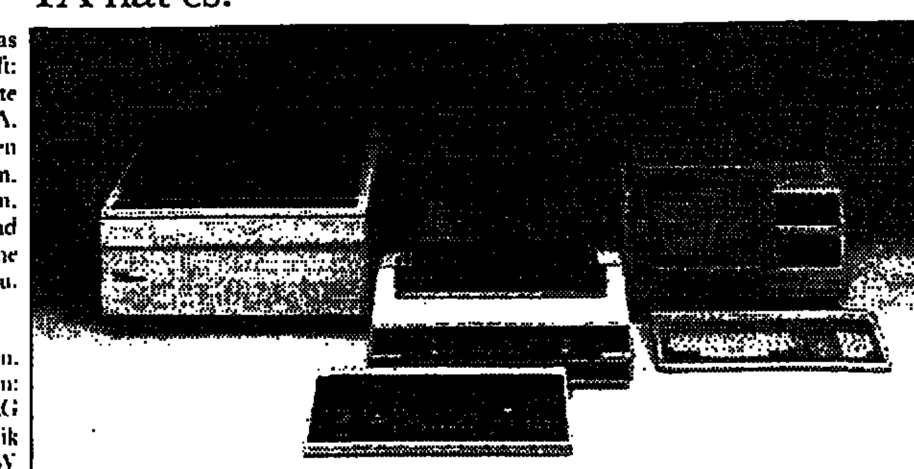
Im einzelnen schreiben dann Elke und Kurt Weiss darüber: „Wir waren nicht in der Lage, unseren Haushalt ordentlich aufzulösen. Innerhalb von vier Tagen mußte zu einem von der Abteilung Inneres des Kreises Flöha festgelegten Zeitpunkt unser Haus mit Grundstück verkauft werden. Natürlich weit unter Wert, da wir es *nicht mehr schätzen lassen konnten.* Man verlangte von uns, innerhalb von 22 Stunden eine komplette Aufstellung des gesamten Umzugsgutes abzugeben, obwohl mein Mann noch zur Arbeit als Tierarzt verpflichtet wurde. Es wurden mehrmals neue Termine für die Ausreise festgesetzt. Zuerst war uns von bezirklicher Seite ein angemessener Zeitraum (bis Weihnachten) zugesichert worden. Einen Tag später hieß es: So schnell wie möglich, nach weiteren Tagen 15. 8. 1983. Am 2. 8. wurde der 4. 8. festgesetzt, das Umzugsgepäck sollten andere nachschicken. Daraufhin protestierten wir am 2. 8. bei der Abteilung Inneres mit dem Erfolg, daß nunmehr der 18. 8. genannt und beibehalten wurde. Wir erhielten am 26. 7. die Auflage einer absoluten Nachrichtensperre, auch zu unserer Verwandtschaft in der Bundesrepublik, so daß diese erst am 16. 8. von unserer zu erwartenden Ankunft informiert werden konnte."

Mit „Hilfe gezielter Provokationen" habe man dann versucht, „uns zu irgendeiner strafbaren Handlung im Sinne der DDR-Gesetzlichkeit zu bewegen: Erfolglos". Am 18. August, also 21 Tage nach dem Zwischenfall in Dresden, ist dann die Familie Weiss in die Bundesrepublik Deutschland gekommen.

Darüber schrieb sie an Strauß: „Unsere Familie hat bereits das Notaufnahmeverfahren in Gießen durchlaufen, und es erstaunte uns, mit wieviel Freundlichkeit Flüchtlingen geholfen wird. Uns tat das besonders gut, nachdem uns die DDR-Behörden 14 Tage lang zu Staatenlosen gemacht hatten. Wir sind erstaunt, um wieviel höflicher die Menschen hier sind. In dieser Woche haben wir beim Arbeitsamt vorgesprochen, um Arbeit zu erhalten. Es ist uns peinlich, von der großzügigen Maßnahme der Arbeitslosenunterstützung Geld in Empfang zu nehmen, ohne etwas zu leisten." Der Brief der Familie Weiss an den bayerischen Ministerpräsidenten endet dann mit persönlichen Anmerkungen.

Nach dem Zwischenfall in Dresden hatte Strauß in einem Telefongespräch mit „DDR"-Staatssekretär Schalck-Golodkowski protestiert. SED-Generalsekretär Erich Honecker hatte später gegenüber Strauß von „Übergriffen besonders eifriger Kommunisten" gesprochen, die keinen Auftrag gehabt hätten. Honecker hatte die Zusicherung gegeben, daß keinerlei Verhaftungen vorgenommen würden. Im Sinne dieser Aussagen Honeckers, so hieß es, müsse die schnelle Ausreisegenehmigung für die Familie Weiss gesehen werden.





Kanzleramt sagte Termin mit DFU-Mitglied ab

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Staatsminister beim Bundeskanzler, Jenninger (CDU), hat ein für heute vorgesehenes Gespräch mit führenden Sprechern der „Krefelder Initiative" abgesagt, die seit drei Jahren Unterschriften gegen den NATO-Doppelbeschluß sammelt. Es war geplant, daß die grünen Abgeordneten Petra Kelly und Gerd Bastian, Professor Helmut Ridder (Gießen) und Josef Weber, Mitglied des Direktoriums der „Deutschen Friedens-Union" (DFU), von Jenninger empfangen werden. Die DFU ist auch in den Verfassungsschutzberichten der früheren Bundesregierungen unter den Organisationen aufgezählt worden, die von der DKP beeinflußt sind.

Jenninger hat den vier mitteilen lassen, er habe den Sinn eines solchen Treffens in der Unterrichtung über den Stand der Unterschriftensammlung gesehen. Ein Gespräch „in der Sache" halte er für unnütz, da die Positionen der Bundesregierung und der Initiatoren des „Krefelder Appells" hinlänglich bekannt seien. Außerdem hätten die Abgeordneten Kelly und Bastian im Parlament die Gelegenheit, ihre Auffassungen darzustellen. Im Bundeskanzleramt hieß es, Bundeskanzler Helmut Kohl habe zunächst geraten, die Sprecher der Initiative zu empfangen, um – im Hinblick auf den Herbst – die Gesprächsbereitschaft der Bundesregierung mit allen Gruppen zu dokumentieren, die Argumenten zugänglich seien. Dann aber sind erhebliche Bedenken dagegen laut geworden, das DFU-Mitglied Weber zu empfangen. Schließlich habe das Kanzleramt den Termin platzen lassen.

Wörner unterstützt „Friedensoffensive"

epd, Bonn

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) hat die Schirmherrschaft über eine „Friedensoffensive" übernommen, mit der die CDU-nahe „Schüler-Union" das „Agitationsmonopol linker Gruppen" an den Schulen bekämpfen will. Während der Aktion „Schüler für Frieden und Freiheit" will die mit 38 000 Mitgliedern größte Schülerorganisation der Bundesrepublik Deutschland vom 1. Oktober an durch Informationsveranstaltungen und Diskussionen über den als „NATO-Friedensbeschluß" bezeichneten NATO-Doppelbeschluß und die Nachrüstung informieren.

Der Bundessprecher der Schüler-Union, Peter Stefan Herbst, widersprach vor der Presse in Bonn der Empfehlung des baden-württembergischen Kultusministers Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU), in den Schulen nur Jugendoffiziere der Bundeswehr, nicht aber Vertreter der Kriegsdienstverweigerer zu Wort kommen zu lassen.

DGB ruft zu fünf Friedens-Minuten

rtr, Essen

Unter dem Motto „Es ist fünf Minuten vor zwölf" haben der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften alle Arbeitnehmer für den 5. Oktober in der Zeit zwischen 11.55 und 12.00 zu fünf Mahn-Minuten für den Frieden aufgerufen. DGB-Chef Ernst Breit berichtete gestern im Anschluß an eine Sitzung des DGB-Bundesvorstandes, dieser Beschluß sei einstimmig getroffen worden.

Mit dieser Demonstration ihres Willens zum Frieden und Abrüstung wollen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften nach Breits Angaben an die Regierung der USA und der UdSSR appellieren, die Verhandlungen über Mittelstreckenraketen in Genf erfolgreich abzuschließen.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Moskau und der Jumbo-Abschuß: WELT-Gespräch mit Ostexperte Wolfgang Leonhard

„Es gibt Anzeichen dafür, daß das Triumvirat Andropow-Gromyko-Ustinow zerbrochen ist"

Hinter dem Abschuß der koreanischen Verkehrsmaschine durch Moskau verbirgt sich nach Ansicht mancher Ostexperten ein Machtkampf im Kreml. Auch der Publizist und Schriftsteller Wolfgang Leonhard (62) vertritt diese These. Der international anerkannte Ost-Fachmann war als Sohn deutscher Emigranten in der Sowjetunion aufgewachsen. 1945 kam er nach Berlin und floh 1950 in den Westen. Er lehrt heute an der Yale-University in New Haven (USA). Mit Wolfgang Leonhard sprach Herbert Kremp.

WELT: Wie ist es möglich, daß die Sowjetunion den Abschuß der koreanischen Linienmaschine so lange leugnete, obwohl aller Welt die Beweise für die Tat vorliegen?

Die Leugnung der sowjetischen Schuld durch mehrere widerspruchsvolle und ausweichende Erklärungen deutet auf Widersprüche in der sowjetischen Führung über die einzuschlagende Sprachregelung hin. Zweifellos wäre eine sofortige offene Erklärung der sowjetischen Führung, daß sie den Abschuß der koreanischen Passagiermaschine zutiefst bedauere, den Opfern ihr Mitgefühl ausspreche und die Schuldigen zur Verantwortung ziehe, vom Standpunkt sowjetischer Staatsinteressen die beste Lösung gewesen. Dies aber hätte bedeutet, die sowjetischen Militärs für diese Untat verantwortlich zu machen. Offensichtlich hat sich die sowjetische Führung dazu nicht entschließen können, weil sich das sowjetische Militär dem entgegenstellte und gegenwärtig stark genug ist, in dieser Frage ihren Willen durchzusetzen.

WELT: Wer trägt nach Ihrer Kenntnis der sowjetischen Kommandostruktur die Verantwortung: die militärische oder die politische Spitze der Sowjetunion?

Die unmittelbare, gewissermaßen operative Verantwortung trägt der Befehlshaber des Wehrkreises Fernost, Armeegeneral Goworow, und sein Vorgesetzter, der Chef der Luftverteidigungstruppen, Generaloberst Semjon Romanow. Bei einem so bedeutsamen Ereignis ist jedoch anzunehmen, daß die Entscheidung im staatlichen Verteidigungsrat der UdSSR gefallen ist, dem sowohl die wichtigsten militärischen wie politischen Spitzenführer der UdSSR angehören. Der staatliche Verteidigungsrat steht unter dem Vorsitz von Andropow, der sich in diesen entscheidenden Tagen jedoch auf Urlaub befand. Es könnte wohl sein, daß die Meinung des Verteidigungsministers Ustinow und des Außenministers Gromyko den Ausschlag gab. Die Verantwortung trägt damit die militärische Führung der UdSSR, aber auch eine Gruppe der „Falken" in der politischen Spitze der Sowjetunion.

WELT: Handelt es sich bei dem Gewaltakt um eine Fortsetzung des sowjetischen Machtkampfes mit anderen Mitteln?

Ja, es gibt manche Anzeichen dafür, daß das ursprüngliche Triumvirat von Generalsekretär Andropow, Außenminister Gromyko und Verteidigungsminister Ustinow inzwischen zerbrochen ist. Innenpolitisch, weil Andropow offensichtlich mit Unterstützung der Politbüromitglieder Romanow, Alijew und Garbatschow bereit war, wenn zunächst auch sehr vorsichtig, gewisse Schritte in der Richtung der seit langem notwendigen Wirtschaftsreform vorzunehmen. Dies stieß sofort auf Widerstand maßgeblicher sowjetischer Führungskreise, darunter des Staatsplanvorsitzenden Baibakow in einer Pressekonferenz, die, höchst ungewöhnlich, in den Räumen des von Gromyko geführten Außenministeriums der UdSSR stattfand.

Außenpolitisch stießen offensichtlich Andropows Entspannungssignale (so unvollkommen sie vielleicht manchen im Westen erschienen und erscheinen) auf den harten Widerstand jener Kräfte, die sich gegen jegliche Mäßigung nach außen wenden. Dies galt vor allem für Andropows ausgedrückte Bereitschaft, eventuell einen Teil der SS-20-Raketen zu vernichten.

Die von Andropow geführte Richtung, über die wirkliche Situation im Lande genau informiert, will offensichtlich durch eine realistischere Politik die dringend notwendigen Wirtschaftsmodernisierungsmaßnahmen in die Wege leiten, die Nationalitätenkonflikte entschärfen und die Ost-West-Beziehungen nicht übermäßig belasten. Die zweite Richtung, besonders stark verankert im harten Kern des Parteiapparates und in der Armee, in der Führung durch Ustinow und Gromyko repräsentiert, widersetzt sich selbst den ersten Anzeichen einer Modernisierung im Innern und einer Mäßigung nach außen. Gewiß bestehen beide Richtungen aus Repräsentanten des diktatorischen Nomenklatura-Systems der UdSSR – aber die Unterschiede zwischen ihnen sind immerhin wichtig genug, um vom Westen registriert zu werden.

WELT: Wie schätzen Sie die internationalen Auswirkungen des Abschusses ein?

Der Abschuß der koreanischen Passagiermaschine hat die Ost-West-Beziehungen schwer belastet, die Vertrauenswürdigkeit der Sowjetführung als Verhandlungspartner erneut in Frage gestellt, die Möglichkeit ernstzunehmender Übereinkommen des Westens mit der sowjetischen Führung erschwert. Friedfertig klingende Vorschläge des Kremls dürften in Zukunft in der Welt auf größere Skepsis stoßen als zuvor. Auch die Wahrscheinlichkeit eines Gipfeltreffens von US-Präsident Reagan mit dem sowjetischen Partei- und Staatschef Andropow ist fraglich geworden.

WELT: Welche Antwort des Westens erschiene Ihnen am sinnvollsten, um die Sowjetunion künftig zur Mäßigung zu bewegen?

Die demokratischen Westmächte können und dürfen über diesen bestialischen Akt nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Der Westen sollte konsequent und nachdrücklich darauf beharren, daß die sowjetische Führung den wahren Sachverhalt über den Abschuß des koreanischen Passagierflugzeugs veröffentlicht, die Schuldigen nennt, sich für den tragischen Vorfall entschuldigt und die Verpflichtungen gegenüber den Opfern übernimmt. Partielle Gegenmaßnahmen, wie das Landeverbot von Aeroflot-Flugzeugen, erscheinen angemessen. Vom Abbruch der Genfer Verhandlungen sollte jedoch abgesehen werden – denn ein solcher Abbruch wäre genau das, was die Kreml-„Falken" wünschen würden.

Bei allen Maßnahmen und Erklärungen des Westens wäre darauf zu achten, nicht allgemein von „der Sowjetunion" zu sprechen, sondern deutlich zwischen Sowjetführung und Sowjetbevölkerung zu unterscheiden. Angesichts der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in politisch maßgeblichen Kräften des Kreml sollte zwischen unterschiedlichen Richtungen deutlicher differenziert werden. Den expansiven „Falken", die sich allen Vereinbarungen widersetzen, sollte durch westliche Festigkeit die Grenzen ihrer Macht und die Gefährlichkeit ihres Tuns verdeutlicht werden.

„Moskau hat Fluch auf sich gezogen"

rtr/AFP/dpa, Seoul

Im Fußballstadion von Seoul haben gestern mehr als hunderttausend Menschen an den Trauerfeierlichkeiten für die 269 Menschen teilgenommen, die am vergangenen Donnerstag beim Abschuß einer südkoreanischen Verkehrsmaschine über dem Nordpazifik ums Leben gekommen waren. Gleichzeitig gedachten 40 Millionen Südkoreaner in einer landesweit befolgten Schweigeminute der Opfer. Überall im Land heulten die Sirenen, die Fahnen wurden auf halbmast gesenkt.

Die Totenmesse für die aus 16 Staaten stammenden Opfer wurde gemeinsam von buddhistischen Mönchen, katholischen und protestantischen Geistlichen gefeiert. Der Primas der katholischen Kirche in Südkorea, Kardinal Kim Sou-Hwan, sagte in seinem Gebet: „Gott ... warum hast Du nicht die grausamen Hände der Sowjetunion gestoppt?"

Während der Trauerfeier, an der auch das gesamte Diplomatische Korps teilnahm, sagte Ministerpräsident Kim Sang-Hyup, Gott könne den Sowjets dieses „Verbrechen ... nicht vergeben". Die Sowjetunion habe mit ihrem Vorgehen Fluch und Strafe auf sich gezogen.

Nach der eigentlichen Trauerfeier schlug die Stimmung der versammelten Menschenmenge von Trauer in offenen Zorn gegen die Sowjetunion um.

Seit Tagen machen sich Südkoreaner in teilweise haßerfüllten Protestkundgebungen im ganzen Land ihrer Empörung Luft. Die heftigen Reaktionen sind verständlich, denn in den Schmerz und die Wut mischt sich das Gefühl der Ohnmacht eines geteilten Landes.

Der Westen besteht auf voller Aufklärung und Entschuldigung

● Fortsetzung von Seite 1

Inzwischen hat das japanische Verteidigungsministerium die vollständigen Aufzeichnungen des Funkverkehrs zwischen vier sowjetischen Abfangjägern vorgelegt. Daraus geht hervor, daß zwei sowjetische Maschinen an dem Angriff auf die südkoreanische Boeing 747 in dem sowjetischen Luftraum beteiligt waren. Das Flugzeug wurde von zwei Luftraketen getroffen und zur Explosion gebracht. Im Gegensatz zu der sowjetischen Dokumentation, in der von Kontakten zwischen den Abfangjägern und dem koreanischen Flugzeug auf der „internationalen Havarie-Frequenz" die Rede war, zeigen die japanischen Aufzeichnungen ebenso wie die amerikanischen Bänder, daß 16 Minuten vor Abschuß des Flugzeuges der sowjetische Pilot den militärischen Code für die Frage „Freund oder Feind?" (IFF) an das koreanische Flugzeug richtete und darauf keine Antwort erhielt. In der Zivilluftfahrt wird der Code IFF nicht verwendet.

Als völlig unglaubwürdig wies das amerikanische Außenministerium die sowjetische Erklärung zurück, man habe geglaubt, einem „Spionageflugzeug" oder gar einem der amerikanischen RC-135-Aufklärer auf der Spur gewesen zu sein. Das State Departement:

● Die Piloten wußten, daß sie eine harmlose, unbewaffnete Maschine vor sich hatten. An einer Stelle des Funkverkehrs berichtet einer von ihnen, er habe sich vor das observierte Flugzeug gesetzt. Ein Manöver, das man nie unternommen hätte in der Annahme, es mit einem feindlichen, das heißt möglicherweise bewaffneten Eindringling zu tun zu haben.

● Aus langer Erfahrung kennen die sowjetischen Luftabwehrexperten die amerikanischen RC-135-Aufklärer. Diese patrouillieren routinemäßig in dem Fluggebiet, um die sowjetische Einhaltung der bestehenden SALT-Abkommen zu überwachen. Diese Kontrollflüge sind Teil einer geschlossenen Vereinbarung. Eine länger als kurzfristige Verwechslung sei daher nicht möglich.

● Ein Spionageflugzeug bedient keine Navigationslichter und Positionslampen, die bei der KAL-Maschine vollkommen normal funktionierten.

● Es wurden Warnschüsse und Funkkontaktversuche mit dem KAL-Jumbo auf der dafür im Zivilverkehr üblichen Radiofrequenz unterlassen. Aus dem Sprechverkehr konnte zudem festgestellt werden, daß keiner der sowjetischen Jäger sein Leitwerk ausgefahren habe. Eine solche Standardprozedur hätte dem eingedrungenen Flugzeug signalisiert, daß es zur Landung aufgefordert worden ist.

Der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, sagte, die US-Regierung verfügte über weitere „unwiderlegbare Beweise", daß die sowjetische Luftabwehr den Eindringling korrekt als ziviles Verkehrsflugzeug identifiziert hatte. Offenbar hält das Weiße Haus aber weitere Aufzeichnungen sowjetischer Funksignale zurück, da befürchtet wird, daß eine weitere Offenlegung geheimdienstlicher Erkenntnisse der Sowjetunion zu viele Informationen über den Stand der technischen Überwachung liefern würde.

Als geradezu grotesk empfinden es amerikanische Fachleute, wenn Moskau jetzt eine Kampagne gegen die amerikanische Luftaufklärung führt, wie es der sowjetische UNO-Delegierte Oleg Troyanowsky nach dem Vorführen der Tonbänder versuchte. Troyanowsky führte zur Begründung des Spionagevorwurfs an, daß die USA häufig den sowjetischen Luftraum verletzten. Am Tage des Absturzes hätten sich sieben amerikanische Aufklärer über der Sowjetunion aufgehalten. Nicht nur die Tatsache, daß sowjetische Aufklärer in regelmäßigen Abständen die amerikanischen Küsten abfliegen und dabei gelegentlich auch den amerikanischen Luftraum verletzen, sollte die Sowjets nach Ansicht amerikanischer Experten eigentlich zur Zurückhaltung motivieren. Darüber hinaus sei es auch eine historische Tatsache, daß es die Sowjetunion war, die durch ihr Verhalten in der Vergangenheit die gegenseitige Luftaufklärung notwendig gemacht habe.

Jedesmal, wenn die Amerikaner bei den Verhandlungen über Rüstungskontrollvereinbarungen vorgeschlagen hätten, die Einhaltung durch Inspektionen am Boden oder auch durch „neutrale" elektronische Beobachter vor Ort überwachen zu lassen, hätten die Sowjets nein gesagt. Moskau habe darauf bestanden, daß zur Verifizierung der verschiedenen Abkommen zur Rüstungsbegrenzung (SALT I und II) stets nur „nationale technische Mittel" verwendet werden sollten. Dies aber mache neben der Aufklärung durch Nachrichtensatelliten auch eine Überwachung durch Aufklärungsflugzeuge notwendig. Darüber habe auch zwischen den beiden Großmächten bisher nie ein Zweifel bestanden.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Historische Tatsachen

„Leserbrief: Gegenargument"; WELT vom 29. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

in seinem Leserbrief wirft Herr Raum aus München dem Leserbriefschreiber „eine erschreckende geschichtliche Unkenntnis und unvorstellbare Unmenschlichkeit" vor. Diese Vorwürfe sind nicht nur unberechtigt, sondern treffen vielmehr auf Herrn Raum selbst zu.

Wie sind die geschichtlichen Fakten? Am 26. Juli 1945 forderten die in Potsdam versammelten alliierten Staatsmänner Japan auf, unverzüglich zu kapitulieren. Dies wurde von Japan – wie aus allen seriösen Geschichtsbüchern zu entnehmen ist – ohne Zaudern abgelehnt. Daraufhin ließen die USA am 6. August 1945 die erste Atombombe auf Hiroshima und eine zweite am 9. August 1945 auf Nagasaki fallen.

In seinem Buch „Der Zweite Weltkrieg" schreibt der Autor Raymond Cartier zu Plänen der Alliierten, die eine Invasion Japans zum Inhalt hatten, u. a. folgendes: „Marshall (gemeint ist der damalige US-Generalstabschef und spätere US-Außenminister; der Briefschreiber) sprach von 500 000 Toten. 500 000 Tote! Nie hatte Amerika solche Menschenverluste gekannt. Der Erste Weltkrieg hatte die Vereinigten Staaten 53 000 Tote gekostet, der Triumph, den es soeben über Deutschland errungen hatte, immer noch unter 200 000 Menschenleben. Amerika sollte also dreimal soviel für einen de facto errungenen Sieg gegen Japan aufwenden!"

Die US-Kriegsführung war während des gesamten Zweiten Weltkrieges darauf bedacht – was aus ihrer Sicht mehr als verständlich war – eigene Menschenleben zu schonen. So schrecklich die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki auch gewesen sind, sie haben den Krieg im Fernen Osten um viele Monate gekürzt und damit möglicherweise Millionen Menschen vor dem sicheren Tode gerettet sowie ebenso viele vor schwersten Verletzungen bewahrt. Die japanischen Militärs kannten damals nur die Parole „Sieg oder Tod".

Wenn Herr Raum sich zum Sittenrichter über die USA aufspielt, sollte er noch folgende geschichtliche Tatsachen zur Kenntnis nehmen: Es war Japan, das am 7. Juli 1937 mit dem Überfall auf China den Krieg im Fernen Osten eröffnete. Im Zuge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen wurden Millionen chinesische Zivilisten (Männer, Frauen und Kinder) ermordet. Schließlich waren es auch die Japaner, die mit dem Überfall auf Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 die USA in den Zweiten Weltkrieg hineingezogen haben.

Mit freundlichem Gruß
Matthias Schmitz,
Bad Neuenahr-Ahrweiler

*

Hiermit beenden wir die Diskussion zu diesem Thema.

Die Redaktion

Stehendes Gewerbe

„Zuviel Schwarzarbeit? Man prüfe die Lohnnebenkosten"; WELT vom 22. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Heinz Pentzlin hat sich mit der Schwarzarbeit beschäftigt. Wir teilen seine Ansicht über die Bedeutung der Lohnnebenkosten für die Entwicklung des Volumens von Schwarzarbeit, sind aber mit seinem Vorschlag nicht einverstanden, Arbeitslosen die Selbständigkeit als Kleingewerbetreibende in Handwerksberufen zu empfehlen.

Zunächst einmal bieten sich entgegen der Ansicht von Heinz Pentzlin keineswegs viele handwerkliche Berufszweige dafür an. Außerdem übersieht er die besonderen Zulassungsvoraussetzungen für die Ausübung eines Handwerks als stehendes Gewerbe. Nach der Handwerksordnung, die diese Voraussetzungen gesetzlich regelt, ist der selbständige Betrieb eines Handwerks als stehendes Gewerbe nur den in der Handwerksrolle eingetragenen Personen gestattet. In die Handwerksrolle wird in der Regel nur der eingetragen, der in dem von ihm zu betreibenden Handwerk die Meisterprüfung bestanden hat. Diese Voraussetzung dürften die meisten Arbeitslosen nicht erfüllen.

Nach unserer Auffassung ist eine nachträgliche Korrektur dieser Gedanken von Heinz Pentzlin erforderlich, um die eventuell hervorgerufenen unrealistischen Erwartungen von Arbeitslosen so schnell wie möglich zu beseitigen.

Mit freundlichen Grüßen
Rohde,
Handwerkskammer Berlin

Schwarz vorbei

„Leserbrief: Ursachen der Schwarzarbeit"; WELT vom 23. August

Sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Irblich hat völlig recht. Mit der von Herrn Minister Dr. Blüm empfohlenen Welle der Verachtung oder mit der Bestrafung einzelner im Baugewerbe kann man die Schwarzarbeit nicht ausrotten. Wenn täglich Millionen von Menschen gegen Gesetze verstoßen und schwarzarbeiten, dann kann man in einer Demokratie dies weder durch Verachtung noch durch Bestrafung einzelner beseitigen, sondern es bedarf einer grundlegenden Korrektur des Systems. Nur hiermit können wieder vernünftige Verhältnisse hergestellt werden.

Herr Irblich spricht nur von der Schwarzarbeit in der Bauindustrie. Aber dies ist ja nur der kleinste Teil, ich möchte nur einige weitere Bereiche aufführen, ohne auch nur annähernd vollständig zu sein:

● Hausfrauen, die z. T. Arbeitslosengeld kassieren und als Putzhilfe arbeiten;

● Maler, Elektriker, Installateure, die nach Feierabend Reparaturen ausführen;

● Dachdecker, die offen in Tageszeitungen den Feierabendservice annoncieren;

● Arbeiter, die am Feierabend und besonders am Wochenende in Tankstellen aushelfen;

● Lehrer, die (ich zitiere einen Lehrer) mit Nachhilfe mehr verdienen, als sie netto ausgezahlt bekommen;

● Mitarbeiter der Finanzämter, die nach Feierabend für kleinere Firmen die Buchhaltung machen oder Steuererklärungen erstellen;

● und wie ist es mit den landwirtschaftlichen Nebenbetrieben, die heute häufig nur noch nach Feierabend bearbeitet werden, keineswegs nur von Familienmitgliedern?

Dies alles geht „schwarz", also am Finanzamt vorbei, und in vielen Fällen wird Arbeitslosengeld kassiert und besteht wegen dieser guten Nebenverdienste gar kein Interesse mehr, die Arbeitslosigkeit zu beenden.

Um auch nur einen nennenswerten Teil dieser Verstöße zu erfassen und zu ahnden, müßte ein Heer von Kontrolleuren und Richtern neu eingestellt werden. Das ist aber nicht Aufgabe des demokratischen Staates. Dieser hat die Gesetze so zu ändern, daß nicht laufend eine große Zahl von Bürgern sich strafbar macht. Je kürzer die Arbeitszeit wird, desto mehr wird beim jetzigen Steuersystem diese „Schwarzarbeit" zunehmen.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Hammesfahr,
Mülheim-Saarn

Wort des Tages

„Der Mensch ist nicht nur da, in Geschichte zu stehen oder Geschichte zu erleiden. Selbst dieses muß noch ein aktiver Einsatz, ein bewußter Vollzug sein. Der Mensch muß Geschichte machen."

Alfred Delp, dt. Theologe (1907–1945)

Washington zeigt sich gegenüber Syrien entschlossener

Ein Rückzug aus Libanon würde Amerikas Einfluß in Nahost dramatisch schrumpfen lassen / Vor einer neuen Debatte über die Aufgabe der „Marines"

TH. KIELINGER, Washington

Entschlossen und schnell hat die amerikanische Regierung allen Spekulationen vorgebeugt, die den Verdacht entstehen lassen könnten, die USA wollten nach dem Tod von zwei weiteren Marines ihr Friedenskontingent aus Libanon abziehen. „Zusammen mit unseren französischen, italienischen und britischen Partnern in der multinationalen Truppe erfüllen wir eine wichtige Aufgabe bei der Stützung der zentralen Regierung Libanons", sagte das Weiße Haus in einer offiziellen Verlautbarung. „Niemand sollte unsere Entschlossenheit unterschätzen, in dieser gerechten Sache auszuharren."

Nicht nur werden die Amerikaner ihre Präsenz in Libanon nicht verdünnen oder gar zurückziehen: Auf drei amphibischen Truppen- und Materialtransportern führt Washington in diesen Tagen Luftlandeverstärkung von insgesamt 2000 weiteren Marines ins östliche Mittelmeer heran, wo sie nahe der libanesischen Küste in Wartestellung gehalten werden sollen. Es handelt sich um die 31. amphibische Marine-Einheit, die bisher in Kenia stationiert war. Zusammen mit den bereits 600 in Reserve gehaltenen Truppen und den 1200 Mann in Libanon baut damit die Reagan-Regierung ihre Mannschaftspräsenz auf fast 4000 Marines aus.

Hinzu kommt der Flugzeugträger Eisenhower mit seinen Begleitschiffen und seinem Bomber-Arsenal. Aus dem Pentagon verlautet, daß möglicherweise noch das Schlachtschiff „New Jersey" sowie ein weiterer Flugzeugträger ins östliche Mittelmeer abgeordert werden könnten.

Schon am Sonntag ließ Präsident Reagan im Weißen Haus führende Kongreßmitglieder wissen, die verstärkte US-Truppenpräsenz vor Libanon sei als „Markierungszeichen" für Syrien gedacht, seine Involvierung in den inner-libanesischen Kämpfen nicht zu überdehnen.

Auch nach dem Verlust der beiden Marines am späten Montag blieb das Weiße Haus bei dieser festen Haltung. „Die Syrer werden schon wissen, welche Feuerkraft wir vor der Küste in Stellung bringen", sagte der Weiße-Haus-Sprecher Speakes Mitte der Woche. „Sie dürften entsprechend vorsichtig vorgehen bei ihrer aktiven Unterstützung gewalttätiger Aufstände in dieser Gegend." Zu weiteren Kontakten mit Damaskus ist US-Unterhändler McFarlane wieder auf den Weg geschickt worden.

Ohne Zweifel haben Präsident Reagan und seine Berater erkannt, daß die Lage in Libanon, gerade im Stadium gesteigerter Gefahr, eine besonders eindeutige und unumstößliche Reaktion seitens der amerikanischen Regierung verlangt, soll die innere Lage des Landes und die Stabilität der Gemayel-Regierung nicht vollkommen zusammenbrechen. Dahinter steht die Erkenntnis, daß man im Grunde gar keine andere Wahl hat, als ordnungspolitisch in Libanon auszuharren. Ein Rückzug wäre nicht nur der sichere Ausbruch des Chaos im Lande; er würde auch den Syrern freie Hand signalisieren und den amerikanischen Einfluß im Nahen Osten insgesamt dramatisch schrumpfen lassen.

Dabei weiß man im Weißen Haus, wie heikel es um den operationellen Auftrag der Marines in Libanon steht. Die Truppen sind in ihrer gegenwärtigen passiven Rolle ein lohnendes Ziel für Raketenüberfälle aus den Schuf-Bergen.

Überraschenderweise fiel die Reaktion im Kongreß auf die beiden jüngst gefallenen Soldaten sehr milde aus. In Washington dominiert der Abschuß der koreanischen KAL-Maschine weiterhin die Nachrichtenszene. Außerdem hat man im Kapitol – wo am nächsten Montag die neue Legislaturperiode beginnt – inzwischen einen tieferen Blick in die Unausweichlichkeit des amerikanischen Engagements getan. Der Kongreß wird bei gesteigertem Risiko der Lage in Libanon aber fordern, von der Regierung an den weiteren Entscheidungen beteiligt zu werden. Das kann bedeuten, daß der Präsident doch noch nach den Statuten des „War Powers Act" von 1973 den Kongreß um Absegnung der amerikanischen militärischen Präsenz in Libanon wird bitten müssen.

Das wäre für die Administration psychologisch gar nicht ohne Vorteil. Angesichts der erhöhten Gefahren für die Friedenstruppe empfiehlt es sich für das Weiße Haus, nicht nur einen überparteilichen Konsens für den fortgesetzten amerikanischen Einsatz zu schmieden, sondern die Verantwortung für diesen Einsatz auch auf die ganze Regierung – also auch die Legislative, die nach dem amerikanischen System zur Regierung (government) gehört – auszudehnen. Das dürfte nach der Tragödie um die koreanische Passagiermaschine kurzfristig leichter im Kongreß durchzusetzen sein, da niemand dem Präsidenten in seinem Tauziehen mit Syrien – und dem syrischen Verbündeten der Sowjetunion – in den Arm fallen möchte.

Trotzdem muß sich Reagan Gedanken machen um den zukünftigen Dienstauftrag der Marines in Libanon. Eine Kampftätigkeit ist nicht ausgeschlossen, und sei es nur zu Vorstößen gegen eindeutig ausgemachte Feuerstellungen, von denen aus die Truppen in Beschuß genommen werden.

Personalien

VERÄNDERUNG

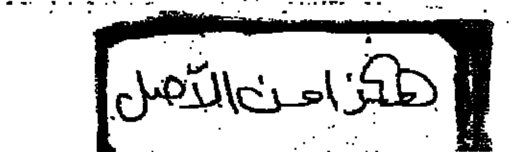
Dr. Wilfried Hofmann, Vortragender Legationsrat I. Klasse, wird Ende des Monats die Aufgaben des NATO-Informationsdirektors in Brüssel übernehmen. Er wird Nachfolger des Journalisten **Armin Halle**, der vor seiner Tätigkeit im NATO-Hauptquartier für den damaligen Bundeskanzler **Helmut Schmidt** Reden schrieb. Es ist ungewöhnlich, daß auf diesem Posten einem Deutschen wieder ein Deutscher folgt. Hofmann war fünf Jahre Leiter des Referats „Atlantisches Bündnis und Verteidigung" im Auswärtigen Amt.

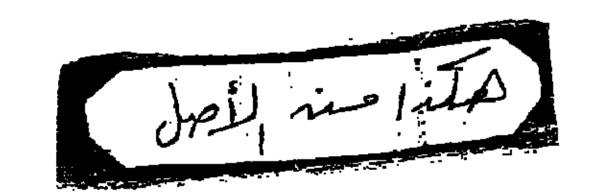
TODESFÄLLE

Joseph Kardinal Schröffer, von 1948 bis 1967 Bischof von Eichstätt, ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Als Präsident der Friedensorganisation Pax Christi hat sich der Ehrenkanoniker der Kathedrale von Reims besonders um die Aussöhnung mit Frankreich bemüht und wurde dafür „Kommandeur der Ehrenlegion". Seit 1967 als Kardinal Mitglied der römischen Kurie, hat Schröffer sich dort in zahlreichen Gremien unter anderem für die weltweite Priesterbildung engagiert. Schröffer war Inhaber des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern sowie des Bayerischen Verdienstordens und Ehrenbürger seiner Heimatstadt Ingolstadt.

*

Dr. Gerhard Nehlsen, Aufsichtsratsvorsitzender der SMS Hasenclever Maschinenfabrik GmbH und bis 1982 Vorstandsmitglied der SMS Schloemann-Siemag AG, Düsseldorf, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren gestorben.





NACHRICHTEN

Pole bei Osnabrück

Osnabrück (dpa) – Der 50malige polnische Basketball-Nationalspieler Claudius Frakstein hat sich dem Bundesliga-Aufsteiger Giants Osnabrück angeschlossen. Der 2,08 m große Center hatte sich in der letzten Woche während der Deutschland-Tournee seines Klubs Zaglebie Sosnovice abgesetzt.

Wird Cosmos verkauft?

New York (dpa) – Franz Beckenbauer, der am Sonntag 38 Jahre alt wird, erklärte in einem Interview mit der Illustrierten „Bunte", Cosmos New York drohe wegen seiner Schulden der Verkauf. Der deutsche Fußball-Rekordnationalspieler schließt nicht aus, daß er noch eine weitere Saison in den USA spielt.

Bronze im Schießen

Bukarest (sid) – Bernd Rücker aus Neckarsulm gewann bei den Junioren-Europameisterschaften der Sportschützen in Bukarest mit 595 Ringen die Bronzemedaille in der Disziplin Kleinkaliber liegend. Den Titel gewann der Engländer Michael Rabb (598 Ringe). In der Mannschaftswertung kam das Team der Bundesrepublik auf Platz vier.

Hertha BSC erreichte 2:2

Berlin (dpa) – Hertha BSC erreichte im Berliner Olympiastadion ein 2:2 in einem Fußball-Testspiel gegen die Nationalmannschaft der Sowjetunion. Das Spiel sahen nur 1500 Zuschauer.

Schweizer Erfolg

Plumelec (sid) – Der Schweizer Rad-Profi Siegfried Hekimi gewann die erste Etappe der Tour de l'Avenir, die zum ersten Mal für Profis und Amateure ausgeschrieben wurde.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal – Manchester United 2:3, Birmingham – Stoke 1:0, Coventry – Notts 2:1, Ipswich – Everton 3:0, Liverpool – Southampton 1:1, Luton – Norwich 2:2, Queens Park – Watford 1:1, West Ham – Leicester 3:1. – **Freundschaftsspiele:** Senne – Bielefeld 0:5, Rheydt – Mönchengladbach 0:4, Walsrode – Bremen 1:11.

TENNIS

102. Offene US-Meisterschaften in Flushing Meadow, Herren, Achtelfinale: Arias (USA) – Nyström (Schweden) 3:6, 6:3, 3:6, 6:0, 6:0, Noah (Frankreich) – Krickstein (USA) 6:3, 7:6, 6:3, Wilander (Schweden) – Gomez (Ekuador) 6:2, 6:1, 6:2, Lendl (CSSR) – Kriek (USA) 6:2, 6:4, 6:1. – Damen, Viertelfinale: Navratilova (USA) – Hanika (Deutschland) 6:0, 6:3, Shriver (USA) – Jäger (USA) 7:6, 6:3.

SCHACH / Vergebliches Warten auf Fischer – Kortschnoi gewann

Präsident Campomanes kündigt harten Kurs gegen sowjetischen Verband an

T. S., **Pasadena**

Bobby Fischer, der legendäre Schachweltmeister, der vor zehn Jahren seinen Titel kampflos abgab, wird nie mehr auf die Schachszene zurückkehren. Die letzte Gelegenheit dazu, auf die viele seiner Freunde gehofft hatten, ließ der offensichtlich kranke Amerikaner verstreichen.

In Pasadena, wo Bobby Fischer seit Jahren wohnt, fand jetzt das größte offene Schachturnier der Welt statt, mit 874 Teilnehmern. Unter ihnen befanden sich viele alte Freunde des früheren Weltmeisters, vor allem der Exilrusse Viktor Kortschnoi, der noch 1977 den schon damals als verschollen geltenden Fischer für einen Tag hatte besuchen dürfen.

Kortschnoi konnte an diesem Turnier teilnehmen, weil der Sowjetrusse Gari Kasparow zum zur gleichen Zeit ebenfalls in Pasadena angesetzten WM-Kandidatenkampf nicht antrat. Die Sowjets hatten bekanntlich gegen den Austragungsort protestiert und Kasparow nicht antreten lassen, so daß Kortschnoi zum kampflosen Sieger erklärt wurde.

Die Hoffnung, während dieses Mammutturniers bei tropischer Hitze (im Laufe der zwei Wochen traten 36 Teilnehmer zurück, einer starb) werde unter den zahlreichen Kiebitzen eines Tages vielleicht doch der große Bobby Fischer sein, wurde enttäuscht. Selbst seine Freunde glauben nun nicht mehr an eine Rückkehr. J. Hanken, einer der bekanntesten Schachorganisatoren Kaliforniens, sagte: „Für das Schach ist er so gut wie tot."

Gelegentlich soll Fischer auf der Straße antisemitisches Propagandamaterial verteilen. Gerüchte, nach denen er dabei von Polizisten geschlagen worden sei, sind aber – wie in Pasadena versichert wird – falsch. Vor Gericht prozessiert Fischer mit der „Church wildwide of Gate" um die Rückgabe von 100 000 Dollar, die ihm die Sekte einst abgeknöpft hatte.

Viktor Kortschnoi, der das „Pasadena Open" übrigens gemeinsam mit dem US-Großmeister Larry Christiansen gewann (jeder kassierte 3250 Dollar), hat nun kurioserweise Chancen, den regierenden Schachweltmeister Anatoli Karpow aus der Sowjetunion genauso kampflos zu beerben, wie es einst 1973 Karpow mit Fischer tat.

Das Kandidatenfinale zwischen den beiden kampflosen Halbfinalsiegern Kortschnoi und Ribli (Ungarn) soll Ende 1983 stattfinden. Aber die Sowjets haben inzwischen bereits erklärt, daß sie ihren Weltmeister Karpow gegen den so ermittelten Herausforderer keinesfalls antreten lassen werden. Sie haben sogar die Ungarn aufgefordert, gegen dieses Verfahren Protest einzulegen.

Florencio Campomanes (Philippinen), der Präsident des Welt-Schachbundes, scheint jedoch fest entschlossen, keine Verbeugung mehr vor den Russen zu machen. In einer Dokumentation schreibt er: „Ich werde dafür Sorge tragen, daß in der FIDE nicht mehr wie bisher das stärkste Mitglied am meisten zu entscheiden hat, sondern daß mittlerweile kleine und kleinste Nationen dasselbe Recht haben."

Dennoch: Die Wühlarbeit des mächtigen sowjetischen Verbandes geht weiter. Der Österreicher Kurt Jungwirth, einer der Stellvertreter von Campomanes, hat sich dafür ausgesprochen, die Spiele Kortschnoi – Kasparow und Smyslow – Ribli doch noch stattfinden zu lassen. Es sei „absurd", zwei Herausforderer einfach auszuschließen. Das vergleichsweise uninteressante Spiel von Smyslow und Ribli (es sollte in Abu Dhabi ausgetragen werden) könne auch in Österreich stattfinden.

FUSSBALL / Interview mit Hermann Neuberger – Nachfolger von Franchi?

Ein Scheitern der Nationalmannschaft wäre „unschön, aber keine Tragödie"

sid, **Budapest**

Hermann Neuberger, Präsident des Deutschen Fußball-Bundes, schließt nicht aus, sich für den Posten des Präsidenten des europäischen Verbandes (UEFA) zur Verfügung zu stellen. In einem Interview mit dem Sport-Informations-Dienst (sid) gibt Neuberger auch noch einmal eine Vertrauenserklärung für Jupp Derwall ab.

Frage: Wie sehen Sie die Chancen der Nationalmannschaft, sich für die Endrunde der Europameisterschaft 1984 in Frankreich zu qualifizieren?

Neuberger: Ich bin Optimist, obwohl es sicherlich kein Kinderspiel sein wird, die vier anstehenden Heimspiele gegen Österreich, die Türkei, Nordirland und Albanien zu gewinnen. Sollte die Mannschaft scheitern, wäre das zwar sehr unschön, aber auch keine Tragödie. Mich stört, daß der Titelverteidiger nicht automatisch für die Endrunde gesetzt wird.

Frage: Gäbe es keine Konsequenzen, falls die Qualifikation mißlingt?

Neuberger: In diesem Fall, an den ich momentan nicht denke, müßte die ganze Konzentration sofort auf die Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko gerichtet werden. Schon im Dezember werden in Zürich die Qualifikationsgruppen ausgelost. Ich kann nur wiederholen, daß Bundestrainer Jupp Derwall seinen bis 1986 laufenden Vertrag selbstverständlich erfüllen wird.

Frage: Warum hat der DFB seine Bewerbung für die Ausrichtung der Weltmeisterschaft 1990 zurückgezogen?

Neuberger: Von vornherein lag unser Schwerpunkt bei der Endrunde der Europameisterschaft 1988. Für 1990 hat sich der DFB nur für den Fall beworben, daß kein anderes europäisches Land bereit sein würde. Ich hatte die WM schon lange abgehakt, als mir der verstorbene UEFA-Präsident Artemio Franchi versicherte, daß er das Weltturnier 1990 für Italien fest im Visier habe. Sollte der DFB nun den Zuschlag für die EM 1988 erhalten, worauf ich sehr hoffe, würden wir wahrscheinlich zwei regionale Vorrunden-Gruppen im Norden und im Westen bilden. Halbfinale und Finale könnten dann im Süden stattfinden.

Frage: Ist es richtig, daß Sie nach dem Tod von UEFA-Präsident Franchi als einer seiner möglichen Nachfolger gelten?

Neuberger: Ich hatte Artemio Franchi und auch FIFA-Präsident Joao Havelange aus Brasilien schon seit langer Zeit fest zugesagt, daß ich nie gegen sie kandidieren würde. Das hat unser Verhältnis untereinander deutlich entkrampft. Sollte sich nun die Situation ergeben, daß der überwiegende Sektor Europas meine Kandidatur wünscht, müßte ich mit mir zu Rate gehen. Gemäß den Statuten haben wir Zeit bis Juni 1984.

Frage: Werden Sie beim DFB-Bundestag am 28. Oktober in Mannheim den Antrag stellen, die Bundesliga auf 16 Klubs zu reduzieren?

Neuberger: Dieser Antrag ist fristgerecht zum 3. September bereits gestellt worden. Es kann aber sein, daß über ihn beim Bundestag überhaupt nicht verhandelt wird. Und zwar dann, wenn sich die Bundesliga-Präsidenten demnächst ebenso wie die Manager für die Reduzierung aussprechen. In diesem Fall könnte der DFB-Beirat sofort die Details ausarbeiten. Bei einer Ablehnung soll aber keiner mehr kommen und vom DFB die Einführung der Winterpause verlangen. Reduzierung und Winterpause sind ein einziges Paket, das nur zusammen aufgeschnürt werden kann.

TENNIS / Sylvia Hanika unterlag Navratilova

In 48 Minuten alles vorbei

dpa/sid, **New York**

Vor 18 Monaten hatte Sylvia Hanika Wimbledonsiegerin Martina Navratilova bezwungen. Diesmal blieb für die 23 Jahre alte Münchnerin nur der Trost ihrer Gegnerin: „Sie hat weit besser gespielt als es das Ergebnis aussagt." Das Ergebnis ist deutlich. Die Amerikanerin gewann 6:0, 6:3, wobei der erste Satz 18 Minuten, der zweite immerhin 30 Minuten gedauert hatte.

Trost, so scheint es, ist das einzige, was Martina Navratilova zur Zeit ihren Konkurrentinnen zukommen läßt. Die Frage von Franz Humar, dem Trainer von Sylvia Hanika, hat nur rhetorischen Wert: „Wer soll sie denn in dieser Form besiegen?" Die Münchnerin, die für Rot-Weiß Berlin spielt, antwortet selbst: „Unter normalen Umständen gibt es keine Spielerin, die sie gefährden kann."

Sylvia Hanika („ich bin ein Langsamstarter") konnte im zweiten Satz nur bis zum 3:3 mithalten, verlor dann ihren Aufschlag und sehr schnell das gesamte Spiel. Immerhin hat sie dabei erkannt, wie die Amerikanerin in Verlegenheit zu bringen ist: „Mit Topspins auf die Rückhand ist sie verwundbar. Wenn man Martina unter Druck setzen kann, zeigt sie Nerven." Vielleicht schafft das Pam Shriver im Viertelfinale. Sie hatte Martina Navratilova im letzten Jahr an gleicher Stelle überraschend besiegen können.

Bei den Herren hatten zwei hohe Favoriten keine Mühe, das Viertelfinale zu erreichen. Der Tschechoslowake Ivan Lendl besiegte Johan Kriek (USA) 6:2, 6:4, 6:1, Yannick Noah aus Frankreich den erst 16 Jahre alten Amerikaner Aaron Krickstein 6:3, 7:6, 6:3.

STANDPUNKT / Drei Auswahl-Mannschaften

Das Wehklagen hat Methode

Erich Ribbeck betreut die Olympia-Auswahl des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und klagt, er müsse nehmen, was übrigbleibt. Berti Vogts stellt für sein Junioren-Team Forderungen nach Brehms Tierleben: „Ich mag keine Duckmäuser, ich will hungrige Haie und keine satten Wale." Dann spielt sein Team in Ungarn 0:0, was dafür spricht, daß er im Bundesliga-Tümpel nur kleine Fische gefunden hat. Jupp Derwall klagt über die vielen Verletzten, leiht bei den Kollegen Ribbeck und Vogts Spieler aus.

Das Wehklagen hat Methode. Es ist die extreme Umkehrung der prahlerischen Worte vor der Weltmeisterschaft 1982, mit denen der Eindruck erweckt wurde, der Nabel der Fußball-Welt liege irgendwo zwischen Hamburg und München. Diese Art ist genauso falsch.

Drei Mannschaften zur gleichen Zeit aufzustellen, mag für Luxemburg schwer, darf aber für den Deutschen Fußball-Bund kein Hindernis sein, immer noch Leistung zu zeigen. Es bleibt dabei: Die Überzeugung, jedes Team sei für sich selbst wichtig, fehlt bei Spielern und Klubs. In der Olympia-Auswahl spielen alte Profis (Franke/35 Jahre alt), das Junioren-Team ist für viele lästige, weil zeitraubende Zwischenstation. Und über die Nationalmannschaft sagt DFB-Präsident Neuberger, es sei „unschön", wenn sie sich nicht für die Europameisterschaft qualifizieren könnte.

„Unschön", welch ein Wort. Es ist so herrlich milde, daß sich jeder hinter ihm verstecken kann, der schwach spielt. Ist denn niemand in der Lage, Leistung zu fordern? M. B.

DOPING / Die traurige Bilanz von Caracas

Gleich 19 Athleten überführt

sid, **Köln**

Weitaus größer als angenommen war die Zahl der Dopingvergehen bei den panamerikanischen Spielen Ende August in Caracas. Insgesamt wurden 19 Athleten überführt, leistungssteigernde Mittel eingenommen zu haben. Neun Teilnehmer verzichteten auf einen Start, nachdem sie bei freiwilligen Voruntersuchungen ein positives Ergebnis erfuhren, 13 Leichtathleten aus den USA reisten vorzeitig nach Hause.

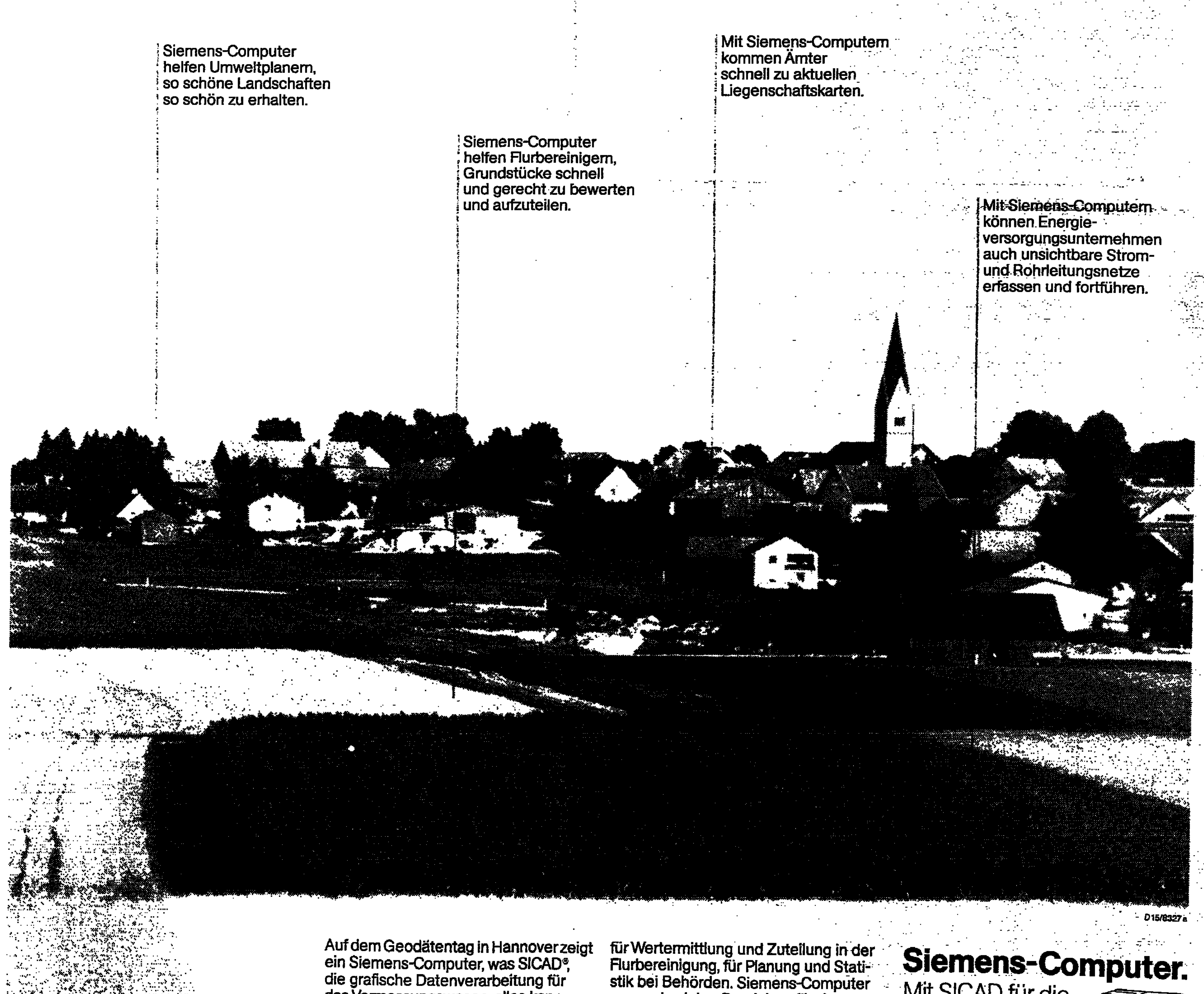
Das berichtete der Kölner Biochemiker Manfred Donike nach Abschluß der Untersuchungen. Donike, der die Kontrollen in Caracas geleitet hatte, sagt: „Jetzt kann man sich ein Bild von der internationalen Dopingszene machen, wenn Athleten zu Wettkämpfen antreten, bei denen sie keine Kontrollen erwarten."

Die 19 des Dopings überführten Sportler kommen aus Kuba (6), den USA, Kanada, Chile, der Dominikanischen Republik (je 2) sowie aus Argentinien, Kolumbien, Puerto Rico, Nicaragua und Venezuela. Darunter befinden sich elf Gewichtheber, vier Leichtathleten und je ein Teilnehmer in den Wettbewerben Radsport, Volleyball, Ringen und Fechten. Die Mehrzahl hatte muskelbildende Hormone genommen, nur in vier Fällen wurden Medikamente mit Stimulantien benutzt.

Als Fazit ergibt sich aus dieser Untersuchung auch, daß das Problem des Dopings nicht auf Länder beschränkt ist, die über einen hohen wissenschaftlichen Standard verfügen. Es bleibt trotz aller Bemühungen ein weltweites Problem, wobei der Ostblock immer mehr dazu übergeht, vor wichtigen Ereignissen Voruntersuchungen durchzuführen.

SIEMENS

Vom 14. bis 16. 9. 83 treffen sich 1500 Vermesser mit einem Siemens-Computer.



Auf dem Geodätentag in Hannover zeigt ein Siemens-Computer, was SICAD®, die grafische Datenverarbeitung für das Vermessungswesen, alles kann. SICAD macht aus riesigen Zahlenmengen computerschnell anschauliche Karten: für Kataster und Liegenschaften, für Dokumentation und Planung der Leitungsnetze bei Versorgungsunternehmen und Industriebetrieben, für Wertermittlung und Zuteilung in der Flurbereinigung, für Planung und Statistik bei Behörden. Siemens-Computer sorgen in vielen Bereichen für das bessere Bild: mit SICAD in der Kartografie, mit CADIS bei der Konstruktion in Industrie, Forschungs- und Lehrinstituten, mit einer breiten Software-Palette überall in Wirtschaft und Verwaltung.

Siemens-Computer.
Mit SICAD für die grafische DV.

Die „Star Sisters"

Cocktail aus Swing und Coca Cola

Auf der Berliner Funkausstellung sind die Star Sisters aus Holland ein rauschender Erfolg. Die neuen Hits mit altem Swing schlagen ein. Und merkwürdig – nicht nur beim nostalgischen Publikum, sondern auch bei den 14- bis 18jährigen, die sonst dem Heimatrock verfallen scheinen. Meisjes, die beim Rock von „Doe maar" vor Ekstase umfallen, jubeln den Star Sisters zu.

„Sie kaufen wie verrückt, die jungen Leute, das Phänomen konnten

Na so was – extra – ZDF, 19.30 Uhr

wir uns bisher noch nicht erklären", so Willem van Kooten von der Plattengesellschaft der Star Sisters, die mit diesem Trio voll ins Schwarze traf.

Patricia Paay, Yvonne Keeley – zwei musikalische Schwestern aus Rotterdam – und Sylvana van Veen imitieren die Andrews Sisters – Idol der GI's (der amerikanischen Soldaten) im Zweiten Weltkrieg. In khakifarbener Uniform, das Schiffchen keck auf die Hayworth-Mähnen gedrückt, die Münder sexy auf groß geschminkt, die weißen Zahnreihen ausgiebig blitzend, so wecken die Star Sisters die Nostalgie des „fröhlichen Krieges".

Und das animiert die Leute, die's selber noch miterlebt haben (wenn auch weniger fröhlich), und die Jugend, die stündlich mit der gar nicht fröhlichen Kriegsdrohung der achtziger Jahre konfrontiert wird. Wahrhaftig, diese ganz und gar nicht amerikafreundlichen jungen Leute laben sich an dem Medley, zusammengebaut aus In The Mood, Rum und Coca-Cola, Pico Tico, Bei mir bist Du schön und so fort. Ein Orchester im Big-Band-Sound von Glenn Miller spielt dazu.



Erfolgreiche Meisjes aus Rotterdam: Die „Star Sisters"

FOTO: METRONOME

Ganze Seiten in Hollands Gazetten und in der Regenbogenpresse sind den Star Sisters gewidmet. Den Schwestern Paay wurde es „met de paplepel ingegoten", zu deutsch, schon in den Windeln begannen sie. Was Wunder, Papa John war Saxophonist in einer Big-Band, später Bandleader. „Er hat uns nichts erspart – und wir lernten viel", so Patricia heute. Pat und Yvonne sind echte Rotterdamerinnen, eine Spezies, mit der man in Deutschland noch nicht Bekanntschaft geschlossen hatte: resch, fesch und aus einer aktiven Stadt, wo die Babys mit aufgekrempelten Hemdsärmeln geboren werden (so sagt man neidisch-geringschätzend in den beiden anderen großen Städten Den Haag und Amsterdam).

Nun, in aufgekrempelten Ärmeln stehen sie vor der Kamera. Nach vielen Jahren im Showbusiness mit kleineren und größeren Erfolgen ist endlich der Durchbruch da.

Das verdanken sie dem Produzenten Jaap Eggermont, der schon mit Medleys aus den Beatle-Songs und von Stevie Wonder astronomische Verkaufsziffern errang. Er packte den Start der Star Sisters groß an: ließ einen Videoclip drehen. Mietete einen Choreographen, den Ex-Tänzer Frans van Vliet. Stundenlang schaute er alte Andrews-Sisters-Filme an (insgesamt drehten die US-Schwestern deren 22), hörte die alten Platten (Rekordverkaufsziffer 75 Millionen), studierte Berichte und Geschichten über die singenden Schwestern. Van Vliet hat mit dem Trio alle Bewegungen und die Mimik – „aber nicht so betont wie bei den Andrews, dafür stehen die Star Sisters zu direkt vor dem Objektiv" – einstudiert. Der nächste Schritt auf der Erfolgsleiter ist schon geplant. Demnächst schnappen sie sich auch noch Lily Marleen ...

ELFRUN JACOB

KRITIK

Kampagne gegen die Privaten

Aushilfs-Moderator Hans Gresmann versuchte in „Report" aus Baden-Baden (ARD) abzuwiegeln: Es gehe nicht darum, „die Konkurrenz von morgen madig zu machen". Doch gerade darum ging es in dem Beitrag von Victor von Oertzen über Versuchsprojekte des privaten Fernsehens, denen das Etikett „Pleite schon vor dem Start" aufgeklebt werden sollte. Gegen alle Regeln der Geschäfts- und Medien-Fairneß wurde da eine Kampagne gegen den zukünftigen Konkurrenten inszeniert.

Dagegen sollten die Grünen aufgewertet werden – freilich nicht im Sinne eines Wahlkampf-Spots, sondern durch Jochen Nuhns behutsam kritischen Beitrag, der immer wieder suggerierte: Seht mal, das sind doch ganz vernünftige Leute! Die Grünen im Gespräch zu behalten und gleichzeitig spektakuläre Blutspritzer-Aktionen in Vergessenheit geraten zu lassen: Das war der eigentliche Sinn der Reportage. „Sie sind keine Partei, sondern eine Bewegung", meinte Hans Gresmann.

Nicht überzeugen konnte Hannelore Gaddatschs TV-Gespräch mit Teilnehmern einer unbefristeten Fastenaktion gegen das Wettrüsten. Sie vermochte nicht das Sinnlose einer solchen Aktion zu verdeutlichen, sondern verstärkte den herostratischen Effekt. Es ist nur zu hoffen, daß „Report"-Chef Franz Alt, der Kontakte mit den Fastenden anknüpfte und sich deswegen von der Moderation freistellen ließ, mit mehr Überzeugungskraft vorgeht.

GISELHER SCHMIDT



09.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau
10.03 Impressionen von der IFA
10.30 20 Jahre ZDF – Ihr Programm
11.30 Impressionen von der IFA
12.00 ZDF-Mittag
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau
13.15 Wir stellen uns
14.00 Funkausstellung Berlin 1983
Live aus dem Sommergarten
Mit den Gruppen Spider Murphy Gang, Relax, Haindling, Supercharge und Meyer u. a.
(Dazw. ca. 16.00 Uhr Tagesschau)
17.50 Tagesschau
(Anschl. Regionalprogramme)
20.00 Tagesschau
Anschl.: Der 7. Sinn
20.18 Berlin – keine Stadt wie jede andere
Mit Beiträgen von Frank Krink, Siegfried Wiechmann und Wolfgang Klein; Berichte von Fritz Pleitgen, Lutz Lehmann und Friedrich Nowottny.
Für West-Berlin ging mit dem Viermächte-Abkommen 1971 eine lange Phase der politischen Pressionen durch Moskau und Ost-Berlin zu Ende. Welche Probleme hat es *heute? Worüber wird weniger be*richtet, weil Normalität keinen Nachrichtenwert hat? Filmbeiträge über West-Berlin heute, Informationen aus Washington, Moskau und Bonn zur Rolle Berlins, ein Gespräch mit dem Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker sowie ein Filmporträt Ost-Berlins gehören zum Programm.
21.15 Funkausstellung Berlin 1983
Musikladen
22.30 Tagesthemen
23.00 Zeugen (2)
Im ersten Teil des Films (Sendung am 7. Juli) berichteten Überlebende der nationalsozialistischen Konzentrationslager von ihrer „Einlieferung in eine faschistische Tötungsfabrik". In diesem 2. Teil sprechen die Frauen und Männer über die moralische und physische Vernichtung der Juden in den Gettos und Konzentrationslagern.
01.00 Tagesschau

08.55 Tagesschau
08.57 Heute im Parlament
Haushalt '84
Debatte
13.00 Tagesschau
14.10 Unsere schönsten Jahre
5. Folge: Die spanischen Stunden
14.55 ZDF – Ihr Programm
15.00 Gefragt – gewußt – gewonnen
Länderquiz mit Hans Rosenthal
Heute: Niedersachsen
16.00 Artistenarena
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Informatives und Unterhaltendes live von der Berliner Funkausstel*lung mit Überraschungsgästen*
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.00 Evita Peron (3)
Vierteiliger Fernsehfilm
18.57 ZDF – Ihr Programm
19.00 heute
19.30 Funkausstellung Berlin 1983
Na sowas – extra!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
20 Jahre ZDF, das sind auch 20 Jahre Unterhaltung, und darum soll mit einem Blick zurück ein wenig Revue passieren, was Auge und Ohr, aber auch Herz und Verstand im schnellen Wandel der Zeiten von damals bis heute aufgenommen haben. Der „Smalltalk" von Thomas Gottschalk mit Prominenten soll ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit Bemerkenswertes widerspiegeln – unter dem Motto: Erinnern Sie sich?
21.00 heute-journal
21.20 Chefredakteure fragen – der Kanzler antwortet
Gesprächsleitung: Hans Appel
22.35 Schwestern
*Renate, Hanna und Barbara arbei*ten als Krankenschwestern auf derselben Station. Die gemeinsame Arbeit und der regelmäßige Gedankenaustausch bringen es *mit sich*, daß ihnen die Widersprüchlichkeit ihrer Situation immer mehr bewußt wird. Sie fühlen sich außerdem total überfordert.
Regie: Klaus Gietinger
00.05 heute

III.

WEST
18.00 Berufsorientierung
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Liebe im Handumdrehen
Amerik. Spielfilm (1936)
21.30 Filmtip
„Frances" von Graeme Clifford
21.45 Landesspiegel
22.15 Die tausend Gesichter der Salome
23.15 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN
18.00 Sendung mit der Maus
18.30 Katze mit Hut (2)
19.00 Briefmarken nicht nur für Sammler
19.15 Die Tate Gallery London
20.00 Tagesschau
20.15 Rosen für den Staatsanwalt
Dt. Spielfilm (1959)
21.50 Sie – er – es
Themen: Arbeitslosigkeit / Kinder begegnen dem Tod / Beziehungskrise / Drei Cartoonistinnen
22.35 Die Runde der Fünfziger (5)
Gäste bei G. Philipp
23.20 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
Für Baden-Württemberg:
19.00 Die Abendschau
Für Rheinland-Pfalz:
19.00 Die Abendschau
Für Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Für Gesamt S 3:
19.25 Nachrichten
19.30 Triumphbogen
Amerik. Spielfilm (1948)
21.10 Notenschlüssel
21.55 Auf Alemannisch
22.10 Und die Moral von der Geschicht ...
22.55 Streiflicht

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Feuer lodern überall
Fernsehspiel von James Costigan
20.45 Rundschau
21.00 Heut' abend ...
ARD-Talkshow mit J. Fuchsberger
Als Gast: Hermann Prey
21.45 Sperrfrist
22.30 Dallas

Hupka begrüßt tiefes Bedauern des Papstes

DW. Bonn

Der Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, der CDU-Abgeordnete Herbert Hupka, hat dankbar das „tiefe Bedauern" begrüßt, das Papst Johannes Paul II. aufgrund der Enttäuschung und Empörung über seine Predigten in Breslau und Annaberg den deutschen Katholiken übermitteln ließ.(WELT v. 7. 8.) In einem Brief an den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, hatte Kardinalstaatssekretär Casaroli die Verbundenheit des Papstes mit den Heimatvertriebenen herausgestellt.

Hupka erklärte, die Landsmannschaft Schlesien nehme jede „klärende Richtigstellung" gern zur Kenntnis. Er fügte aber hinzu: „Nach wie vor bedauern wir, daß der Papst bei diesen Predigten das bittere Leid, das durch die Vertreibung den Deutschen zugefügt worden ist, vergessen und die Geschichte seines Landes nur aus engem Blickwinkel dargestellt hatte." Hupka appellierte an den Papst „für die Rechte eines jeden Volkes gegenüber jedermann einzutreten". Zu diesem Recht gehöre auch der „Anspruch auf die Zulassung der deutschen Sprache im Gottesdienst und Alltag in Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße".

Den Haag: „Friedensrat" ändert seine Strategie

Jetzt Kampf gegen „Verschiebung" der Nachrüstung

DW. Den Haag

Die niederländische „Friedensbewegung" hat, offenbar auch unter dem Eindruck des Abschusses einer südkoreanischen Verkehrsmaschine durch die Sowjets, ihre Strategie geändert. Sie tritt nicht mehr generell gegen die Beteiligung des Landes an der von der NATO geplanten Nachrüstung ein, sondern fordert jetzt stärker eine Verschiebung der endgültigen Entscheidung Den Haags.

Der Vorsitzende des niederländischen Interkirchlichen Friedensrates, Jan Faber, erklärte: „Es gibt Grund genug, die Sowjetunion anzuklagen", fügte aber hinzu: „Doch ich denke, es ist völlig töricht, zu sagen, daß wir jetzt, nachdem dieser Vorfall passiert ist, die Raketen aufstellen werden." Unter den gegebenen Umständen sei es aber für die niederländische Regierung unmöglich, die Aufstellung neuer NATO-Raketen abzulehnen. In gewisser Weise habe Den Haag mit der Wahl von Woensdrecht als Stationierungsort für die Marschflugkörper einen „Punkt ohne Umkehr" überschritten. Deshalb habe die niederländische Friedensbewegung ihre Politik revidiert, sie kämpfe jetzt für eine Verschiebung der definitiven Entscheidung über die Nachrüstung und versuche, den Beginn der Stationierung hinauszuzögern. Langfristiges Ziel bleibe jedoch weiterhin ein völlig von Atomwaffen freies Europa.

Faber forderte die Sowjetunion zu einseitigen Abrüstungsschritten auf. „Unserer Meinung nach muß die Sowjetunion sofort damit beginnen, ihre SS-20-Raketen abzubauen, zum Beispiel eine oder zwei am Tag", sagte Faber in einem Interview der Nachrichtenagentur AP.

Das niederländische Parlament hat am Dienstag in einer Entschließung die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten aufgerufen, die britischen und französischen Mittelstreckenwaffen bei den Genfer Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion zu berücksichtigen. Die Entschließung, die keine Gesetzeskraft hat, steht im Gegensatz zur offiziellen Haltung der Regierung in Den Haag. Dennoch sagte Außenminister Hans van Broek vor dem Parlament, auch er sei der Meinung, daß die französischen und britischen Atomwaffen irgendwie, irgendwann und in irgendeinem Forum berücksichtigt werden sollten.

Sowjets stellen Maos Werke wieder aus

dpa, Moskau

Die Ausstellung von Werken des 1976 verstorbenen chinesischen Parteichefs Mao Zedong auf der gegenwärtigen 4. Moskauer Buchmesse wird von Beobachtern als Symptom eines sowjetisch-chinesischen „Tauwetters" gedeutet. Auf der Messe ist Mao mit 25 Exemplaren seiner militärischen und politischen Schriften vertreten.

Erstmalig ist die Messe von einer chinesischen Delegation besucht worden. Außer jenen Werken des verstorbenen Vorsitzenden des Zentralkomitees der chinesischen KP umfaßt die Messe noch rund 2000 andere chinesische Bücher.

Nach offiziellen Angaben sind auf der 4. Moskauer Buchmesse mehr als 2300 Unternehmen und Organisationen aus über zwanzig Ländern sowie 16 internationale Organisationen vertreten. Der Verband amerikanischer Buchverleger beschloß Ende August aus Protest gegen die „Leiden verfolgter Schriftsteller" einen Boykott der Messe. Aus Deutschland nimmt das Grossohaus Wegner und Co. (Hamburg) mit einer Gemeinschaftsausstellung von 80 Verlagen der Bundesrepublik an der bis zum 12. September dauernden Veranstaltung teil.

KSZE bedauert Verletzung von Menschenrechten

Schlußsitzung in Madrid / Sieben neue Konferenzen

AP/AFP/dpa, Madrid

Die Folgekonferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ist gestern in Madrid zu ihrer Schlußsitzung zusammengetreten. Nur wenige Stunden zuvor war es in der Nacht zum Mittwoch nach dreijährigem Ringen zu einer Einigung gekommen. Alle 35 Teilnehmerstaaten, unter ihnen die USA und Kanada, billigten das Schlußdokument.

Die bisher längste KSZE-Konferenz war sechs Wochen lang durch Malta blockiert worden, das eine Sonderkonferenz über Sicherheit im Mittelmeerraum mit Teilnehmern aus dem Nahen Osten verlangt hatte. In letzter Minute stimmte Malta einem Kompromiß zu: Eine Zusatzerklärung hielt fest, daß die Teilnehmerstaaten von den Vorschlägen zur Sicherheit im Mittelmeerraum „Kenntnis genommen haben".

Das Schlußdokument sieht vor, für den 7. Januar 1984 im Rahmen der KSZE eine „Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildene Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (KAE) nach Stockholm einzuberufen. Das dritte KSZE-Folgetreffen soll am 4. November 1986 in Wien beginnen. Ferner wurden folgende Konferenzen anberaumt: Expertentreffen über friedliche Regelung von Streitigkeiten (Beginn am 21. März 1984 in Athen), Seminar über wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit (16. bis 26. Oktober 1984 in Venedig), Expertentreffen über „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten" (Beginn 7. Mai 1985 in Ottawa); Expertentreffen über „Menschliche Kontakte" (Beginn am 15. April 1986 in Bern) und ein „Kulturforum" (1985 in Paris).

Zur Einhaltung der Schlußakte von Helsinki heißt es im Schlußdokument, es seien „gewisse Fortschritte" vermerkt worden, doch sei „Besorgnis angesichts der ernsthaften Mängel bei der Verwirklichung dieses Dokuments" geäußert worden. Dazu heißt es unter Hinweis auf Polen, Afghanistan, Dissidenten, Menschenrechtsverletzungen und andere Komplexe: „Bei diesen Einschätzungen wurden ernsthafte Verletzungen einer Reihe dieser Prinzipien bedauert." Die 35 Staaten „unterstreichen ihre Entschlossenheit, die wirksame Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ... zu fördern und zu ermutigen ... und zu gewährleisten".

Rumänischer Autor sieht sich bedroht

AFP, Bukarest

Der rumänische Schriftsteller und Regimekritiker Borin Tudoran sieht sich nach eigenen Angaben gezwungen, mit seiner Familie aus seinem Heimatland auszuwandern. Die rumänischen Behörden versuchten, ihn zu isolieren und seine schriftstellerische Existenz zu zerstören. „Ich bin ohne Arbeit, habe Publikationsverbot, und es ist sogar verboten, meinen Namen in den rumänischen Medien zu erwähnen", sagte Tudoran in einem Gespräch mit der französischen Nachrichtenagentur AFP. Für ihn wäre es jedoch eine Tragödie, seine Heimat verlassen zu müssen, fügte er hinzu.

Seit seinem Austritt aus der Kommunistischen Partei im Jahre 1982 sah sich der Schriftsteller wiederholt Angriffen und Drohungen ausgesetzt. Als „Verräter" und „Auslandsagent" wurde Tudoran angeprangert, als er in einem Beitrag für „Radio Free Europe" die Gründe für seinen Austritt dargelegt hatte. Der Autor war im Oktober 1982 in den französischen Pen-Club aufgenommen worden, was der Schriftstellervereinigung von seiten Radio Bukarests den Vorwurf einbrachte, „nur noch sozialismusfeindliche Mitglieder" zu zählen.

Referendum in Irland

dpa, Dublin

Die Bevölkerung Irlands hat gestern in einem Referendum darüber entschieden, ob das bisher bereits geltende Verbot des Schwangerschaftsabbruchs in der Republik künftig in der Verfassung fest verankert werden soll. Nach letzten Meinungsumfragen galt es als sicher, daß sich die wahlberechtigten Bürger des zu 95 Prozent katholischen Landes mit klarer Mehrheit für das Verbot ausgesprochen haben.

Das monatelange Gerangel um das Referendum hatte in eine der leidenschaftlichsten politischen Debatten in der Geschichte der Republik gemündet. Premierminister Garret FitzGerald warf nach seiner Wahl im November sein ganzes Prestige in die Waagschale, um die Festschreibung und die Volksbefragung zu verhindern. Bei der Abstimmung im Parlament ließen ihn jedoch einige Abgeordnete seiner Fraktion im Stich.

Keine Frau als Priester

Papst wiederholt sein Nein zur Öffnung des Amtes

F. M. Rom

In einer Ansprache vor amerikanischen Bischöfen, die sich zur Zeit zum „Ad-limina-Besuch" in Rom aufhalten, hat Johannes Paul II. sein Nein zur Öffnung des Priesteramtes für Frauen wiederholt. Das Problem der Zulassung von Frauen zum Priesteramt, dessen positive Lösung von starken Kräften des amerikanischen Katholizismus seit Jahren mit besonderer Eindringlichkeit gefordert wird, stellte der Papst in den größeren Zusammenhang der generellen Rolle der Frau in der Kirche.

Er sagte: „Der Eifer des Bischofs manifestiert sich in der Wahrung der Würde der Frau und jeder legitimen Freiheit, die deren menschlicher Natur und weiblichem Wesen entspricht. Der Bischof ist aufgerufen, sich jeder geschlechtsbedingten Diskriminierung der Frau zu widersetzen."

Zu diesem Zweck müsse er allerdings auch versuchen, „in der bestmöglichen Weise zu erklären, daß die Lehre der Kirche über die Ausschließung der Frau von der Priesterweihe nichts zu tun hat mit Diskriminierung, sondern daß diese Lehre gebunden ist an die eigenen Vorstellungen Christi von seinem Priestertum". Der Bischof, so fuhr der Papst fort, müsse seine pastoralen Fähigkeiten und seine Führungsqualitäten dadurch beweisen, daß er „Individuen und Gruppen, die im Namen des Fortschritts, der Gerechtigkeit, des Verständnisses oder aus irgend einem anderen Grund für die Ordinierung von Frauen zum Priester eintreten, jede Unterstützung entzieht".

Während seines USA-Besuches 1979 war dem Papst die Frage des weiblichen Priestertums von der Ordensoberin Teresa Kane, der gewählten Vorsitzenden von 130 000 amerikanischen Ordensfrauen, vorgetragen worden.

Regierung bleibt auf Sparkurs

■ Fortsetzung von Seite 1

die Opfer morgen für alle Betroffenen noch härter sein."

Mit den bisherigen Ergebnissen ihrer Politik könne die Bundesregierung zufrieden sein. Der Rückgang des realen Bruttosozialprodukts sei gestoppt. Erstmals seit 1980 könne wieder mit einem positiven Wachstumsergebnis von 0,5 bis ein Prozent gerechnet werden. Die Arbeitslosenzahl dürfte eher etwas niedriger ausfallen als die im Rahmen der Haushaltsvorsorge angenommene Zahl von 2,35 Millionen im Jahresdurchschnitt.

Wichtigster Inhalt der vorgelegten Gesetzentwürfe, so Stoltenberg, sei die Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung, nicht durch Steuererhöhung, sondern durch Sparsamkeit bei den Ausgaben. Eventuelle Mehreinnahmen beim Haushaltsvollzug sollten zur Verringerung der Neuverschuldung eingesetzt werden. Alles in allem sollten durch die vorgesehenen Maßnahmen die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden, von Bundesbahn und Bundespost 1984 um 11,5 Milliarden Mark entlastet werden. Dabei seien die Mittel des Bundes zur Förderung des Wachstums gegenüber der Finanzplanung der früheren Bundesregierung um fast zwei Milliarden Mark aufgestockt worden.

Das Schwergewicht zur Verstärkung des wirtschaftlichen Erholungsprozesses liege im Bereich der Steuerpolitik. Dabei stehe eine Entlastung der Unternehmen bei ertragsunabhängigen Vermögenssteuer und Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen im Vordergrund. Die Bundesregierung setze auf einen nachhaltigen Aufschwung der Investitionstätigkeit als entscheidenden Schlüssel für eine neue Wachstumsdynamik und eine grundlegende Verbesserung der Beschäftigungsperspektiven. Daher könnten die Erleichterungen auch nicht als Geschenk an die Unternehmen gewertet werden, das Korrekturen an anderer Stelle bedürfe.

Die Bundesregierung bejahe den Sozialstaat. Aber, so Stoltenberg, „ein Sozialstaat auf Pump ist in Wahrheit kein sozialer Staat, sondern eine Versündigung an der Zukunft unseres Volkes". Die konjunkturpolitische Wirkung staatlicher Ausgaben könne nicht mehr allein an ihrer unmittelbaren Kreislaufwirkung gemessen werden, sondern es müßten in wesentlich stärkerem Maße die Erwartungen und Reaktionen der Bürger und der Unternehmen einbezogen werden.

Demgegenüber meinte Hans Apel, von einer konjunkturellen Wende könne nicht die Rede sein. Die Zahl der Arbeitslosen sei heute um 500 000 höher als vor einem Jahr. Überdies drohe in diesem Jahr ein Pleitenrekord. Er kritisierte den vorgelegten Haushalt als sozialpolitisch ungerecht und einseitig.

Kohl sprach mit US-Senator Lugar

AP/rtr, Bonn/Washington

Bundeskanzler Helmut Kohl hat gestern in Bonn den US-Senator Richard Lugar (Republikaner) zu einem politischen Meinungsaustausch empfangen. Wie ein Regierungssprecher mitteilte, kam Lugar in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Unterausschusses für Europa-Fragen des Senatsausschusses für auswärtige Beziehungen. Bei dem Treffen wurden die bilateralen Beziehungen und Europa-Fragen diskutiert.

Vor Lugars Abreise verlautete in Washington, dieser wolle auf Ersuchen Präsident Reagans mit Kohl die Auswirkungen des Luftzwischenfalls über der sowjetischen Insel Sachalin auf die Genfer INF-Verhandlungen erörtern. Lugar erklärte in Washington, er wolle in Bonn feststellen, welche Auswirkungen der Zwischenfall „auf die Entscheidung der Deutschen zur Aufstellung von Mittelstreckenwaffen haben wird".





Donnerstag, 8. September 1983
Nr. 209

WELT DER WIRTSCHAFT

Trick mit dem Index

J. Sch. (Paris) – Die Preise sind in Frankreich nicht nur behördlich reglementiert. Mußten sich doch die Unternehmen verpflichten, sie dieses Jahr um weniger als 8 Prozent zu erhöhen. Nachdem aber der effektive Preisanstieg bereits in den ersten sieben Monaten 6,2 Prozent erreicht hatte, werden sie jetzt von Wirtschaftsminister Delors auch manipuliert. Zunächst hat er die für den 1. September geplante Stromtariferhöhung von fünf auf 3,5 Prozent zusammengestrichen, obwohl dadurch die staatlichen Elektrizitätswerke außerstande waren, ihr Rekorddefizit von acht Milliarden Franc 1982 dieses Jahr auf sechs Milliarden Franc zu begrenzen, wie es Delors gefordert hat.

Nunmehr wurde von ihm aber auch das vor 16 Monaten eingeführte System zur Festsetzung der Mineralöl-Produktpreise verwässert. Diese werden künftig nicht mehr auf der Basis der Monatsmittelwerte des Dollarkurses, sondern des Mittelwertes von vier Monaten bestimmt. Die übrigen Komponenten der Indexierung (Weltrohölpreis und bestimmte Spotmarktpreise für Ölprodukte) bleiben unverändert.

Für September hätte sich nach dem bisherigen Verfahren ein „Treibstoff-Dollar" von 8,04 Franc ergeben. Durch die Index-Revision wird er auf 7,70 Franc gesenkt. In der Praxis bedeutet dies, daß am 12. September der Tankstellenpreis für den Liter Super statt um sechs nur um drei Centimes und für Normalbenzin um vier statt um fünf Centimes erhöht wird. Heiz- und Dieselöl werden sogar um zwei Centimes billiger.

Die Raffinerien haben gegen diese „Manipulation der Dollar-Referenz", die ihnen aufgrund des gegenwärtigen Dollarkurses monatliche Verluste von 180 Millionen Franc bringt, heftig protestiert. Aber was soll's: Super, Heizöl und Strom besitzen im amtlichen französischen Lebenshaltungskostenindex großes Gewicht. Und haben nicht auch frühere Regierungen diesen Index manipuliert?

Ermutigend

gil. – Pleiten, Krisen und Massenentlassungen formen derzeit ein Klima allgemeiner Düsternis. Fast schaut es so aus, als leide diese Wirtschaft an progressiver Auszehrung, an unternehmerischer Agonie. Wie alle Klischees so stimmt auch dieses nicht. Schon im letzten Jahr wurden zwar rund 23 800 Firmen gelöscht, aber 41 600 neu eingetragen. Auch in den ersten drei Monaten 1983 lagen die Zugänge mit 11 400 deutlich über den Löschungen (6600). Allein im ersten Halbjahr stieg die Nachfrage nach Existenzgründungskrediten des ERP-Programms um 50 Prozent, die nach Eigenkapitalhilfe um 331 Prozent. Gewiß, ein erloschener Großbetrieb ist nicht zu vergleichen mit einem Jungunternehmer, der im Hinterhof Elektronik bastelt. Aber die Zahlen machen deutlich, daß der Wille zur Existenzgründung, die Lust am unternehmerischen Start, ungebrochen ist. Am Stamm der Wirtschaft sterben Äste ab, aber immer treiben auch neue aus. Der Finanzminister nannte es gestern „ermutigend". Für unsere Wirtschaftsordnung ist es eigentlich mehr: normal.

SCHULDENKONFERENZ / USA bestehen auf Sanierungsmaßnahmen

Lateinamerikas Staaten hoffen auf weniger strenge Auflagen des IWF

HERBERT KLAR, **Bonn**

Keine Einigung über eine gemeinsame Strategie zur Lösung der Schuldenkrise der lateinamerikanischen Staaten konnte bisher auf der Sonderkonferenz der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Caracas erzielt werden. Beobachter verweisen jedoch darauf, daß erste Fortschritte erzielt wurden. Die Positionen der USA und der Staaten der Region beginnen sich anzunähern.

An der Konferenz, die noch bis Freitag andauert, nehmen Wirtschaftsfachleute und einige Finanzminister aus 31 lateinamerikanischen Ländern einschließlich der USA teil sowie Beobachter aus Westeuropa, Japan und Saudi-Arabien. Zentrales Thema der Gespräche sind die hohe Verschuldung Lateinamerikas und eine Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage der Region. Wie OAS-Vertreter in Caracas erklärten, sei das angestrebte Ziel, sich auf Mechanismen zu einigen, die sowohl die Gläubiger als auch die Kreditnehmer zufriedenstellen.

Bereits im Vorfeld der Konferenz äußerten Wirtschaftsexperten lateinamerikanischer Staaten Kritik an den internationalen Banken, denen sie eine Mitverantwortung an der Verschuldungskrise der Region vorwarfen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) wurde beschuldigt, durch die geforderten Stabilisierungsmaßnahmen für Schuldnerländer die wirtschaftlichen Probleme noch weiter zu verschärfen.

Nach Ansicht des venezolanischen Finanzministers, Arturo Sosa, sollten die Staaten Lateinamerikas eine gemeinsame Strategie zur Umschuldung ihrer Auslandsverbindlichkeiten entwickeln. Ein „Schuldnerkartell" strebe er aber nicht an. Sosa schlug dem Wirtschafts- und Sozialrat der OAS die Bildung eines Sonderausschusses vor, der Richtlinien zur Schaffung einer neuen Finanzhilfe-Institution ausarbeiten soll. Dieser Vorschlag wurde jedoch vom Abteilungsleiter im US-Außenministerium, Paul McGongale, abgelehnt. Die USA wende sich gegen jeden Versuch, den IWF zu umgehen.

Zuvor hatte sich auch Sosa kritisch über die IWF-Auflagen geäußert und die Möglichkeit langfristiger und zinsgünstiger Kredite für die Schuldnerländer gefordert. In die gleiche Richtung zielte ein Basisdokument der OAS, das als Grundlage für den Dialog mit den Gläubigerländern dienen sollte. Drei zentrale Bereiche der Lateinamerika-Politik des IWF werden darin genannt:

1. Die finanzpolitischen Sanierungsmaßnahmen seien wirkungslos.
2. Diese Politik verursache hohe soziale und wirtschaftliche Folgekosten.
3. Die Schuldnerländer könnten die geforderten Maßnahmen nur über einen kurzen Zeitraum „ertragen".

Des weiteren werden in dem Text die entschlossenen Bemühungen der lateinamerikanischen Staaten unterstrichen, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Allerdings im Rahmen der beschränkten Möglichkeiten, die ihnen die gegenwärtige Wirtschaftslage erlaube.

Die Initiativen des IWF zur Lösung der Zahlungsprobleme durch Einschalten der Industriestaaten, der Interamerikanischen Entwicklungsbank und des privaten Bankensystems werden ausdrücklich begrüßt. Gleichzeitig wird jedoch Kritik an den „Beschränkungen und Unbeständigkeiten der internationalen Finanzunterstützung" geübt.

Wie aus Teilnehmerkreisen verlautete, bestehen die grundsätzlichen Meinungsunterschiede zwischen den USA und den Staaten der Region fort. Man nähere sich allerdings einem Konsens. Grundlage für eine Einigung könnte ein von Ecuador vorgelegtes Diskussionspapier sein. Darin seien einige Vorschläge, die bereits von den USA abgelehnt wurden, gestrichen worden. Das Papier schlägt die Gewährung weiterer Kredite, niedrigere Zinsen, längere tilgungsfreie Fristen und weniger strenge Auflagen des IWF vor.

Vertreter lateinamerikanischer Staaten erklärten, sie würden auf günstigere Finanzierungsbedingungen und längere Umschuldungsfristen bestehen. Die IWF-Schuldenpolitik müßte flexibler werden. Einer Einigung steht ihrer Ansicht nach bisher im Wege, daß die USA nach wie vor auf Einhaltung der IWF-Bedingungen bestehen und drastische Veränderungen ablehnten.

EINKOMMENSTEUER

Paris kündigt zusätzliche Belastungen ab 1984 an

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Wer in Frankreich nächstes Jahr mehr als 20 000 Franc (6600 Mark) Einkommensteuer zu bezahlen hat, muß darauf eine „außerordentliche progressive Zusatzsteuer" leisten. Das kündigte jetzt Premierminister Mauroy offiziell an. Die näheren Bedingungen dieser und anderer steuerpolitischen Maßnahmen wird die Regierung am 14. und 21. September bei der definitiven Festlegung ihres Haushaltsplans für 1984 beschließen. Die von Wirtschafts- und Finanzminister Delors gewünschten Steuererhöhungen „für alle Franzosen" scheinen danach von Staatspräsident Mitterrand abgelehnt worden zu sein. Dieses Projekt war auf großen Widerstand bei den Regierungsparteien und Gewerkschaften gestoßen. Vor allem die Kommunisten forderten eine weitere verschärfte Besteuerung der „Reichen".

Das neue Projekt, das noch der parlamentarischen Zustimmung bedarf, stellt insofern einen Kompromiß dar, als es bereits die Franzosen trifft, welche brutto gerade 12 000 Franc (kinderlose Ehepaare) beziehungsweise 16 000 Franc bei Ehepaaren mit zwei Kindern (4000, 5300 Mark) monatlich verdienen. Nach Angaben Mauroys wären das aber nur etwa zehn Prozent (1,5 Millionen) aller Einkommensteuerpflichtigen.

Zur Höhe der Zusatzsteuersätze verlautet inoffiziell, daß sie fünf Prozent für Einkommensteuern von 20 000 bis 30 000 Franc und zehn Prozent für darüber liegende Steuern betragen sollen. Die Zusatzsteuer ersetzt allerdings die in diesem Jahr erhobene siebenprozentige „Solidaritätsabgabe" für Einkommensteuerbeträge von mehr als 28 000 Franc.

Außerdem wird die diesjährige einprozentige Sonderabgabe auf steuerpflichtige Einkommen im nächsten Jahr unverändert fortgeführt. Diese zum Ausgleich des Sozialversicherungsdefizits bestimmte Abgabe, die etwa zwei Drittel aller Franzosen zu leisten haben, soll ab 1985 durch eine progressive Fiskalisierung der Sozialabgaben ersetzt werden, erklärte Mauroy.

Geplant ist außerdem die Verschärfung der Erbschaftsteuer, während von der Vermögensteuer „Arbeitsinstrumente" (Betriebsvermögen) ausgenommen werden sollen. Insoweit hatte die Regierung bereits einen Zahlungsaufschub bis 1985 angeordnet. Gewisse Steuererleichterungen sind auch für die Unternehmen selbst vorgesehen.

Unter diesen Umständen hält Delors eine weitere Kürzung der Staatsausgaben für notwendig, um das Budgetdefizit für 1984 auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts zu begrenzen. Dieses der Regierung von Präsident Mitterrand gesetzte Limit ist auf 125 Milliarden Franc beziffert worden, bei Staatsausgaben von 940 Milliarden Franc. Nachdem Delors zunächst Abstriche von elf Milliarden Franc gefordert hatte, ist jetzt die Rede von nur noch 3,5 Milliarden Franc.

Wettbewerb um jeden Preis

Von HEINZ HILDEBRANDT

Tante Emmas Laden wird zwar heutzutage gern in wehmütigen Liedern besungen, aber auch diese Sänger wollen in der Praxis alle möglichst preisgünstig einkaufen", sagte kürzlich der Sprecher einer großen bundesdeutschen Einzelhandelskette. Er legte damit die Wurzeln frei für eine von den Verbrauchern oft beklagte und doch selbst herbeigeführte Entwicklung. Diese Entwicklung aber ist gekennzeichnet von einem geradezu mörderischen Wettbewerb um die Gunst des Kunden, und das vor dem Hintergrund eines Gesamtmarktes, der nicht mehr wächst, sondern weitgehend stagniert.

Umsatzzuwachs für den einen ist nur noch auf Kosten des anderen möglich. So ist es denn auch kein Wunder, wenn immer mehr Schwächere auf der Strecke bleiben, wenn die Konzentration zugunsten der Stärkeren zunimmt.

Das nicht mehr wachsende Realeinkommen breiter Bevölkerungsschichten und dazu die ungebrochene Sparbereitschaft hat dazu geführt, daß der nach wie vor qualitätsbewußte deutsche Verbraucher zunehmend auch preisbewußter geworden ist. Dies findet in seinem gesamten Einkaufsverhalten seinen Niederschlag. Die Kundenfrequenz in den großen Märkten ist gestiegen, die Gesamtsumme pro Einkauf jedoch gesunken, ein Beweis dafür, daß weitgehend nur noch für den laufenden Bedarf und weniger für eine Vorratshaltung eingekauft wird.

Wie preisbewußt der Verbraucher heute bei seinem Einkaufen vorgeht, beleuchten die Ergebnisse einer Verbraucherbefragung, die die co op AG beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet durchführte. Danach gaben 1981 erst ganze 2 Prozent aller Befragten an, bei Lebensmitteln zu sparen. 1982 waren es 23 Prozent und bis zum Frühjahr 1983 war diese Zahl auf 37 Prozent gestiegen. Die gleiche Untersuchung ergab, daß bereits 42 Prozent der Befragten regelmäßig in Discount-Märkten einkaufen.

So ist kein Wunder, daß die deutschen Handelsketten ihre Discountschiene immer mehr ausbauen oder ihr Sortiment den offensichtlichen Preisvorstellungen ihrer Kunden anzupassen versuchen. Die einen werben mit Dauertiefpreisen auf der ganzen Linie, die anderen setzen mehr und mehr auf spektakuläre Sonderangebote zu besonders günstigen Preisen, und nicht zuletzt liegt auch der Erfolg der sogenannten weißen Produkte ganz auf dieser Linie.

Daß dies keine Eintagsfliegen mehr sind, hat die Praxis erwiesen, wenngleich auch zum Kummer der Markenartikel-Hersteller. Preisgünstige „no names" mit akzeptabler Qualität, von denen es heute bereits eine ganze Menge gibt, haben sich längst ihren festen Platz in den Regalen der Supermärkte gesichert.

Selbstverständlich bleibt diese ganze Entwicklung nicht ohne Auswirkung auf die Rendite, deren Marge immer schmaler wird und bei manchen besonders interessanten Aktionsangeboten, mit denen sich einzelne Märkte zu profilieren versuchen, längst auf der Strecke blieb. Das finanzielle Polster vieler Handelsunternehmen wird somit zunehmend dünner.

Wer einmal einen Einblick in die Preise bekommt, die manch ein Unternehmen für einen neuen Standort zu zahlen bereit ist und über die laufend hierfür fälligen Mietzahlungen, muß einiges befürchten. Bedroht sind die, die einerseits die höchsten Preise zu zahlen bereit sind, andererseits aber die größten Rabatte geben. Auch die Industrie als Zulieferer für den Handel kann sich den Folgen dieser Entwicklung nicht entziehen. Mehr und mehr Hersteller erklären sich unter dem Druck der Verhältnisse bereit, selbst weiße Produkte zu produzieren und sich mit geringeren Margen zufriedenzugeben. Dagegen sinkt die Bereitschaft zu Innovationen, zur Entwicklung neuer Produkte, da einerseits dafür kaum noch Aufnahmebereitschaft besteht, andererseits solche Produkte, wenn erfolgreich, sofort Nachahmer auf den Plan rufen.

Alles in allem keine erfreuliche Bestandsaufnahme, aber eine nüchterne Analyse einer Situation, die sich in absehbarer Zeit wenig zu ändern verspricht. Mit ihr aber müssen sie alle leben, die Industrie, der Handel und nicht zuletzt der Verbraucher.

AUF EIN WORT



„Die Erhöhung des Förderungsbetrags speziell für Vermögensbeteiligungen im Gesetzentwurf der Bundesregierung soll gerade bei verengtem Spielraum für Barlohnerhöhungen einen Anreiz bieten, vermögenswirksame Leistungen zu vereinbaren, die in den investiven Bereich zurückfließen und damit Arbeitsplätze sichern helfen."

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
FOTO: SCHULZE-VORBERG

FDP-Papier zur KWG-Novelle

VWD, **Bonn**

Die anstehende Neufassung des Gesetzes über das Kreditwesen (KWG) sollte sich auf die Einführung eines Konsolidierungsverfahrens für die Bankbilanzen der Kreditinstitute beschränken. Alle übrigen Fragen, einschließlich einer Neuregelung der Vorschriften über das haftende Eigenkapital, sollten noch einmal gründlich überprüft werden. Diese Auffassung vertritt die FDP-Bundestagsfraktion in einem Grundsatzpapier zum Kreditwesengesetz. Darin heißt es, in die Konsolidierung sollten nur Institute einbezogen werden, bei denen von einheitlicher Leitung und Steuerung durch das übergeordnete Kreditinstitut ausgegangen werden kann. Hierzu zählen sowohl Banken, die sich in Mehrheitsbesitz befinden, als auch Fälle der aktiven Beherrschung durch ein anderes Kreditinstitut.

HERMES-DECKUNG

Die Gebühren sollen knapp unter 40 Prozent steigen

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Das Entgelt für die Exportkreditversicherung des Bundes (Hermes-Deckung) wird voraussichtlich zum 1. Oktober angehoben werden. Die Gespräche zwischen dem Wirtschafts- und Finanzministerium haben eine weitgehende Übereinstimmung gebracht. Noch nicht entschieden sei, wie ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums betonte, über das Ausmaß der Gebührenanhebung. Es wird jedoch mit einer durchschnittlichen Anhebung gerechnet, die etwas unter 40 Prozent liegen dürfte. Der endgültige Beschluß soll im Bundeskabinett nach dem 14. September fallen, wenn sich der Wirtschaftsausschuß des Bundestages, der sich in dieser Frage bisher übergangen fühlte und aus dessen Reihen es scharfe Kritik an der Anhebung gegeben hatte, mit dem Problemkreis beschäftigt hat.

Aufgrund der Verschuldungskrise einiger Staaten in der Dritten Welt und im Ostblock wird für die nächsten Jahre mit einer jährlichen Inanspruchnahme des Bundeshaushalts aufgrund eingegangener Verpflichtungen von einer Milliarde Mark gerechnet. Um aus dem Bürgschafts-Instrument keine Export-Subvention zu machen und um die Haushaltsbelastungen einzugrenzen, hatte das Bundeskabinett bereits eine Erhöhung beschlossen. Ursprünglich war an 50 Prozent gedacht. Mit Rücksicht auf die Exportwirtschaft wird der Satz niedriger ausfallen.

Die Anhebung wird nicht linear folgen. Vielmehr sollen die Gebühren für Bürgschaften, mit denen Exportkredite an staatliche Stellen abgesichert werden, stärker heraufgesetzt werden, als die für Garantien an Privatfirmen.

HWWA-KONJUNKTURBERICHT

Einkommensteuer-Reform sollte vorgezogen werden

VWD, **Hamburg**

Die auch für das Jahr 1984 nur gedämpften wirtschaftlichen Aussichten zeigen, wie notwendig eine Verstärkung der Bemühungen um günstigere Wachstumsbedingungen ist. Dies erfordert nach Ansicht des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung in Hamburg überzeugendere Weichenstellungen in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik als bisher. Wie es im HWWA-Konjunkturbericht heißt, erscheint angesichts des drohenden Versandens der anfänglichen Impulse aber auch ein Schritt erforderlirh, von dem große Signalwirkungen ausgehen. Dafür biete sich ein Vorziehen der im steuerpolitischen Fahrplan der Koalition ohnehin vorgesehenen Tarifreform bei der Einkommen- und Lohnsteuer an.

Eine Tarifreform mit Entlastungswirkung sei wesentlicher Bestandteil eines Konzepts zur Korrektur der Rahmenbedingungen. Würde man sie schon bald verbindlich und für einen möglichst nahen Zeitpunkt ankündigen, so würde das wahrscheinlich auch schon kurzfristig die Erwartungen verbessern und damit die Nachfrage stärken. Eine solche Steuerentlastung – so meint das HWWA – muß fühlbar und daher „teuer" sein. Soll davon die Konsolidierung der Staatsfinanzen nicht allzu stark tangiert werden, könne die „Politik der kleinen Entlastungen" nicht fortgesetzt werden. Sie würde durch eine Steuerreform aber auch weitgehend überflüssig. Es werde zu überlegen sein, ob zur Finanzierung nicht eine weitere Anhebung der Mehrwertsteuersätze erforderlich ist. Unbedenklich wäre das freilich schon deshalb nicht, weil dadurch die Neigung zum Ausweichen in die Schattenwirtschaft vergrößert würde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

EG-Agrarminister für flexiblere Strukturpolitik

Athen (dpa/VWD) – Für eine größere Flexibilität und stärkere Berücksichtigung regionaler Besonderheiten in der landwirtschaftlichen Strukturpolitik der Europäischen Gemeinschaft haben sich die EG-Agrarminister bei ihrem zweitägigen informellen Treffen in Griechenland ausgesprochen. Lediglich Großbritannien meldete nach Informationen aus Teilnehmerkreisen nach Abschluß der Gespräche Bedenken gegen diese Ziele an. Der griechische Landwirtschaftsminister und gegenwärtige Ratspräsident Kostas Simitis kündigte an, die Mehrheit der Minister wolle die Forstpolitik etwa durch gemeinsame Einrichtungen zur Bekämpfung von Waldbränden stärker berücksichtigen.

Geringe Investitionslust

Neuss (dpa/VWD) – Die Investitionsbereitschaft bei den mittelständischen Unternehmen ist nach Feststellungen der auf Wirtschaftsauskünfte spezialisierten Vereine Creditreform seit 1980 kontinuierlich zurückgegangen. Im Frühjahr sei der Anteil der befragten 4100 Betriebe, die innerhalb der nächsten sechs Monate investieren wollten, auf 36 Prozent gefallen, heißt es in dem Geschäftsbericht des Dachverbands von Creditreform. Im Vergleich dazu hatten im Herbst 1980 noch 60 Prozent der befragten Unternehmen kurzfristige Investitionspläne. Der Verband sieht auch noch keine Anzeichen einer nachhaltigen Verbesserung der Unternehmensstabilität im Laufe dieses Jahres.

Venture-Capital für Berlin

Berlin (Wz.) – In Berlin haben drei Banken eine Venture-Capital-Gesellschaft gegründet, die Risikokapital bei Gründungen von Unternehmen mit hohem Innovationswagnis zur Verfügung stellen. Zu den Gründern gehören die Deutsche Bank Berlin, die Berliner Industriebank und die Industrie-Kreditbank Deutsche Industriebank. Das Kapital beträgt zehn Millionen Mark. Wirtschaftssenator Pieroth begrüßte dieses Vorhaben als Beitrag zur Strukturpolitik des Senats, der vor allem mittelständische Unternehmen aufgefordert hat, mehr in neue Produkte zu investieren.

Edelstahlexport gefährdet

Bonn (VWD) – Die im Juli 1983 von der US-Regierung verhängten Schutzzölle auf Edelstahl werden dazu führen, daß der deutsche Export in die USA weitgehend zum Erliegen kommt. In diesem Sinne äußerte sich jetzt der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundeswirtschaftsministerium, Sprung, schriftlich auf eine Frage des SPD-Abgeordneten Jens. Empfindliche Exporteinbußen seien auch bei den Produkten zu erwarten, die Einfuhrquoten unterliegen. Zu Bestrebungen der US-Regierung, Sonderzölle und die Einfuhrquoten durch Selbstbeschränkungsabkommen zu ersetzen, erklärte Sprung, ein solcher Schritt würde eine multilaterale Überprüfung der US-Maßnahmen im Gatt erschweren.

Steuerbegünstigung

Bonn (VWD) – Die Bundesregierung denkt zur Zeit über eine Begünstigung von bleifreiem Benzin bei der Mineralölsteuer nach. Das geht aus einer Stellungnahme der Bundesregierung zu dem vom Bundesrat vorgelegten Entwurf eines dritten Mineralölsteuer-Änderungsgesetzes hervor, mit der nach Ansicht der Länder eine Senkung der Mineralölsteuer eingeführt werden soll. Die Bundesregierung meint jedoch, daß über bestimmte Maßnahmen erst dann entschieden werden könne, wenn die Qualitätsanforderungen und die Kosten des bleifreien Benzins feststehen. In jedem Falle könne aber nur eine aufkommensneutrale Lösung in Betracht kommen.

Finanzminister tritt zurück

Athen (rtr) – Der griechische Finanzminister Dimitrios Koulourianos ist nach Mitteilung von Regierungssprecher Dimitrios Maroudas zurückgetreten. Maroudas sagte, der Rücktritt habe persönliche Gründe und bedeute keine Veränderung in der Wirtschaftspolitik der Regierung. Koulourianos werde vom derzeitigen stellvertretenden Wirtschaftsminister Yannis Pottakis ersetzt.

FRANKREICH / Kompromiß für Acclaim-Einfuhren?

Autoimporteure sind besorgt

J. SCH. Paris

Die französische Regierung beabsichtige nicht, die Einfuhr des britisch-japanischen Austin-Honda-Wagens Acclaim einseitig zu beschränken, heißt es in Paris. Jedoch erstrebt sie ein Arrangement über die Anrechnung der japanischen Zulieferungen für den in Großbritannien gefertigten Personenwagen auf die „Selbstbeschränkungsquote". Sie beträgt drei Prozent der Pkw-Zulassungen Frankreichs.

Zur Regelung des Problems wurden bereits inoffizielle Gespräche zwischen Paris und London sowie Tokio aufgenommen. Es geht dabei zunächst um die Frage, wieweit der Acclaim als japanischer und damit kontingentpflichtiger Wagen anzusehen ist. Die von Honda gelieferten Motoren und Getriebe machen nach französischer Auffassung 40 Prozent, nach britischer aber nur 30 Prozent des Verkaufswerts aus.

Außerdem ist offen, ob dieser Anteil *auf das Einfuhrkontingent* von Honda oder auf das für alle japanischen Wagen zusammengenommen angerechnet werden soll. Das Selbstbeschränkungsabkommen ist in diesem Punkt nicht präzis. Da von Acclaim 1983 etwa 5000 Exemplare nach Frankreich exportiert werden sollen, könnte sich danach das japanische Kontingent von etwa 60 000 um 2000 Wagen vermindern.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Japaner 1982 ihr Kontingent nicht voll ausgenutzt hatten. Ihnen wäre deshalb in diesem Jahr auch unter Anrechnung der Acclaim-Anteile bei der gestiegenen Autonachfrage noch eine gewisse Absatzsteigerung möglich. Beim französischen Autoimporteurverband ist man darüber besorgt, daß Paris die Kontingentierung japanischer Zulieferungen unabhängig von ihrer Bedeutung an Importwagen auf die japanische Quote anstreben könnte. Dies werde auch andere europäische Wagen treffen. Ein Kompromiß in der Affäre „Acclaim" könnte sich dann als gefährlicher Präzedenzfall erweisen.

HANDWERK / Französische Betriebe beweisen Widerstandskraft

Bereitschaft zu Neugründungen erlahmt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Besser als in anderen Ländern hat das Handwerk in Frankreich bisher der Wirtschaftskrise widerstanden. Seine durchweg von Familienbetrieben geprägte Struktur und seine große Flexibilität machen es verhältnis*mäßig unempfindlich* gegenüber dem allgemeinen Konzentrationstrend. Kunsthandwerkliche Erzeugnisse, die *in* der Bundesrepublik längst der Rationalisierung zum Opfer gefallen sind, stoßen hier immer noch auf zahlungskräftige Nachfrage.

Während die Zahl der Industrie- und Handelsunternehmen in Frank*reich immer kleiner wird, hat sich die* der Handwerksbetriebe bis zum letzten Jahr fortlaufend bis auf 800 000 *erhöht. Die Betriebe mit weniger als* zehn Mitarbeitern (außer dem Patron und seiner Frau) haben 1982 rund 450 Milliarden Franc oder 150 Milliarden Mark umgesetzt und 2 Millionen oder 12 Prozent der aktiven Bevölkerung beschäftigt.

Zwischen 1974 und 1980 hatte sich der jährliche Betriebszuwachs von 5600 auf 14 000 erhöht. Dabei standen zuletzt 70 700 Neugründungen 56 800 Löschungen gegenüber. In den folgenden zwei Jahren schrumpfte der Nettozuwachs aber beträchtlich, und zwar auf 9500 in 1981 und 3400 in 1982. Dieses Jahr könnte er zum ersten Mal negativ ausfallen. Bis Juni jedenfalls sind 385 Handwerksbetriebe mehr aufgegeben als gegründet worden.

Dabei war die Aufgabequote praktisch unverändert geblieben. Jedoch ging die Zahl der Neugründungen um 12 Prozent zurück – eine Entwicklung, die bereits Mitte letzten Jahres einsetzte. Nach Angaben der Handwerkskammer lag dies vor allem an den von der sozialistischen Regierung verschärften Steuerbestimmungen und dem von ihr auf die Handwerksbetriebe ausgeweiteten rigorosen Entlassungsschutz.

Immerhin aber stellten diese Betriebe 1982 zusätzlich 5300 Personen *ein und erhöhten so ihre Gesamtbe*legschaft um 0,4 Prozent. Auch nahmen die Investitionen im Handwerk weiter zu, was den für diesen Sektor besonders günstigen Kreditbedingungen zugeschrieben wird. Die zinsvergünstigten Investitionsdarlehen stiegen von 6 Milliarden Franc 1981 auf 7,2 Milliarden Franc 1982.

Der eigentliche Grund für die erlahmende Bereitschaft, neue Betriebe zu gründen, scheint danach in *dem von Frankreichs Sozialisten* stark vorangetriebenen Wohlfahrtsstaat zu liegen. Er läßt nun auch die *jungen Handwerker eher nach sozia*ler Sicherheit als nach unternehmerischen Initiativen streben.

Jetzt will die Regierung dem Anstieg des Handwerks Einhalt gebieten, und zwar nicht zuletzt aus allgemeinen beschäftigungspolitischen Gründen. Zur Diskussion stehen vor allem Maßnahmen zur Verbesserung des sozialen Schutzes. Aber was das Handwerk in erster Linie braucht, ist mehr wirtschaftliche Freiheit. Darum *ist es in Frankreich aber nicht mehr* zum Besten bestellt.

PAKISTAN / Günstige Wirtschaftsentwicklung

Weiteres Wachstum geplant

dpa/VWD, Köln

Pakistans Wirtschaft befindet sich derzeit im Aufwind. Für das laufende Wirtschaftsjahr 1983/84 (30. Juni) erwarten die Wirtschaftsplaner des Landes ein reales Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von 6,4 Prozent, nachdem 1982/83 ein Plus von 5,8 Prozent erwirtschaftet wurde.

Durch geplante Investitionen von nahezu 500 Milliarden pakistanischen *Rupien (96,5 Milliarden Mark) im* Rahmen des am 1. Juli 1983 angelaufenen 6. Fünfjahresplans will Islama*bad zudem der Wirtschaft deutliche* Wachstumsimpulse für die kommenden Jahre geben. Dabei soll dem Pri*vatsektor eine wesentlich wichtigere* Rolle zufallen.

Schon 1982/83 hatte sich Pakistans Wirtschaft – wie die Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Köln, berichtete – günstig entwickelt. Das *Bruttosozialprodukt stieg nach* vorläufigen amtlichen Angaben um real 6,5 Prozent. Dabei wuchs die land*wirtschaftliche Erzeugung* um 4,8, die industrielle um 8,3 Prozent.

Eine noch raschere industrielle *Entwicklung wurde durch erhebliche* Engpässe in der Energieversorgung behindert. Hauptenergieträger ist das *im Lande geförderte Erdgas, das fast* 41 Prozent des Energiebedarfs deckt. An zweiter Stelle liegt Erdöl mit knapp 36 Prozent, das überwiegend importiert werden muß und die Zahlungsbilanz stark belastet.

Pakistans Exporte stiegen 1982/83 um 32 Prozent auf 34,7 Milliarden Rupien (6,7 Milliarden Mark). Dazu trug vor allem bei, daß es den Pakistanern gelang, die Ausfuhr nichttraditioneller Exportprodukte auf 14 *Milliarden Rupien mehr als zu* verdoppeln. Dagegen stieg die Einfuhr nur um 15,3 Prozent auf 68,6 Milliar*den Rupien (13,3 Milliarden Mark).* Begünstigt durch die um mehr als 28 Prozent gestiegenen Überweisungen *pakistanischer Arbeitnehmer* im Ausland sank das Defizit der pakistanischen Leistungsbilanz damit auf *nur noch knapp 800 Millionen Dollar* (rund zwei Milliarden Mark).

Vor allem aufgrund der verbesserten *Zahlungsbilanzsituation* hat Pakistan für 1983/84 erstmals keine zusätzlichen Finanzmittel beim Inter*nationalen Währungsfonds (IWF)* beantragt. Eine IWF-Kreditlinie über 1,5 Milliarden Dollar läuft im November aus. *Die Devisenreserven* erreichten am 30. Juni 1983 einen Rekordwert von 1,73 Milliarden Dollar, nach *nur 780 Millionen* im Vorjahr.

BAUPREISABSPRACHEN / Internationales Kartell

Deutsche Firmen betroffen

dpa/VWD, Frankfurt/Berlin

Fahnder des Bundeskriminalamtes (BKA) sind einem von den Niederlan*den aus international* arbeitenden Kartellbüro für Preisabsprachen in der Baubranche auf die Spur gekom*men. Der sachbearbeitende* Staatsanwalt Rudolf Nöring von der Staatsanwaltschaft Frankfurt bestätigte, seine *Behörde besitze eindeutiges* Beweismaterial, wonach beim Ausbau von Schiffahrtsstraßen an Rhein, Main, *Mosel, Neckar und Saar* jahrelang Preise „künstlich nach oben manipuliert worden sind".

Außer der Frankfurter Justiz und dem BKA in Wiesbaden, wo die strafrechtlichen Ermittlungen wegen Be*trugs „auf Hochtouren" laufen,* so Nöring, ist auch das Bundeskartellamt eingeschaltet. Für die Durchsu*chung der Geschäftsräume des in* Den Haag ansässigen Wirtschaftsberatungsbüros „Teppema", die bereits *Ende Oktober 1982 stattfand, hatte* die niederländische Justiz auf Ersuchen ihrer deutschen Kollegen Amts*hilfe gewährt.*

Bei der überraschenden Aktion sind ihnen laut Nöring Verträge und Protokolle von Geheimsitzungen in die Hände gefallen. Aus dem beschlagnahmten Material werde ersichtlich, daß sich sieben deutsche und zwei niederländische Baufirmen im Oktober 1978 zu einem Preiskartell zusammengeschlossen hätten.

Zu dem Kartell gehören nach Nörings Darstellung renommierte Bau*firmen wie der Branchengrößte* Philipp Holzmann, Frankfurt, Bilfinger und Berger, Mannheim, Moll und *Kunz, beide München. Letztere* hatten durch ihren langjährigen Kalkulator Egon Hoffmann den „Allgäuer Baupreisskandal" ins Rollen gebracht.

Die „Interessengemeinschaft", wie es in dem Vertragstext heißt, verabredete bei Wasserbaumaßnahmen ein „Präferenzsystem". Nach zuverlässigen *Informationen sei in den folgen*den vier Jahren auf diese Weise bei 18 Großprojekten im Bundesgebiet der Wettbewerb ausgeschaltet worden. Dem ertappten „Absprachekartell" drohe allein aus diesen Fällen ein *Bußgeld in zweistelliger Millionenhö*he, erklärte ein Sprecher des Bundeskartellamtes.

KAMERUN / Stärkere Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik gewünscht

Erdöl beschert kräftiges Wachstum

dpa/VWD/AFP, Jaunde

Den Stil französischer Lebensart wollen sich die Kameruner kaum nehmen lassen. Aber zunehmend blickt Kamerun auf die Vorgänger des bis 1960 bestimmenden Kolonialherren Frankreich, auf die Deutschen. Denn trotz der 23jährigen Unabhängigkeit des 8,5 Millionen Einwohner zählenden Landes sind die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Frankreich noch sehr eng, nach Ansicht der Regierung von Kamerun zu eng.

Präsident Paul Biya selbst wiederholte jüngst den Wunsch nach mehr ökonomischer Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik. Ein beachtliches Signal für den Wunsch nach mehr Unabhängigkeit wurde jüngst gesetzt: Kamerun entschied sich bei der 1986 anstehenden Einführung des Farbfernsehens für das deutsche PAL- und nicht das französische Secam-System. Damit verbunden sind voraussichtlich lukrative Folgeaufträge für die deutsche Industrie.

Die gegenwärtige politische Krise in Kamerun als Folge des Machtkampfes zwischen dem Präsidenten *Paul Biya* und seinem Vorgänger Ahmadu Ahidjo dürfte nach Ansicht ausländischer Wirtschafts- und Finanzkreise in Jaunde auf die gesunde Wirtschaft des Landes und die ausländischen Investitionen keine Auswirkungen haben. Die künftige Entwicklung wird als günstig eingeschätzt, da die Rohölförderung regelmäßig ansteigt und die finanzielle Lage als gut bezeichnet werden kann.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) betrug im vergangenen Jahr über 2000 Milliarden Franc CFA (rund 13,35 Milliarden Mark), was pro Kopf 230 000 Francs CFA (rund 1540 Mark) entsprach. Unter Berücksichtigung der Inflation von rund 14 Prozent lag der Realzuwachs damit bei knapp sieben Prozent. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung ist hauptsächlich auf die Erdölexporte zurückzuführen. Die Förderung, die 1982 rund 5,3 Millionen Tonnen erreichte, soll in diesem Jahr auf 6,5 Millionen Tonnen und 1985 auf acht Millionen Tonnen gesteigert werden.

Da die Landwirtschaft nicht wie in Nigeria oder Zaire zugunsten der Industrialisierung vernachlässigt wurde, kann Kamerun sich fast autark mit Nahrungsmitteln versorgen. Zudem sind die Einkünfte aus dem Agrarexport – vor allem Kakao und Kaffee – eine wichtige Stütze des Außenhandels. Die Staatsverschuldung im Ausland liegt bei etwa drei Milliarden Mark, für ein Land dieser Größe und Wirtschaftskraft vergleichsweise niedrig. Der Internationale Währungsfonds stufte Kamerun – nach Südafrika – als zweitsolventestes Land Afrikas ein.

Die Handelsbilanz weist trotz des Rückgangs der Rohstoffpreise hohe Überschüsse aus. Im vergangenen Jahr wurden die Einfuhren durch die Exporte zu 131,5 Prozent gedeckt. Die deutschen Ausfuhren nach Kamerun hatten einen Wert von 269 Millionen Mark im vergangenen Jahr, 66 Prozent mehr als 1981. Aus Kamerun eingeführt wurden dagegen Waren – vor allem Kakao, Kaffee und Ölprodukte – für über 620 Millionen Mark. Größter Abnehmer kamerunischer Waren sind die USA (41 Prozent), gefolgt von den Niederlanden (19), Frankreich (15) und der Bundesrepublik (fünf).

SCHIFFBAU / Niedersächsische Kammern

Kritik an Subventionswirrwarr

D. SCHMIDT, Norddeich

Heftige Kritik an der Subventionspraxis vieler Schiffbauländer äußern die Industrie- und Handelskammern (IHK) in Niedersachsen. Auf einer Tagung der Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Kammern in Norddeich erklärte Kurt Jansen, Präsident der IHK für Ostfriesland und Papenburg, der weltweite Wettbewerb der Schiffbauindustrie sei weitgehend zu einem Subventionswettbewerb degeneriert. Inzwischen seien die dadurch entstandenen Wettbewerbsverzerrungen auch in den vier norddeutschen Küstenländern spürbar geworden. Davon betroffen seien in besonderem Maße die noch leistungsfähigen Betriebe.

Nachdrücklich plädieren die Kammern für ein einheitliches Vorgehen der betroffenen Bundesländer, wenn es um das Einräumen von Konditionen bei der Vergabe von Aufträgen geht. Unausweichlich werde darüber hinaus die „baldige Einführung einer Auftragshilfe von 10 Prozent für alle nicht durch Reederhilfe geförderten Schiffbauten". Nur so werde es deutschen Werften wieder ermöglicht, Exportaufträge hereinzuholen.

Jansen, zugleich Inhaber eines Schiffbaubetriebs in Leer, wies darauf hin, daß bei der Vergabe von Aufträgen weltweit nicht nur die Qualität des Schiffes, der Ablieferungstermin und die Zahlungsmodalitäten eine entscheidende Rolle spielten. Ausschlaggebend sei vielmehr, welche Werft die besten Finanzierungsmöglichkeiten anbieten könne.

Die bislang im Ausland beobachtete Praxis, daß verstaatlichte Betriebe Verlustaufträge hereinnehmen und ihre Bilanz durch Steuermittel ausgleichen, habe inzwischen auch auf die Bundesrepublik übergegriffen. Diese Art „versteckter Subventionspolitik der öffentlichen Hand" gehe vor allem zu Lasten der privaten, meist mittelständischen Betriebe.

UNION DEUTSCHE LEBENSMITTELWERKE / Warnung vor Fettsteuer

Preise für Margarine werden erhöht

J. BRECH, **Hamburg**

Am deutschen Margarinemarkt stehen Preiserhöhungen bevor. In Hamburg hat die zum Unilever-Konzern gehörende Union Deutsche Lebensmittelwerke GmbH Korrekturen für den Herbst angekündigt. Über den genauen Zeitpunkt und das Ausmaß der Preisanhebungen ist aber noch keine Entscheidung gefallen.

Gemessen an der Entwicklung der Rohwarenpreise, so erklärt der Vorsitzende der Geschäftsführung Otto Müller, seien Anhebungen um eine zweistellige Prozentzahl notwendig. Ob dies der Markt allerdings in einem oder mehreren Schritten zulasse, sei offen. Nach Angaben von Müller haben sich die Preise für eßbare Fette und Öle auf den Weltmärkten in diesem Jahr mehr als verdoppelt. Da die Rohwarenkosten fast 50 Prozent vom Umsatz ausmachten, müßten die Verteuerungen auf die Margarinepreise durchschlagen. Die Explosion der Rohwarenpreise führt Müller auf die Verknappung vor allem von Sojabohnen in den USA sowie auf die mit reduzierten Ernteerwartungen einsetzenden Spekulationen zurück.

Negative Auswirkungen für den Gesamtabsatz von Margarine und für ihren Anteil am Markt für Nahrungsfette sieht Müller gleichwohl nicht. Margarine halte im Verhältnis zur Butter seit Jahren etwa 60 Prozent des Emulsionsfett-Marktes. Dieser Anteil, so Müller, sei konstant geblieben, obwohl der Preis für Butter in den letzten 6 Jahren auf nahezu 10 DM pro Kilo gestiegen sei, während Margarine im Durchschnitt noch immer unverändert 3,40 DM koste. Deutliche Absatzverlagerungen von Margarine zu anderen Nahrungsfetten würden sich, so glaubt Müller, erst bei einem durchschnittlichen Kilopreis von 5 DM ergeben.

Längerfristige Gefahren für den Margarineabsatz sieht Müller denn auch mehr in dem wiederaufgetaucht EG-Vorschlag einer Steuer auf die in der Gemeinschaft verarbeiteten Öle und Fette außer Butter. Dies wäre, so Müller, die erste eigene Steuer der EG, die zunächst 1,4 Mrd. DM in die Brüsseler Kassen bringen soll, durch rein administrative Beschlüsse jedoch jederzeit erhöht werden kann, und zwar nicht nur als Mittel der Marktordnung, sondern auch als Mittel zur Finanzierung der immer größer werdenden EG-Defizite.

Die Margarine-Industrie lehne die Fettsteuer aus drei Gründen ab, erklärt Müller. Einmal sei sie verbraucherfeindlich. Sie verteuere alle Produkte, die pflanzliche Fette und Öle enthielte wie etwa Backwaren, Feinkost oder Fischkonserven. Bei Margarine werde sie zunächst mit 20 bis 40 Pfennig pro Kilo durchschlagen. Zum anderen benachteilige sie die Entwicklungsländer als Rohwarenlieferanten und werde in den USA als Großexporteur von Soja zu handelspolitischen Gegenmaßnahmen führen. Schließlich sei es unsinnig, die Probleme eines Teilmarktes wie Butter zu Lasten eines konkurrierenden Marktes zu lösen.

Die gegenwärtige Entwicklung auf dem deutschen Margarine-Markt ist nach den Worten von Müller durch einen außerordentlich harten Preiswettbewerb gekennzeichnet. Den Verbrauch, der in diesem Jahr von 518 000 auf voraussichtlich 510 000 Tonnen zurückgehen wird, decken etwa zur Hälfte hochpreisige nationale Marken ab, die 4 DM und mehr kosten, sowie Eigen-, Zweit- oder Regionalmarken, deren Preise sich zwischen 2 und 2,20 DM bewegen. Im Billig-Bereich ist der Diskounter Aldi mit Anteilen von 20 bis 25 Prozent führend.

Am gesamten Margarinemarkt hält die Union nach Angaben von Müller einen Anteil von rund 54 Prozent. Von den 60 Prozent, auf die sich das Unternehmen in einer 1949 abgegebenen „Wohlverhaltens-Erklärung" beschränkt hat, ist sie damit ein erhebliches Stück entfernt. Allein in den letzten zwei Jahren seien durch den rigorosen Preiswettbewerb rund 2,5 Prozentpunkte an Marktanteil verlorengegangen, erklärt Müller.

Mit Margarine, Fetten und Ölen setzt die Unilever-Gesellschaft rund 1 Mrd. DM um. Die Tochtergesellschaften Benedict Klein GmbH, die nach Aussage von Müller seit der Übernahme im Jahr 1979 schwarze Zahlen schreibt, und die Meistermarken-Werke GmbH, ein Spezialunternehmen zur Belieferung des Bäckerhandwerks, der Backwarenindustrie und anderen Großverbrauchern, steuern weitere 300 Mill. DM zu.

NAMEN

Alfred Wappler, Sprecher der Geschäftsführung der Neue Heimat, Regionalgruppe Bremen/Niedersachsen, tritt am 10. September in den Ruhestand. Neu in die Geschäftsführung berufen wurde **Horst Braun**, bisher zuständig für die Objektbewirtschaftung der Regionalgruppe.

Rüdiger Wiechers, Leiter der Abteilung Marketing/Öffentlichkeitsarbeit der Landesbausparkasse Münster/Düsseldorf, ist in die Geschäftsführung der Landesbausparkasse Hessen eingetreten.

RUMHAUS HANSEN / Weitere Konzentration

Andresen wird übernommen

J. BRECH, **Hamburg**

Die Konzentration in der norddeutschen Spirituosen-Industrie geht weiter. Nachdem im August das Spirituosenhaus Herm. G. Dethleffsen die Übernahme der Importfirma Hertzberg, Lübeck, bekanntgegeben hatte, teilt nunmehr das Flensburger Rumhaus Hansen GmbH & Co mit, daß es mit Wirkung vom 1. Januar 1984 die Andresen Spirituosen GmbH, Flensburg, erworben hat. Bei Hansen ist Dethleffsen mit 35 Prozent beteiligt.

Hansen zählt mit den Marken Hansen Rum, Balle, Schmidt, Colding und Nissen zu den führenden Rumhäusern in der Bundesrepublik. Mit Andresen wird dieses Angebot jetzt um die Marke Andresen-Rum, die zu den fünf größten Rum-Marken in Deutschland gehört, sowie um zahlreiche Importspirituosen erweitert. Der Whisky „Double-Q" hat nach Angaben von Andresen im Einzelhandel Platz 2. Seit 1981 importiert Andresen zudem Weine aus Kalifornien.

Die neue Gruppe wird ein Umsatzvolumen von 225 Mill. DM erreichen, wobei Andresen rund 70 Mill. DM beisteuert. Wolfgang Andresen wird mit der Übernahme Marketing- und Vertriebsdirektor Inland für alle aus dem Haus Hansen kommenden Marken. Er tritt die Nachfolge von Hanno Zetzsche an, der in Kürze 60 Jahre alt wird und fast 20 Jahre Vertriebschef bei Hansen war.

Die Zusammenlegung begründen beide Firmen mit der Notwendigkeit, gegenüber dem Handel ein noch stärkerer und wichtigerer Partner zu sein. Außerdem hätte die Finanzkraft des relativ jungen Unternehmens Andresen für das in den nächsten Jahren geplante Wachstum kaum ausgereicht. Die Firma Andresen hat bereits in den vergangenen Jahren Zuwachsraten von mehr als 20 Prozent erreicht. Schließlich spielte aus personellen Gründen der gemeinsame Standort Flensburg eine wichtige Rolle.

UNTERHALTUNGSINDUSTRIE / Klage in USA

Deutsche Firma betroffen

DW. **Bonn**

Gegen die Taurus Film GmbH, München, deren Geschäftsführer Leo Kirch und den Taurus-Repräsentanten in den USA, Rechtsanwalt Milton A. Rudin, ist beim US-Bezirksgericht Los Angeles Schadensersatzklage wegen mißbräuchlicher Ausnutzung einer marktbeherrschenden Stellung erhoben worden, heißt es in einem Bericht der „Los Angeles Times". Klägerin ist die MGM/United Artists Entertainment Co. Ihre Schadensersatzforderung beläuft sich auf eine Milliarde Dollar.

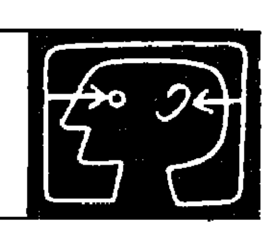
In der Klageschrift wird unterstellt, daß Taurus den Markt für amerikanische Unterhaltung im deutschsprachigen Fernsehen in Europa beherrsche; in der Tat ist Taurus Hauptlieferantin des Zweiten Deutschen Fernsehens für amerikanische Unterhaltungsfilme. Sie kauft die Filme bei den Herstellern in den USA, unter anderem bei MGM/United Artists, für die sie ein wichtiger Kunde ist. Diese Gesellschaft wirft Taurus, Kirch und Rudin nun vor, die monopolartige Stellung im deutschsprachigen Raum dazu benutzt zu haben, die Preise zu diktieren.

Zur Absicherung dieses Monopols habe Taurus außerdem versucht, die amerikanischen Gesellschaften daran zu hindern, ihre Spielfilme, Zeichentrickfilme und Unterhaltungsprogramme direkt an die deutschsprachigen Sendeanstalten zu verkaufen. So sei die Degeto-Film GmbH & Co., Frankfurt, Filmeinkaufsgesellschaft der ARD, von Taurus, Kirch und Rudin dazu veranlaßt worden, sich aus einem Verbreitungsabkommen mit MGM zurückzuziehen und einen Vertrag mit Taurus zu schließen, um MGM-Erzeugnisse von Taurus zu beziehen. Mit der Klage will MGM/United Artists nicht nur Ersatz für den dadurch entstandenen Schaden erreichen; es soll auch eine Verfügung erwirkt werden, die solchen Praktiken ein Ende macht.



WELT-Korrespondenten berichten von der Funkausstellung in Berlin

Antennenindustrie – Metz Apparatewerke – Kabelversuchsprojekt



Die Funkausstellung läuft, wie erwartet, auf vollen Touren. Offensichtlich ist die Faszination des breiten Publikums an Audio und Video ungebrochen. Ein Publikumsmagnet sind nach wie vor die Sendeanstalten ARD und ZDF mit ihren Unterhaltungsprogrammen; sie haben während der Messe eine „Partnerschaft auf Zeit" geschlossen. Bis gestern haben insgesamt mehr als 200 000 Menschen die Messe besucht. An den Messeständen sieht man zufriedene Gesichter: Der Handel ordert. Vor der Messe hatte er sich mit Aufträgen zurückgehalten; seine Lager sind daher aufnahmefähig. Außerdem wollte der Handel die Messeneuheiten abwarten. Für das Jahresendgeschäft im letzten Drittel muß der Facheinzelhandel jedoch seine Lager wieder füllen. Im Gegensatz zu einigen Herstellern, die vor allem über Innovationen reden, geht es dem Handel zunächst um das Weihnachtsgeschäft. (Wz.)

Branche wartet auf eindeutige Signale

Von der in den nächsten Jahren bevorstehenden Einführung des Satelliten-Fernsehens erhofft sich die Antennenindustrie neue Wachstumsimpulse. Zunächst scheint aber die allgemeine Verunsicherung total zu sein. Immer mehr Bundesbürger, die eine optimale Empfangsqualität speziell ihres Fernsehgeräts, aber auch ihrer HiFi-Anlage anpeilen, zögern oder greifen auf Dachantennen herkömmlicher Art zurück. Die Ursachen liegen im politischen Raum, denn weder in der Verkabelung noch beim Satellitenfernsehen ist klar erkennbar, in welcher Zeit und in welchem Umfang entsprechende Projekte verwirklicht werden. Darüber hinaus schrecken auch Mehrkosten ab.

„Wir erwarten Signale, wo es lang geht", meint Siegfried Kramer, Prokurist der Firma Richard Hirschmann Radiotechnisches Werk, Esslingen. Auf der ganzen Branche laste die Tatsache, daß Millionen-Investitionen vorgehalten würden, ohne daß sich ein klarer Weg zeige. Kramer: „Wir erwarten, daß ein Knopf gemacht wird." Gleichwohl sei bei Einführung der neuen Möglichkeiten damit zu rechnen, daß es auch in zehn Jahren noch eine „normale" terrestrische Empfangstechnik geben werde.

Nach einer ZVEI-Statistik ist der Umsatz der 17 im Fachverband Empfangsantennen zusammengeschlossenen Firmen der Bundesrepublik in 1982 leicht auf 434 (430) Mill. DM angestiegen. Davon entfiel ein knappes Drittel auf den Export. Das inländische Marktvolumen für Autoantennen, das sich in einer ansteigenden Kurve befindet, wird von Marktkennern mit rund 130 Mill. DM jährlich eingeschätzt. Bei relativ hoher Marktsättigung von 85 Prozent in dieser Sparte nehme die Nachfrage insbesondere nach Motorantennen weiter zu.

Anders ist freilich die Situation auf dem Gebiet der Fernsehantennen. Hier befindet sich der Markt bereits seit einigen Jahren im Rückwärtsgang. Längerfristig wird die jährliche reale Schrumpfung mit 3 bis 5 Prozent veranschlagt. Das Marktvolumen im Inland für konventionelle Rundfunk- und Fernsehantennen dürfte bei etwa 250 Mill. DM liegen. Ein Vielfaches mehr, nämlich über 1 Mrd. DM, weist der Markt der Stekker volumenmäßig auf.

Als Marktführer auf dem Gebiet der Antennenanlagen stuft sich nach wie vor die Firma Hirschmann ein. Sie zählt knapp 3000 Beschäftigte und hat im Geschäftsjahr 1982/83 (30. 6.) den Umsatz um gut 10 Prozent auf etwa 330 Mill. DM gesteigert. Im Gegensatz zu weiten Teilen der Branche befindet sich dieses Unternehmen in einer vergleichsweise günstigen Beschäftigungslage. In letzter Zeit wurden im Stammhaus an die 100 Mitarbeiter neu eingestellt. Der Exportanteil bei Hirschmann liegt deutlich über 35 Prozent. Produkte der neuen Techniken exportiert Hirschmann beispielsweise in die nordischen Länder, wo bereits alles verkabelt sei. Dort sei auch für Satelliten-Empfangsanlagen bereits ein gewisser spürbarer Bedarf. Zu den namhaften deutschen Herstellern im Bereich der Antennenanlagen zählen auch die mittelständischen Unternehmen Kathrein und Fuba sowie große Konzerne wie Bosch, AEG und Siemens.

WERNER NEITZEL

Bertelsmann will sich beteiligen

Der Bertelsmann-Konzern will sich nach Angaben des Geschäftsführers der „Anstalt für Kabel-Kommunikation" (AKK), Claus Detjen, an dem Kabelversuchsprojekt in Ludwigshafen beteiligen. Wie Detjen betonte, wurde jedoch noch kein Programmangebot vorgelegt. Bisher wollen sich an dem rheinland-pfälzischen Versuch, der am 1. Januar starten soll, 13 Interessenten mit jeweils einem Fernsehkanal sowie verschiedene andere Programmanbieter mit gemeinsam genutzten Kanälen beteiligen. Das gesamte Netz der AKK sieht im Endstadium zusammen mit dem Angebot der Post jeweils 22 Fernseh- und Hörfunkkanäle vor, sagte Detjen. Zur Zeit hätten 102 Anbieter ihr Programminteresse gezeigt, davon 50 auch Programmabsichten mitgeteilt. Für 40 von ihnen läge ein Antrag vor, mitzumachen. dpa/VWD

Nicht an einen „starken" Konzern angelehnt

In diesem Jahr will die Firma Metz Apparatewerke, Fürth, wieder an die Erfolge des Vorjahres anknüpfen. Das Familienunternehmen (Alleininhaber Paul Metz) konnte im vergangenen Jahr seinen Umsatz um 3 Prozent auf knapp 200 Mill. DM ausweiten. Auf der Funkausstellung in Berlin ist sie mit dem Verlauf bisher zufrieden. Farbfernseher mit Stereo (schon 80 Prozent der Produktion), Videorecorder und HiFi-Komponenten fanden nach eigenen Angaben Resonanz im Handel. Rund 60 Prozent der Geräte in der Unterhaltungselektronik werden exportiert.

„Wir sind unabhängig und bleiben es", so die Aussage von Paul Metz zur Zukunft. Denn die Firma Metz ist noch eines der wenigen Unternehmen der deutschen Unterhaltungselektronik, das ohne ausländische Beteiligung und ohne Anlehnung an einen „starken" Konzern auskommt. Das spricht für die Innovations- und Ertragskraft. „Ein hohes Maß an Leistung und Flexibilität wird heute von einem Unternehmen gefordert, wenn es die sich überschlagenden Innovationsprozesse in der Elektronik und das Einstellen auf den Markt und seine Gegebenheiten bewältigen will", unterstreicht Paul Metz.

Außer den Geräten der Unterhaltungselektronik fertigt das Unternehmen Elektronenblitzgeräte und Komponenten der Industrieelektronik. Produziert wird in fünf Werken, hierzu gehört auch eine moderne Anlage der Holz- und Kunststofftechnik für die Fertigung von Holz- und Kunststoffgehäusen. Diese vollautomatische Fertigungskapazität ist nur zum Teil für den eigenen Bedarf bestimmt, beliefert werden darüber hinaus zum größeren Teil andere Hersteller der Branche. Insgesamt beschäftigt das Unternehmen 1500 Mitarbeiter. Zur Produktpalette gehört außerdem die digitale Compact Disk (CD), die auf der Messe allgemein aktuell diskutiert wird. Auch auf den Bildschirmtext ist das Unternehmen vorbereitet.

PETER WEERTZ

ERICSSON / Umsatz in der Bundesrepublik soll sich bis 1985 verdoppeln

Expansion mit Riesenschritten geplant

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die schwedische Ericsson-Gruppe, nach eigenen Angaben bereits größter Telekommunikationskonzern außerhalb der USA, hat durch ihren Präsidenten Björn Svedberg ihren Anspruch, weltweit zur Führungsgruppe auf dem Markt zu gehören, bekräftigt und sich auf eine trotz des weltweiten harten Wettbewerbs atemberaubende Expansion festgelegt. Das Wachstumstempo wird danach nicht nur wie gewohnt bei jährlich 20 bis 30 Prozent, sondern noch höher angesetzt. Dies soll vor allem im privaten Geschäft mit Nebenstellenanlagen und Informationssystemen gelingen. Neben eigenen Umsatzerhöhungen denkt Svedberg an die – nicht zuletzt für die Bundesrepublik – angepeilte Expansion durch Firmenübernahmen und Joint Ventures. Neben den USA gelte der Bundesrepublik ein besonderes Augenmerk.

Magnus Falk, Geschäftsführer der deutschen Tochter Ericsson Informations Systems GmbH, Düsseldorf, sieht sogar Chancen, „einer der größten auf dem deutschen Markt zu werden". Für das laufende Jahr wird bei der GmbH der Umsatz auf 150 Mill. DM (plus 33 Prozent) steigen und der Auftragseingang auf 165 Mill. DM beziffert. Vom Umsatz sollen etwa 60 (55) Prozent auf Datenverarbeitung, 20 (20) Prozent auf Büroautomation und 20 (25) Prozent auf den Bereich Kommunikation entfallen.

Mit Riesenschritten peilt Falk in der deutschen Gruppe zu der neben Ericsson die neu gegründete David Computer Systeme GmbH, Stuttgart, Rifa (Elektronische Baukomponenten), Nira (Personenzuganlagen) und Thorsmann (Baukonstruktions-Komponenten) gehören, 1984 einen Umsatz von 350 Mill. DM an, an denen Ericsson mit etwa 230 Mill. DM beteiligt sein soll. Sein Marktanteil soll dann etwa 10 Prozent betragen, die Umsatzrendite kontinuierlich auf 8 (1982: 3) Prozent vor Steuern gestiegen sein.

Die Beschäftigtenzahl der Ericsson-Unternehmen, 1983 bei über 500, sollte sich bis dahin wie der Umsatz verdoppeln, wobei Svedberg eine stärkere deutsche Produktion (zur Zeit nur David-Computer in Stuttgart und Gegensprechanlagen in Hannover) nicht ausschließt.

Über Kooperationen, vor allem mit Honeywell in der Entwicklung von Sprach- und Datenkommunikation und Sperry beim Vertrieb von Ericsson-Automationssystemen für Kreditinstitute, will die Gruppe (70 000 Mitarbeiter) auch den US-Markt stärker erschließen. Für Svedberg ist das Jahr 1983 in der Gruppe sehr vielversprechend: Im 1. Halbjahr stieg der Umsatz um 28 (20) Prozent auf 11,1 Mrd. Skr (rund 3,8 Mrd. DM), woran die neuerworbenen Facit-Unternehmen mit 10 Prozent beteiligt waren. Der Auftragsbestand lag zur Jahresmitte bei 21,5 Mrd. Skr (plus 20 Prozent). Nach Steuern betrug der Gewinn je Aktie 10,79 (8,45) Skr.

Vom Gruppenumsatz (19,6 nach 16,2 Mrd. Skr) entfielen im letzten Jahr 36 Prozent auf den Ursprungsbereich öffentliche Fernmeldeeinrichtungen, der neben allen anderen mehr oder minder profitablen Bereichen der renditeträchtigste ist. 29 Prozent des Umsatzes entfallen auf Informationssysteme, 16 auf Kabel. Die europäischen Märkte (Schweden allein 21 Prozent) machen knapp die Hälfte des Umsatzes aus. Der Gruppengewinn verringerte sich 1982 auf 360 (429) Mill. Skr.

Anleger ohne Unternehmungslust

In- und ausländische Käufer warten Zentralbankratssitzung ab.

DW. – Wie das Kaninchen auf die Schlange starrten die in- und ausländischen Käufer und Verkäufer an den deutschen Aktienmärkten am Mittwoch auf die Zentralbankratssitzung am Donnerstag. Auch die Nachrichten, daß nach der Sitzung keine Pressekonferenz stattfinden soll, stärkte nicht den Optimismus, da – wenn Lombardsatz und eventuell sogar der Diskont erhöht und die Rediskontkontingente zurückgenommen werden sollten – diese Entscheidung kaum einer Kommentierung bedürfte. Jeder wußte ohnehin, daß die Bundesbank damit auf die Dollar-Anziehungskraft reagieren würde. Bei kleinstem Geschäft bröckelten die Notierungen daher trotz fester New Yorker Vortagstendenz (Dow-Jones-Index plus 23,27) aufgrund kurzfristiger Dispositionen der Tagesspekulation ab.

Bankaktien gaben mit Blick auf mögliche Zinserhöhungen, die das Kreditgeschäft erschweren würden, überwiegend leicht nach, ohne daß es zu Kurseinbrüchen kam. Die zinsempfindlichen Stromversorger lagen uneinheitlich mehr oder weniger behauptet – ein Zeichen der Unsicherheit. Am Farbenmarkt gingen die Notierungen bis um etwa 1,50 DM zurück. Auch die großen Elektrowerte konnten sich nicht ganz halten. Außer bei Daimler-Benz und *BMW* gaben die Kurse am Automarkt etwas nach.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt fielen um 5 DM auf 238 DM und Allianz Vers. verminderten sich um 6 DM auf 630 DM. DAT verbesserten *sich um 5 DM auf 325 DM*, Gerresheimer Glas zogen um 5,50 *DM auf 123,50 DM* an und Keramag befestigten sich um 2,50 DM auf 159,50 DM.

Frankfurt: Die Aktienbörse war am Mittwoch etwas leichter, die Standardwerte wurden vereinzelt bis zu *3,50 DM* zurückgenommen, die Umsätze blieben bescheiden. BASF-Bezüge notierten mit 0,95 DM leicht unter Parität, bei 280 000 Stück Umsatz. Cassella stiegen um 7 DM auf 560 DM, Wella wurden per *Erscheinen mit 365 DM bezahlt* bei einem Emissionskurs von 350 DM.

Hamburg: Beiersdorf lagen bei 341 DM um 3 DM höher. Vereins- und Westbank verminderten sich um 1 DM auf 309 DM und Hypothe*kenbank Hamburg um 4 DM auf* 436. Für Triton wurden 115 DM *minus 5 DM und für Haller 185 DM* minus 4 DM bezahlt.

München: Agrob Vz. erhöhten sich um 3,50 DM auf 329,50 DM, und Zahnräder konnten sich um 2 DM auf 256 DM verbessern. Deckel AG *verminderten sich um 1 DM auf 89* DM, Diamalt AG sanken um 7 DM auf 138 DM und Flachglas büßten 13 DM auf 276 DM ein.

Berlin: Spinne Zehlendorf erhöhten sich um 5 DM. DeTeWe la*gen um 2 DM und Berliner Kindl* um 1 DM freundlicher. DUB-Schultheiss büßten 4,50 DM, Herlitz Stämme 4 DM, Berthold und Orenstein je 3,50 DM ein. Herlitz Vorzüge bröckelten um 0,50 DM ab.

Nachbörse: zuversichtlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

***Kaufoptionen** vom 6. 9.: AEG 10-55/21,10-70/8,* 1-80/6, 1-90/2,50, 4-75/11,60, 4-80/8,20, 4-90/5,40, Siemens 1-330/29, 1-380/11, 1-400/2,50, 4-380/12,60, Veba 10-172,50/3, 4-170/16,50, BASF 10-135/18,60, 10-145/9, 1-150/13,60, 1-160/6,50, 1-170/5,70, 4-160/11,60, Bayer 10-136/15,60, 10-146/9,50, 10-150/5, 1-150/10,90, 1-160/5,90, 1-170/5, 4-170/7, Hoechst 1-134,50/33, 4-170/9, BMW 1-410/16, VW 10-170/80, 10-180/36,25, 10-190/34, 10-200/18,50, 10-210/12, 10-220/6,40, 10-230/440, 1-190/33, 1-210/28, 1-240/10,60, 1-250/7, 4-210/30, 4-220/23,20, 4-240/15,40, 4-250/13,40, Conti 10-85/25, 10-110/3,50, 10-120/1,10, 1-110/8, 4-110/10,60, Commerzbank 10-180/2, *1-170/13,90*, 1-180/8, 1-190/5, *4-170/22*, 4-200/8, Deutsche Bank 1-330/10, 1-340/9,90, 1-370/5, 4-350/15, 4-360/10,60, Dresdner Bank 1-180/7,85, 4-180/16, 4-190/12,40, Hoesch 1-45/6,90, 1-50/4, 1-55/2,90, 1-60/140, 4-45/9, 4-50/6,50, 4-55/4,20, Mannesmann 1-150/5, 4-140/15, 4-160/6, Preussag 10-252/18, 1-270/9, Thyssen 1-70/6, 1-75,4, 4-70/8,90, Bay. Hypobank 4-290/17, Bay. Ver. Bank 1-320/15, BHF 4-300/20, Degussa 10-322/45,25, GHH 4-150/15,50, Klöckner 10-40/2,55, 4-40/5,20, 4-45/4,95, M.A.N. 4-150/12,50, RWE 1-170/10, Alcan 4-110/11,80, Chrysler 10-70/10,20, 1-80/9,60, 1-90/4,55, 1-75/13, 4-80/12,90, 4-90/7,10, Philips 4-45/5,90, Royal Dutch 10-130/5,20, 4-130/15,60, ELF *1-60/12, 1-55/15, 1-65/7,65, 4-65/10,90, 4-70/8*. **Verkaufsoptionen:** AEG 1-70/2,80, Siemens 10-340/7, 1-330/7, 1-340/11, 1-350/16,30, 4-330/8,60, Veba 1-170/5,30, Bayer 1-150/3, BMW 1-370/6,40, VW 10-210/3,85, 1-210/6,90, 4-180/1,90, 4-200/5,20, 4-210/7,80, Conti 1-100/3, Lufthansa 1-170/5,40, Commerzbank 1-170/6,75, 4-170/9, Deutsche Bank 1-310/5,60, 4-320/16,40, Dresdner Bank 10-180/10, 1-170/5,90, 4-170/7,40, Hoesch 10-50/3, 1-50/4,65, Mannesmann 1-140/3,80, Preussag 1-270/12, Thyssen 4-70,3, BBC 1-200/9,40, Daimler 1-570/20, GHH 10-150/11, Varta 1-150/3,85, Chrysler 1-75/5,25, Liton 1-160/8, ELF 4-60/13,80, 570 Optionen, *31 300 (40 100) Aktien, davon 102 Verkaufsoptionen* = 5300 Aktien.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5⅜–5⅝	4 –4⅛
3 Monate	10 –10⅛	5⅝–5⅞	4⅛–4⅜
6 Monate	10⅜–10⅝	5⅞–6⅛	4⅜–4⅝
12 Monate	10¾–11	6⅜–6⅝	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1575,00	1909,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1248,00	1483,76
5 US-Dollar (Liberty)	530,00	652,70
1 £ Sovereign alt	255,00	313,50
1 £ Sovereign Elizabeth II	251,00	308,94
20 belgische Franken	196,00	250,80
10 Rubel Tscherwonez	269,00	334,02
2 südafrikanische Rand	253,00	310,08
Krüger Rand neu	1131,00	1329,24
Maple Leaf	1131,00	1329,24
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	261,00	324,90
20 schweiz. Franken „Vreneli"	216,00	270,18
20 franz. Franken „Napoleon"	211,00	264,48
100 österr. Kronen (Neuprägung)	1048,00	1256,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	209,00	261,06
10 österr. Kronen (Neuprägung)	114,00	143,64
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	475,00	581,40
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	113,00	151,62

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisen

Die bereits zum Vortagesschluß erkennbare technische Reaktion des Dollarkurses setzte sich auch in New York und in Fernost fort. Der Interbankhandel in Europa begann am 7. 9. mit Kursen um 2,6860. Nachdem sich am Markt die Meinung durchsetzte, daß der Zentralbankrat am Donnerstag keine kreditpolitischen Beschlüsse trifft, konnte sich der Dollar in der Spitze bis 2,6960 befestigen. Mit dem Verkauf von 26,15 Mill. Dollar intervenierte die Bundesbank zum amtlichen Mittelkurs von 2,6936. Am Nachmittag gab der Kurs wieder bis knapp über 2,69 nach. Entsprechend der Dollarbewegung mußte die D-Mark erneut Kursverluste hinnehmen. Das Britische Pfund und der Japanische Yen verzeichneten dabei einen Tagesgewinn von 0,5 Prozentpunkten und notierten mit 4,024 und 1,0945. US-Dollar in: Amsterdam 3,0160; Brüssel 54,2275; Paris 8,1165; Mailand 1607,80; Wien 18,9310; Zürich 2,1848; Pfund/Dollar 1,4938.

Ostmarkkurs am 7. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Aufgrund unveränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt handelte man am 7. September die Dollar-Terminabschläge gegenüber D-Mark auf Vortagsbasis.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	3,02/2,92	5,90/5,70
Pfund/Dollar	0,04/0,06	0,17/0,21	0,40/0,45
Pfund/DM	2,10/0,70	[illegible]	8,30/6,80
FF/DM	29/13	94/69	173/137

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 9.: Tagesgeld 5,05–5,15 Prozent; Monatsgeld 5,6–5,7 Prozent; Dreimonatsgeld 5,9–6,05 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 9.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 9.: 4 Prozent; Lombardsatz 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/13 (Typ A) 5,50 (5,50)–8,00 (6,71)–9,00 (7,11)–8,50 (7,42)–8,50 (7,60)–10,00 (7,93). Ausgabe 1983/14 (Typ B) 5,50 (5,50)–8,00 (6,74)–9,00 (7,16)–8,50 (7,60)–10,00 (8,08)–10,00 (8,35) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,10, 2 Jahre 7,27. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 99,40, Rendite 8,15.

Renten ohne einheitlichen Trend

Auch am Rentenmarkt war – wie bei den Aktien – das Geschäft durch die Ungewißheit über eventuelle Zentralbankratsentscheidungen am Mittwoch wie gelähmt. „Man" tat praktisch nichts. Öffentliche Anleihen zeigten mit Übergewicht bei den Abschwächungen Kursabweichungen bis um 0,5 Prozentpunkte nach oben und unten. DM-Auslandsanleihen waren bei Minuskorrekturen um 0,1 bis 0,15 Prozentpunkte knapp behauptet. Pfandbriefe lagen ruhig und wenig verändert.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

	7. 9.	6. 9.
M 5½ Bayer. Hyp. Pf 34	89,25G	89,25G
6 dgl. Pf 20	81bG	81G
8½ dgl. Pf 2	92,25G	92,25G
7 dgl. Pf 3	99G	93G
7 dgl. Pf 27	100,1G	100,1G
8½ dgl. KS 14	94,5G	94,5G
7¼ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 39	120,5G	120,5G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	76G	76G
6 dgl. KO Pf 50	89,6G	89,6G
8½ dgl. Pf 10	801G	801G

	7. 9.	6. 9.
Br 8½ dgl. Pf 77	93	93
8 dgl. Pf 42	99,2G	99,2G
8½ dgl. Pf 47	101G	101G
F 5 Pfl. Hypobk. Pf 66	68T	68T
5½ dgl. Pf 63	75G	75G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	90,5T	90,5G
6½ dgl. Pf 133	84T	84T
10 dgl. Pf 168	100,25	100,25
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	115G	115G
6 dgl. 14	88G	88,5G

	7. 9.	6. 9.
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97,5G	97,5G
7¼ dgl. Pf 45	100,7G	100,7G
M 6 Südboden Pf 41	87G	87bG
5½ dgl. Pf 57	74,5G	74,5G
6½ dgl. Pf 143	92G	92G
7 dgl. Pf 87	92bG	92G
7½ dgl. Pf 104	94G	94G
7 dgl. KS 49	91,5G	91,5G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	96,5G	95,5G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	100,25G	100,25G

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Wandelanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

Anmerkungen:

* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen

(Kurse ohne Gewähr)

B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	7. 9.	6. 9.
F Kawasaki Steel	1,8G	1,8bB
M Kloof Gold Min.	134	136B
F Komatsu	5,75T	5,75
D KLM	131	132G
F Kubota	3,2G	3,25
D Lafarge	95G	93G
D Litton Ind	167bG	162
F Lone Star	70G	69,5
D LTV	42	42
M M.I.M. Hold	20,98	20,9
F Magneb Marsh	–	–
D Marubeni	3G	3G

WIR TRAUERN UM UNSEREN GESELLSCHAFTER, UNSER BEIRATSMITGLIED UND EHEMALIGEN GESCHÄFTSFÜHRER

HERRN

DR. GÜNTER W. H. MÖNNINGHOFF

ER VERSTARB PLÖTZLICH UND UNERWARTET AM 1. SEPTEMBER, KURZ VOR VOLLENDUNG SEINES 69. LEBENSJAHRES.

MEHR ALS DREI JAHRZEHNTE LAG DIE KAUFMÄNNISCHE FÜHRUNG DER FIRMA NIEPMANN IN SEINEN HÄNDEN. WÄHREND DIESER ZEIT LENKTE ER ABWÄGEND UND WEITBLICKEND DIE GESCHICKE UNSERES HAUSES. VIELE UNSERER ERZEUGNISSE WURDEN DURCH IHN WELTWEIT ZUM BEGRIFF.

WIR ERINNERN UNS GERN SEINER SYMPATHISCHEN MENSCHLICHEN EIGENSCHAFTEN, SEINER GERADLINIGEN ART, SEINES SINNS FÜR FAIRNESS UND SEINER FÜRSORGEBEREITSCHAFT.

ER WIRD UNS UNVERGESSEN BLEIBEN.

GESELLSCHAFT, BEIRAT, GESCHÄFTSLEITUNG, BETRIEBSRAT UND MITARBEITER DER

MASCHINENFABRIK FR. NIEPMANN GMBH

GEVELSBERG, DEN 6. SEPTEMBER 1983

DIE TRAUERFEIER HAT IM ENGSTEN FAMILIENKREIS STATTGEFUNDEN.

Bruno Jess

* 26. 4. 1907 † 5. 9. 1983

In stiller Trauer
im Namen der Familie
Christa Jess

2200 Elmshorn
Wiesengrund 7, den 7. September 1983

Die Trauerfeier hat auf Wunsch des Verstorbenen in aller Stille stattgefunden.

Wir haben ein Spendenkonto zugunsten des Roten Kreuzes, Kto.-Nr. 1214 010 bei der Volksbank Elmshorn, eingerichtet.

Bitte keine Beileidsbesuche



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT/WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Warenpreise – Termine

Während die Gold- und Silbernotierungen schwächer notierten, ging Kupfer am Dienstag an der New Yorker Comex fester aus dem Markt. Uneinheitlich wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6. 9.	5. 9.
Sept	386,50	geschl
Dez	406,50	geschl
März	420,50	geschl

Weizen Winnipeg (can. $/t)	6. 9.	5. 9.
Wheat Board of St. Lawrence 1 CW	245,49	geschl
Amber Durum	256,54	geschl

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Okt	163,70	geschl
Dez	163,70	geschl
März	168,00	geschl

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Okt	113,20	geschl
Dez	110,70	geschl
März	113,00	geschl

Hafer Chicago (c/bush)	6. 9.	5. 9.
Sept	177,50	geschl.
Dez	189,75	geschl
März	201,50	geschl

Mais Chicago (c/bush)		
Sept	364,75	geschl
Dez	364,50	geschl.
März	373,25	geschl

Gerste Winnipeg (can. $/t)	6. 9.	5. 9.
Okt	123,90	geschl.
Dez	125,00	geschl
März	128,50	geschl

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	6. 9.	5. 9.
Terminkontr. Sept	132,55	geschl
Dez	129,95	geschl
März	128,10	geschl

Kakao New York ($/t)	6. 9.	5. 9.
Sept	2003	geschl.
Dez	2025	geschl
Terminkontr. März	2057	geschl
Umsatz	4037	–

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	10,23	geschl
Jan.	11,51–11,00	geschl
März	11,85–11,51	geschl.
Mai	12,10–11,85	geschl
Juli	12,10	geschl.
Umsatz	14 501	–

Isa-Preis fob karib-sche Häfen (US-c/lb)	5. 9.	5. 9.
	10,04	geschl.

Kaffee London (£/t) Robusta-	6. 9.	5. 9.
Kontrakt Sept	1707–1709	1707–1708
Nov	1695–1696	1698–1700
Jan.	1679–1679	1684–1685
Umsatz	1773	364

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1392–1400	1386–1385
Dez	1436–1437	1422–1423
März	1460–1460	1433–1434
Umsatz	12708	2880

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Okt	173,75–174,00	174,25–174,50
Dez	182,25–183,00	181,75–182,50
März	192,25–192,45	193,00–193,50
Mai	197,00–197,50	197,75–198,50
Aug	–	302,00–306,00
Umsatz	1516	969

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	6. 9.	5. 9.
schw. Sarawak spez.	247,50	247,50
weißer Sarawak	342,50	342,50
weißer Muntok	345,00	345,00

Orangensaft New York (c/lb)	6. 9.	5. 9.
Sept	120,10	geschl.
Nov	116,20	geschl.
Jan	112,00	geschl.
März	111,20	geschl.
Mai	111,50	geschl.
Umsatz	150	–

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	6. 9.	5. 9.
Südstaaten fob Werk	48,00	geschl

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	33,00	geschl

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Sept.	32,95	geschl.
Okt.	33,20	geschl.
Dez.	33,50	geschl
Jan.	33,50	geschl
März	33,50	geschl.
Mai	33,00	geschl
Juli	32,40	geschl.

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	35,50	geschl.

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	unerh.	geschl.
Choise white hog 4% fr. F.	unerh.	geschl.

Talg New York (c/lb)		
top white	17,50	geschl.
fancy	17,00	geschl.
bleichfähig	16,75	geschl.
yellow max. 10% fr. F.	14,25	geschl.

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	42,30	geschl.
Dez	42,25	geschl
Febr	46,05	geschl

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr	62,80	geschl.
März	62,90	geschl.
Mai	64,80	geschl.

Häute Chicago (c/lb)	6. 9.	5. 9.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,00	geschl.
Kühe einh. schwere River Northern	53,00	geschl.

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Sept.	919,00	geschl.
Nov	930,00	geschl.
Jan.	943,00	geschl.
März	953,00	geschl.
Mai	954,00	geschl.
Juli	949,00	geschl.
Aug	914,50	geschl

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Sept.	250,00	geschl.
Okt.	250,90	geschl.
Dez	253,90	geschl.
Jan.	254,00	geschl.
März	255,50	geschl.
Mai	256,50	geschl.
Juli	258,00	geschl.

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	6. 9.	5. 9.
Okt.	392,00	geschl.
Dez.	398,50	geschl.
März	408,50	geschl.

Kokosöl New York (c/lb)	6. 9.	5. 9.
Westküste fob Werk	45,00	geschl.

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 9.	6. 9.
jegl. Herk. cif	1030,00	1035,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	645,00	630,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	605,00	600,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Nederl. fob Werk	193,50	191,00

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	990,00	992,50

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	328,00	318,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	6. 9.	5. 9.
Okt.	80,25	geschl.
Dez.	81,65	geschl.
März	82,60	geschl.
Mai	83,15	geschl
Juli	83,45	geschl
Okt.	77,95	geschl.

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS -1:	80,00	geschl.

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	6. 9.	5. 9.
Okt.	423–426	420–422
Dez.	424–426	420–422
Jan.	425–426	422–424
Umsatz	55	47

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	6. 9.	5. 9.
Okt.	45,80	geschl.
Dez.	45,90	geschl.
März	46,20	geschl.
Mai	46,50	geschl.
Umsatz	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	6. 9.	5. 9.
Okt.	562,0–564,0	560,0–562,0
Dez.	570,0–572,0	569,0–570,0
März	585,0–590,0	586,0–586,5
Umsatz	12	31

Sisal London ($/t)	6. 9.	5. 9.
cif eur. Haupthäfen East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	6. 9.	5. 9.
Sept.	13 759	13 741
Okt.	13 759	13 695

Kautschuk London (p/kg)	6. 9.	5. 9.
Nr. 1 RSS loco	79,00–81,00	78,50–79,75
Okt.	79,30–80,30	79,20–79,50
Nov.	79,40–79,50	79,00–79,20
Okt./Dez.	79,30–79,50	79,10–79,20
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	6. 9.	5. 9.
Nr. 1 RSS loco	262,00–263,00	261,00–262,00
Sep.	263,00–264,00	262,00–262,50
Okt.	265,00–265,25	264,00–264,50
Nr. 2 RSS Sep.	259,00–260,00	259,00–260,00
Nr. 3 RSS Sep.	255,50–256,50	255,50–256,50
Nr. 4 RSS Sep.	249,00–250,00	249,00–250,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	6. 9.	5. 9.
BWC	435,00	414,00
BWD	361,00	350,00
BTC	440,00	390,00
BTD	386,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Pf – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 9.	6. 9.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	106,12–106,21	106,69–106,89
drittfolg. Monat	110,15–110,25	110,70–110,80
Zink: Basis London		
laufend. Monat	231,28–231,38	213,84–232,04
drittfolg. Monat	237,83–237,93	238,45–238,65
Produz.-Preis	273,39	235,47
Reinzinn 99,9%	3774–3812	3786–3823

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 9.	6. 9.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	433,13–435,55	434,79–437,20
Blei in Kabeln	113,75–114,75	–
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	405,50–408,50	405,50–408,50
Vorzahldraht	414,50	414,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	7. 9.	6. 9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	379–395	370–396
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	422–423	422–423
MS 63	428–433	430–435

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	6. 9.	5. 9.
	30,39	30,36

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 9.	6. 9.
Leg. 225	440–473	440–468
Leg. 226	445–475	445–470
Leg. 231	477–505	477–500
Leg. 233	487–515	487–510

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 9.	6. 9.
Platin (DM je g)	40,50	41,00
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	36 150	36 450
Rücknahmepr.	35 400	35 700
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	36 190	36 370
Rücknahmepr.	35 100	35 280
verarbeitet	37 980	38 170
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	35 865	36 115
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	1069,40	1081,00
Rücknahmepr.	1032,00	1063,30
verarbeitet	1115,80	1128,90

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	7. 9.	6. 9.
10.30	413,00	418,25
15.00	413,25	418,25
Zürich mittags	412,50–413,00	418,75–419,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	107 800	108 800
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	813,10	825,60
3 Monate	832,50	845,00
6 Monate	853,00	866,00
12 Monate	894,00	907,00
Platin (£-Feinunze) London	6. 9.	5. 9.
fr. Markt	296,35	296,80
Palladium (£-Feinunze)		
London f. Händlerpr.	104,65	104,25

New Yorker Preise	6. 9.	5. 9.
Gold H & H Ankauf	418,75	geschl
Silber H & H Ankauf	1232,00	geschl
Platin fr. Händlerpr.	438,00–441,00	geschl
Produz.-Preis	475,00	geschl.
Palladium fr. Händlerpr.	157,50–159,50	geschl.
Produz.-Preis	130,00	geschl.
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	1214,00	geschl.
Okt.	1223,80	geschl
Dez.	1244,00	geschl
Jan.	1257,30	geschl
März	1278,50	geschl
Mai	1302,70	geschl.
Juli	1325,40	geschl
Umsatz	25 000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	6. 9.	5. 9.
Sept	72,50	geschl
Okt	73,10	geschl
Dez.	74,40	geschl
Jan.	75,25	geschl
März	76,80	geschl.
Mai	78,05	geschl
Juli	79,40	geschl
Umsatz	6500	–

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	7. 9.	6. 9.
Kasse	1092,0–1093,0	1101,0–1102,0
3 Monate	1121,0–1121,5	1129,5–1130,0
Blei (£/t) Kasse	263,25–263,50	264,20–264,70
3 Monate	273,25–273,50	274,00–274,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1082,0–1082,5	1071,5–1072,0
3 Monate	1091,0–1091,5	1098,5–1099,0
abends Kasse	–	1068,0–1069,0
3 Monate	–	1095,0–1095,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1030,5–1031,0	1037,0–1038,0
3 Monate	1057,0–1058,0	1064,0–1065,0
Zink (£/t) Kasse	573,75–574,00	571,00–572,00
3 Monate	590,00–590,25	587,50–588,00
Zinn (£/t) Kasse	8620–8622	8616–8625
3 Monate	8740–8741	8740–8741
Quecksilber ($/Fl.)	–	285–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	75–79

Am 5. September 1983 verstarb unser ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender, Herr

Präsident

Lorenz Falkenstein

im 70. Lebensjahr.

Von 1973 bis 1978 hat der Verstorbene mit Umsicht, Tatkraft und persönlichem Engagement den Vorsitz in unserem Aufsichtsrat geführt. Aufgrund seiner reichen Erfahrungen im Genossenschaftswesen hat Herr Präsident Falkenstein den Aufbau und die Arbeit unserer Gesellschaft maßgebend gestaltet und beeinflußt.

Wir nehmen in tiefer Trauer Abschied von einem Menschen, dessen Herz an seinem Beruf hing und der seine Arbeitskraft ausschließlich in den Dienst der genossenschaftlichen Zielsetzung stellte.

In Dankbarkeit werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Mitarbeiter

Deutsche Raiffeisen-Warenzentrale GmbH

Frankfurt

Die Trauerfeier findet am Freitag, 9. September 1983, um 14.00 Uhr in der Friedhofskapelle auf dem Friedhof in Sexau bei Emmendingen statt. Anschließend erfolgt die Beisetzung auf dem Friedhof in Sexau.

Wir trauern um Herrn

Präsident i. R.

Lorenz Falkenstein

der am 5. September 1983 verstorben ist.

Das deutsche Genossenschaftswesen hat eine große Persönlichkeit verloren. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall verliert einen Freund und Förderer. Viele Jahre hat er als Mitglied des Aufsichtsrates die Entwicklung unseres Unternehmens maßgeblich unterstützt.

Wir danken ihm dafür.

Wir werden das Andenken an Lorenz Falkenstein in Ehren halten.

Bausparkasse Schwäbisch Hall

Bausparkasse der Volksbanken und Raiffeisenbanken

Aufsichtsrat und Vorstand

Wir trauern um

Lorenz Falkenstein

Präsident i. R.

der am 5. September 1983 verstorben ist.

Herr Falkenstein war als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Raiffeisendruckerei und als stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates des Deutschen Genossenschafts-Verlages unseren Unternehmen eng verbunden.

Für sein Wirken, geprägt von Sachverstand und Güte, schulden wir ihm großen Dank. Er war ein Genossenschafter in allem, was er tat. Seine Persönlichkeit wird uns unvergessen bleiben.

Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied

Deutscher Genossenschafts-Verlag eG, Wiesbaden

Wir trauern um unseren am 5. September 1983 verstorbenen ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden, Herrn

Lorenz Falkenstein

In den Jahren 1974 bis 1979 hat er maßgeblich den Aufbau unseres Unternehmens unterstützt.

Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

DEUTSCHES MILCH KONTOR GMBH, Hamburg

Aufsichtsrat · Geschäftsführung · Mitarbeiter

Hamburg, 8. September 1983

Am 1. 9. 1983 verstarb nach längerer schwerer Krankheit unsere Mitarbeiterin Frau

Ingeborg Beeck

geboren am 24. 2. 1931

Frau Beeck war 18 Jahre in unserem Hause tätig. Wir schätzten sie als gewissenhafte und verantwortungsbewußte Mitarbeiterin und trauern um einen liebenswerten Menschen.

Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter der Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier hat bereits stattgefunden.

Unser Seniorchef

Karl Dahl

ist am 1. September 1983 im 91. Lebensjahr ruhig eingeschlafen.

Er widmete sein Leben der Firma, wobei er stets den guten Kontakt zu seinen Kunden und Mitarbeitern pflegte.

Wir werden ihn in bester Erinnerung behalten und sein Lebenswerk in seinem Sinne fortführen.

Jürgen Dahl
Wilhelm Dahl
und die Mitarbeiter der Firma E. B. Lattorff

Hamburg, den 1. September 1983
Dammtorstraße 35

Der Reißwolf als Rettung

cf – Mit einiger Ausführlichkeit weist der „Observer" in London darauf hin, daß eben jetzt, ein Halbjahrhundert nach der Schande der deutschen Bücherverbrennungen, wieder ein Scheiterhaufen aus Büchern getürmt wird: in Dover beim britischen Zoll. Noch hat niemand das Streichholz daran gehalten, doch sollte das geschehen, dann wird alles seine amtliche und beamtete Richtigkeit haben.

Seit dem 7. April 1982 darf kein Import aus Argentinien den britischen Verbraucher erreichen, der Falklandinseln wegen. Daran hat sich auch nach der ruhmreichen Wiedergewinnung dieses teuren Bodens im Südatlantik nichts geändert: Noch haben die Argentinier nicht jeglichen Anspruch aufgegeben. Mithin, das totale Einfuhrverbot bleibt in Kraft, und es betrifft natürlich auch Bücher.

Vor allem sind es wissenschaftliche Werke, bestimmt für britische Universitäten und Fach-Institute, die sich da türmen. Beschlagnahmt in Massen. Die Zollbehörde sitzt auf unschätzbarer Fachliteratur, während andere Behörden den Universitäten und Instituten Steuergelder als Subvention zahlen, um eben diese Fachliteratur zu kaufen. Es handelt sich zum Teil um Bücher, in denen Informationen stehen, die möglicherweise bei einer neuen Falkland-Krise recht wichtig wären.

Doch Bücher sind nun einmal Waren. Aufgehaltene, gelagerte Waren verfallen nach einer gewissen Zeit der Krone, und dann werden sie vernichtet. Durch Feuer? Es gibt wackere Beamte, die eine Vernichtung durch den Reißwolf vorziehen würden. Sie fürchten den Feuer-Effekt. Doch Bücher bleiben Bücher, und Vernichtung ist Vernichtung.

Gewiß, vernichtet wird hier aus Verwaltungsstumpfsinn, nicht aus politischem Fanatismus. Aber fatal bleibt die Sache denn doch. Und wieder einmal stehen am Scheiterhaufen oder am Reißwolf für Bücher Personen, die nicht begreifen, was sie tun.

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „Titanic"

Käse, Klo und Koalition

Die Satire in der Bundesrepublik ist bekanntlich eine frustrierende Angelegenheit. Der für Satire anfällige Teil unserer Bevölkerung vergißt da jene Qualitätsanforderungen, wie er sie etwa an Getränke oder an eine HiFi-Anlage stellt. Der Kabarettist braucht nur auf die Bühne zu kommen und die drei Wörter zu sagen: „Franz Josef Strauß" – mehr ist gar nicht nötig, das Publikum lacht bereits dankbar und schallend. In den satirischen Zeitschriften ist es ähnlich. Sie legen vor allem Wert darauf, daß in jeder Nummer mindestens eine Klo-Schüssel abgebildet ist; besser noch drei bis vier, in Foto oder in Zeichnung, mit Schüsselinhalt oder ohne.

So waren wir denn angenehm überrascht, als wir in Nr. 8 von „Titanic", das sich als „Das endgültige Satiremagazin" vorstellt, beim ersten Durchblättern des Heftes das sonst so unentbehrliche Gebrauchsmöbel nicht vorfanden. Sollte man sich in diesem selbsternannten Admiralsschiff der neudeutschen Satire doch auf bessere Zeiten, etwa die des „Simpl" unter dem Kaiser, zurückbesonnen haben? Mit dem besten Willen zu Objektivität machten wir uns an eine genauere Prüfung des Heftes.

Dabei entdecken wir sogar Lesenswertes. So etwa die Auseinandersetzung von Eckhard Henscheid mit dem „Romancier und Alkoholtheoretiker Ernst Herhaus", der als ein „Mount Everest an transnarzißtischer Eigenliebe" vorgestellt wird – das sticht doch ab von dem unter Kollegen üblichen „Seid nett zueinander". Eine höhnische Fotoreportage über den Honecker-Staat („Käse für alle") ist trotz des zur Zeit auf der Linken modischen „Antimarxismus" auch nicht das übliche in so einem Blatt. Die Spitzen gegen die landläufige Werbung, sehr gehäufigt, sind manchmal sogar witzig. Recht monoton hingegen die Auseinandersetzung mit Geißler (auf Auschwitz dürfen sich offensichtlich nur Linke berufen).

Doch dann stößt man auf etwas, was den normalen Betrachter im wahrsten Sinne erstarren läßt: ein großes Foto mit nackten Jünglingen, bis zum Nabel sichtbar, die Köpfe mit dem bekannten halb traurigen, halb trotzigen Blick unter den vom Fachmann gepflegten Frisuren. Darunter steht: „Wir haben AIDS." Blättert man um, findet man dasselbe Foto, die Jünglingsköpfe jedoch mit den Physiognomien der Chefs der jetzigen Bonner Koalition überklebt. Text: „und wir müssen jetzt gewaltig aufpassen".

Ob das ein Witz ist, weiß ich nicht – will es auch nicht wissen. Aber auch wer mit den Opfern dieser neuen Krankheit, die mitten in der permissiven Gesellschaft ausgebrochen ist, nicht sympathisiert, kann bei dieser Text-Bild-Kombination nur erstarren. AIDS soll meist tödlich ausgehen. Die Montage von „Titanic" prägt lebenden, als Individuen erkennbaren Menschen das Todeszeichen auf. Unsere Abscheu gegen diese Verruchtheit geht über das Moralische hinaus. Hier werden Schranken durchbrochen, welche Voraussetzung für jedes Zusammenleben von Menschen sind. Alle humanitären Argumente, welche den Zeichnern und Textern von „Titanic" so leicht aus der Feder fließen, werden davor zur Phrase.

ANTON MADLER

New Yorks Lincoln Center kommt nicht zur Ruhe

Krach vor den Kulissen

Es kriselt im New Yorker Lincoln Center. Mußte wegen eines – mittlerweile beendeten – Streiks des Orchesters der New York City Opera die Spielzeiteröffnung auf den 21. September verschoben werden, so hat man sich an die permanent drohende Schließung des Vivian-Beaumont-Theaters schon fast gewöhnt. Denn seitdem Joseph Papp, der unternehmungslustigste aller New Yorker Theaterproduzenten, 1977 die Leitung des in seiner Betriebsführung als kostspielig verschrienen Theaters niederlegte, waren seine Tore nur 1980/81 geöffnet. Die damals mit Mühe und Not zusammengebrachten vier Produktionen waren allesamt so erfolglos, daß der künstlerische Ehrgeiz seines 19köpfigen Vorstands auf den Nullpunkt gesunken war. Rettung sollte ein mehrere Millionen teurer Umbau bringen. Aber das Geld ist nicht da, und selbst wenn es verfügbar wäre, erscheint ein noch so gut gemeinter Umbau nutzlos, solange keine künstlerischen Pläne für die Zukunft des Theaters vorliegen.

Auch im dritten der Lincoln-Center-Gebäude, der Avery Fisher Hall, geht nicht alles nach Wunsch. Der Vorstand des dort viermal wöchentlich spielenden Philharmonischen Orchesters hat weder Geldsorgen, noch droht dort ein Streik, aber die Mehrheit der Musiker ist mit Zubin Mehta unzufrieden, ihrem seit 1978 ständigen Dirigenten.

Das Mißtrauensvotum der Musiker könnte Mehta dazu bringen, seinen alten Posten an der Spitze des Orchesters in Los Angeles zu übernehmen, dessen Leitung durch den Rücktritt von Carlo Maria Giulini frei wird. New Yorker Kritiker äußern sich immer abfälliger über die musikalischen Leistungen. Hängt der Bruch zwischen Dirigent und Orchester vielleicht damit zusammen, daß der seit über vier Jahrzehnten bestehende Vertrag mit CBS Records in diesem Jahr nicht verlängert wurde? Damit fällt für die Musiker ein willkommenes Zubrot fort, und das hat die Künstler so verärgert, daß der schwelende Konflikt offenkundig wurde.

Voller Optimismus geht die Metropolitan Opera, des Lincoln Center reichster Partner, an die Vorbereitungen seiner Ende September beginnenden Jahrhundert-Spielzeit. Aber auch ihr stehen Probleme ins Haus. Wer wird Nachfolger des Intendanten Anthony Bliss, der 1985 zurücktritt? Angesichts des geringen Reservoirs amerikanischer Opernfachkräfte eine nicht leicht zu beantwortende Frage. Hinzu kommt, daß James Levine, Chefdirigent der Met, nach Bliss' Rücktritt dessen Nachfolger aus der künstlerischen Sphäre völlig hinausdrängen wird, so daß dieser nur noch Verwaltungsaufgaben zu erfüllen hätte. Das wäre ein Novum in der Geschichte der Met, und ob es unter solchen Umständen überhaupt möglich ist, einen einigermaßen profilierten Nachfolger für Bliss zu finden – im Gespräch sind vor allem David Glockley und Richard Gaddes, die Leiter der Houston Grand Opera bzw. des Opera Theater of St. Louis –, muß dahingestellt bleiben.

Unzufriedenheit herrscht auch bei einem fünften Partner des Lincoln Center, dem Library Museum of the Performing Arts, einem Teil der Public Library. Diese in der Welt fast einzigartige Institution teilt dasselbe Haus mit dem stillgelegten Vivian Beaumont Theater und muß nun die gesamten Unterhaltskosten für das Gebäude übernehmen, die früher zwischen beiden geteilt wurden.

Ist all dies nur ein Knistern oder schon ein Krachen im Gebälk des Lincoln Center? Die Tatsache, daß das Vivian Beaumont vom Oktober an verpachtet werden konnte (der Produzent Alexander Cohen wird dort Peter Brooks' Adaption von Bizets „Carmen" herausbringen), dürfte die Krisenlage vorübergehend übertünchen. Aber sicherlich nur für kurze Zeit. Eine Entscheidung, welcher Bestimmung das Vivian Beaumont, bei seiner Eröffnung als Amerikas schönstes und bestes Theater gefeiert, zugeführt werden soll, muß noch vor Ende dieses Jahres getroffen werden.

HENRY MARX

Europäisches Forum Alpbach: Chaos und Ordnung

Eine Schneeflocke wider die Skepsis

Von den noch immer lebenskräftigen Ideologien war die Rede und von der sanften Ordnung hinter dem Chaos mit der Schneeflocke als Symbol; der Marxismus in Lenins Mantel, die Grünen, die Friedensfreunde im Wetterfleck der „Bewegung": Das Tiroler Dorf Alpbach (auf der Karte in der Nähe von Wörgl zu suchen) hatte zum 39. Europäischen Forum das Leitthema „Wissen – Glauben – Skepsis" erhalten. In diesen weiten Umhang paßte nun fürwahr alles, was im Augenblick Denker und Revoluzzer bewegt, was Politiker und Wirtschaftsfachleute abzuhandeln haben, nämlich schlicht die Meisterung der gegenwärtigen Situation.

Am leichtesten hatten es noch die Naturwissenschaftler: Ihnen machte höchstens ein Kollege eine Theorie über Quarks streitig, alle aber fanden die Idee des theoretischen Physikers der Universität Wien, Roman Sexl, überaus apart, die Schneeflocke als Symbol für eine sanfte Ordnung einzusetzen, die hinter dem Chaos steht. Denn immer noch bedrohen die Regellosigkeiten der Natur den Menschen. Er weiß nicht, wenn ihn auf einem flachen Gletscher ein Gewitter überrascht, an welcher Stelle der Blitz einschlagen wird, die Ängste, wo der Satellit abstürzen würde, waren groß, denn die Berechnungen für den Aufprall des künstlichen Himmelskörpers zogen ein breites Band über die Erdkugel.

Nachdem also offensichtlich Gott doch nicht die Welt „nach dem Lehrbuch Newtons" dirigiert, die vorhersehbare Welt die Ausnahme, chaotische Systeme hingegen – man denke an die Wettervorhersage – die Regel sind, lautete die Frage, wie denn dann Geregeltes und Ungeordnetes miteinander vereinbar würden. Kleine Instabilitäten zum Beispiel, verschiedene Drücke und Temperaturen führen zum Individuellen mit Regelmäßigkeiten wie eben zur Schneeflocke: sie wird zum unwiederholbaren und einmaligen Ereignis – und ärgert damit die Naturwissenschaftler, denn eines ihrer wichtigsten Prinzipien zielt auf die Wiederholbarkeit von Versuchen ...

Ein zweiter Problemkreis beschäftigte sich in größeren und kleineren Veranstaltungen mit den Ideologien: Leben sie noch, oder kann man sie getrost in der Schublade der Wirkungslosigkeit und des Vergessens ablegen?

Schon zu Beginn des Forums hatte der Zürcher Philosoph Hermann Lübbe in einer Überschau des ganzen Themas als belastende Nebenfolgen der Anhäufung von Wissen den Schwund der Gewißheit über die Zukunft, die Verluste an persönlicher Erfahrung und schließlich die Grenzen der Innovationsverarbeitung genannt. Diesen letzten Punkt sieht man deutlich am Gleichnis vom verlorenen Sohn, der nach dem Scheitern seines „Aussteigens" wieder in die väterliche geordnete und sichere Welt zurückkehren kann. Das ist heute so nicht mehr möglich, diese Belastung hat die Jugend zu tragen: „Ihr Problem ist", so Lübbe, „daß sie für ihren Weg in die Zukunft sich weniger als je eine Generation zuvor an bewährten Traditionen orientieren kann."

Da alles austauschbar geworden ist, die großen Weltbildkonkurrenzen zwischen Religion und Wissenschaft eine abgeschlossene Epoche darstellen, hat sich die Wissenschaft damit zu begnügen, in ihrer verbleibenden kulturellen Bedeutung ein Medium freiheitssichernder Skepsis zu sein. Darüber war man sich in Alpbach einig: Niemand kann (und niemand sollte) mehr erwarten, daß Biologie und Chemie aus dem Apparat des menschlichen Gehirns eines Tages eine neue Ideologie hervorzaubern werden, die – etwa als „evolutionäre Erkenntnistheorie", über die die beiden großen Alten, Sir Karl R. Popper und Konrad Lorenz, in einem Zwiegespräch diskutierten – allgemein verbindlich wird. Vielmehr hat man sich beim Suchen nach Ideologie, den politischen Wissenschaften und der Zeitgeschichte zuzuwenden.

Es waren dabei eher die unheilen Welten, die in das Panorama von Alpbach projiziert wurden. Der Bart des Karl Marx wurde vom Spitzbart Lenins abgelöst, mit anderen Worten: Der Pole Adam Schaff verteidigte aufs heftigste den Marxismus, dessen Nichtfunktionieren er gerade als seine „Verifizierung" pries. Nicht alle Voraussetzungen und Bedingungen seien eben eingehalten worden, wie ihr Gründer das einst empfahl. Da nun aber, so muß man einwenden, die Sache seit runden 100 Jahren existiert, von einem Funktionieren aber weitum nicht die Rede sein kann, steigt zumindest die Wahrscheinlichkeit, daß der Marxismus ebenso wahr wie falsch sein kann. Und die Wahrscheinlichkeit, daß er wahr sein könnte, wird im Laufe der Zeit immer geringer.

Klar und deutlich zeigte der Bonner Politologe und Historiker Karl Dietrich Bracher den Aufstieg und Fall von Ideologien, aber auch ihre Wiederkehr in Renaissancen, wie die des Marxismus im Leninismus. Bracher warnte vor neuen ideologischen „Bewegungen" mit noch nicht geschlossener Theoriebildung, die bereits mit suggestiven „Leerformeln", wie dem Friedensbegriff zum Beispiel, die Gesellschaft rund um sich emotionalisieren und dramatisieren. In diesem Grenzbereich zwischen Demokratie und Diktatur stellten sie den „Inkubationsraum totalitärer Ideologien" dar.

Nun ist es eine Eigenart von Ideologien (bzw. von politischen Ideen, die sich in Ideologien verwandelt haben), daß sie eine endzeitliche Erwartung in sich bergen und verkünden und damit „die glaubensmäßige Mobilisierung der Zustimmung" in Gang setzen, die schließlich „auch jene sonst unerklärbare Pervertierung der Moral" ermöglicht, „die im System der Konzentrations- und Vernichtungslager gipfelt" (Bracher). Eine Moral freilich war, bergauf und -ab, auch in Alpbach bei den Diskussionsrunden nicht zu finden, es sei denn, man stimmte jenen zu, die sich auf eine „Minimalmoral intersubjektiv verbindlicher Werte" geeinigt hatten, die elementare Interessen wie Überleben und körperliche Unversehrtheit sicherten und in denen auch das Lügeverbot oder das Halten von Verträgen unterzubringen wäre, wie Norbert Hoerster, Rechts- und Sozialphilosoph an der Universität Mainz ausführte.

So blieb bei allem Wissen und Glauben die Skepsis; jene, die nicht ganz sicher ist, daß wissenschaftlich optimal das Angebot Alpbachs ausgeschöpft wurde.

FRANZ MAYRHOFER



Aus der Tradition eines alten Handwerks: Glasfenster von Heinz Welp FOTO: KATALOG

Düsseldorf zeigt „Neues Glas in Deutschland"

Im gläsernen Netzwerk

Studio-Glas" heißt das neue Zauberwort. Gelegentlich wird es auch mit „Glaskunst" übersetzt. Doch das klingt nicht nach etwas Neuem, bisher nicht Dagewesenem. Das aber möchte die „Studio-Glas-Bewegung", die vor zwanzig Jahren in Amerika entstand, sein. Sie versteht sich als Gegenpol der gläsernen Massenproduktion und setzt ihr das handgearbeitete Einzelstück entgegen. Dabei gilt als Grundbedingung, daß Entwerfer und Ausführender diesselbe Person sind. Es ist eine Bewegung – ähnlich wie bei anderen kunstgewerblichen Techniken, der Keramik und der Tapisserie vor allem –, die sich nicht mit dem Praktischen oder der Schönheit traditioneller Formen zufriedengeben will. Sie sucht neue Wege, neue Techniken der Glasver- und bearbeitung, um Kunstwerke zu schaffen. Dabei sitzt die Angst vor dem Nippes den Glaskünstlern ständig im Genick (und manchem führt sie auch die Hand). Das läßt die Ausstellung „Neues Glas in Deutschland" erkennen, die zum ersten Mal eine Bilanz der deutschen Studio-Glas-Bewegung zu ziehen versucht. Sie wurde vom Düsseldorfer Kunstmuseum für den XIII. Internationalen Glaskongreß in Hamburg organisiert und ist nun im Grünen Gewölbe der Düsseldorfer Tonhalle, einem für solche Kunstwerke fast idealen Raum, zu sehen.

Diese Übersicht macht zuerst einmal deutlich, daß Glaskunst in Deutschland mehr ist als nur „Studio-Glas". Denn anders als in Amerika sind hier noch handwerkliche Traditionen der Glasveredlung lebendig, an die die Künstler, die meist in einem entsprechenden Beruf ausgebildet wurden, anknüpfen könne. Es ist also nicht nur der oft dilettierende Umgang mit dem Material Glas, der Unzulänglichkeiten und Zufälle zur Kunst stilisieren muß (obwohl es das gelegentlich auch gibt). Bei den meisten deutschen Glaskünstlern fällt die Beherrschung des Werkstoffes auf. Beispielsweise bei den Objekten von Karl R. Berg, der aus kristallklarem Glas abstrakte Körper schleift, bei denen sich durch die Reflexion der Kanten auf den Flächen ein faszinierendes Spiel der Brechungen ergibt. Oder bei Kristian Klepsch, der ein römisches Diatretglas mit dem filigranen Netzwerk über der Außenform nachbildet und diese Technik dann für seinen Doppelwandbecher mit dem Narrenfries nutzt.

Besonderes Ansehen genießen im Ausland die deutschen Glasmaler, die hier, weil ganze Kirchenfenster natürlich die Ausstellungsmöglichkeiten überfordern, nur mit Glasbildern vertreten sein können. Es ist eine zeitgemäße Fortsetzung der mittelalterlichen Kunst, die – weniger puristisch als die freie Malerei – alle Darstellungsformen vom gegenständlichen („Daphne" von Hans Gottfried von Stockhausen) bis zum Abstrakten (Schaffrath, Poensgen, Welp) zu nutzen versteht.

Breiten Raum nehmen in der Ausstellung natürlich die Gefäße ein. Da sind die farbenfrohen, geblasenen Vasen aus Milchglas von Kurt Wallstab zu sehen, in die regenbogenartige Farbfenster eingesetzt wurden, oder die durch aufgetupfte Lösungen von Metallsalzen einen opalisierenden, an herbstliches Laub erinnernden Dekor erhielten. Oder es fallen die Arbeiten von Freia Schulze ins Auge, die märchenhafte Landschaften mit kargen Linien zu gravieren versteht. Bei den meisten Arbeiten, die in Düsseldorf zu sehen sind, klingen das Praktische und das Schöne gut zusammen. Es sind Arbeiten, die die Möglichkeiten des Glases nutzen, aber auch die Grenzen des Materials respektieren (bis 6. November; Hannover: 23. Nov. bis 15. Jan.; Katalog: 32 Mark).

PETER DITTMAR

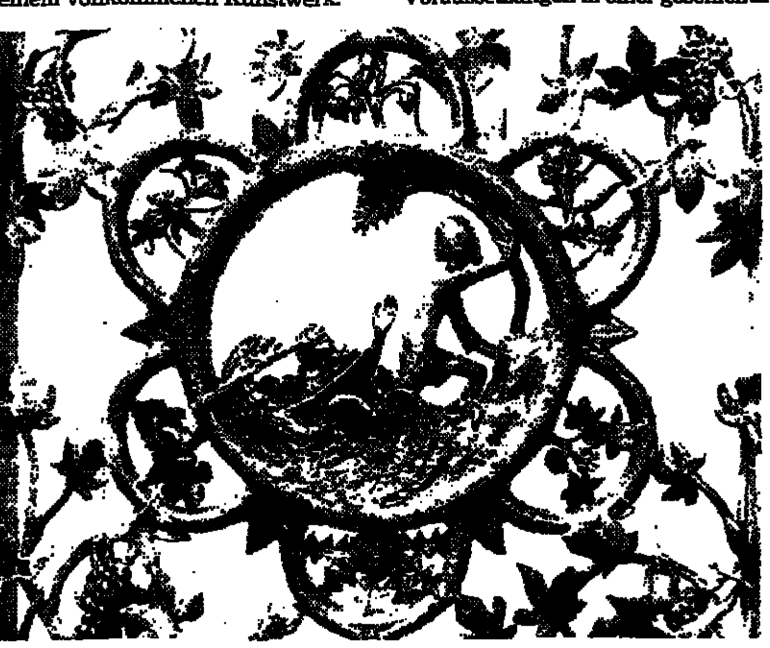
Aus dem Geist des Mittelalters für eine Kirche von heute – Das Werk des Bildhauers Ulrich Henn

Bronzene Epigramme für die Tore der Kathedrale

Man begegnet seinen Arbeiten zwischen Stuttgart und London. Der heute 58jährige Bildhauer Ulrich Henn hat für die Dome in Braunschweig Hildesheim, Münster und Trier, hat für Kirchen und Klöster sakrale Skulpturen, Altäre, Leuchter, Lesepulte und Bronzetüren geschaffen. Seine Brunnen und Bronzeplastiken schmücken öffentliche Plätze und private Gärten. Gebündelt kann man jedoch seine Arbeiten nicht sehen. Henn beteiligt sich nicht an Ausstellungen; nicht unbedingt aus Prinzip, er hat einfach keine Zeit dazu. Er ist vollauf damit beschäftigt, den sich noch immer mehrenden Aufträgen nachzukommen (soweit er sie nicht ohnehin schon ablehnen muß).

Seit Jahren wird das gewaltige Arbeitsprogramm des zurückgezogen in der Eifel lebenden Schwaben von der Washington-Kathedrale beherrscht. Diese den Aposteln Petrus und Paulus geweihte Hauptkirche der Episkopalen Diözese von Washington wird nach ihrer Fertigstellung, voraussichtlich in vier bis fünf Jahren, die sechstgrößte Kathedrale der Welt sein. Sie will als „National Cathedral" der ganzen amerikanischen Nation zur Verfügung stehen und bietet ihre geistlichen Dienste allen Konfessionen an. Ulrich Henn wurde ausersehen (ohne Ausschreibung oder Bewerbung), die drei großen Doppelportale der Westfassade zu gestalten; das sind also sechs Flügel, jeder rund fünf Meter hoch und über zwei Meter breit. (Die WELT hatte seinerzeit über die Entstehung und die Einweihung des ersten Portals berichtet.)

Henns Bronzetüren gleichen einem gewaltigen Filigran, dessen zierliche Leichtigkeit scheinbar im Widerspruch zu dem schweren Material steht. Es ist ein Filigran aus vollplastischen Elementen, seien es Einzelfiguren oder Figurengruppen, die sich zu Bildgeschichten reihen, seien es Blumen, Pflanzen oder sonstige Gegenstände von symbolischer Bedeutung. Allemal dominiert der symbolische Sinn über den ornamentalen Zweck; und beides verbindet sich zu einem vollkommenen Kunstwerk.



Bildergeschichten aus dem Leben der Heiligen: „Der Schiffbruch des hl. Paulus" von Ulrich Henn auf dem Portal für die Kathedrale in Washington FOTO: DIE WELT

Englische und amerikanische Kunstkritiker vergleichen Henn immer wieder mit den Bildhauern des Mittelalters. Ohne Frage schöpft der gläubige Christ aus den gleichen Quellen, obwohl der Autodidakt offensichtlich keine historischen – und auf gar keinen Fall zeitgenössische – Vorbilder hat. Seine Anregungen kommen unmittelbar aus der Heiligen Schrift und führen ihn ganz selbstverständlich zu einer eigenen, überzeugenden Ikonographie, die ihre sicheren Wurzeln und geistigen Voraussetzungen in einer geschichtlichen und theologischen Tradition hat. So besteht eine Charakterverwandtschaft der religiösen Werke Ulrich Henns mit solchen des Mittelalters; ihre Ausführung und aktuelle Sinngebung jedoch sind unleugbar modern.

Das zweite Portal für Washington befindet sich bereits in der Gießerei; es soll demnächst montiert werden. Henn hat es wieder in voller Größe im Maßstab 1:1 gearbeitet, ohne Vorzeichnung; seine Plastiken entstehen stets unter den modellierenden Händen. Die beiden Flügel zeigen Szenen aus dem Leben des Apostels Paulus. Das dritte Portal, das Henn nun in Angriff nimmt, wird dem hl. Petrus als zweitem Patron der Kathedrale gewidmet sein.

Wer die Leichtigkeit dieser Portale kennt, wird nicht verwundert sein über die – viel zu seltenen – profanen Arbeiten Henns, seine Brunnen zum Beispiel und manche Figurengruppen und Kleinplastiken, die voller Humor und ironischem Hintersinn sind, sozusagen plastische Epigramme. Stets befinden sie sich in direkter Beziehung zur Umgebung, sei es die Architektur eines Gebäudes, ein öffentlicher Platz, ein privater Garten oder Park, wo beispielsweise mit Früchten beladene Bronzebäume aus der Erde zu wachsen scheinen oder Schwärme goldglänzender Vögel sich schwerelos in die Luft erheben, als sei ihr Gefieder nicht aus Bronze, sondern aus jenem zauberhaften Stoff, aus dem die Poesie besteht.

EO PLUNIEN

JOURNAL

MGM erhebt Klage: 1 Milliarde Dollar

DW. Los Angeles

Wie die „Los Angeles Times" berichtet, hat die in Culver City ansässige Firma MGM/UA Entertainment Co. gegen eine europäische Filmvertriebsfirma Klage eingereicht, um fast eine Milliarde Dollar Schadenersatz für angebliche Verletzungen der Antitrust-Bestimmungen zu erlangen. In der Klage wird die Münchener Taurus-Film GmbH & Co beschuldigt, bei der Verbreitung amerikanischer Spielfilme, Zeichentrickfilme und Fernsehprogramme die Preise gebunden zu haben. Die Klage behauptet, die Firma Taurus beherrsche den Markt für amerikanische Unterhaltung im deutschsprachigen Fernsehen in Europa.

Sammlung Panza steht zum Verkauf

MvZ. Varese

Der international bekannte Sammler amerikanischer Avantgarde-Kunst, Guiseppe Panza di Biumo, bietet seine Villa aus dem 18. Jahrhundert oberhalb von Varese samt ihrem Park für 2 Milliarden Lire (rund 3,6 Millionen Mark) zum Verkauf an. Allein der Wert der im Preis eingeschlossenen Kollektion von 120 Werken der Op-, Minimal- und Conceptual-art, die die Villa zu einer weltweiten Institution für Kunstinteressierte gemacht hat, wird auf mindestens fünf Milliarden Lire geschätzt. Graf Panza hofft, so die Sammlung dem Publikum zu erschließen. Da der italienische Staat nicht am Kauf interessiert ist, ist nun an eine Stiftung gedacht.

Darmstädter Akademie über „Sprache der Bibel"

dpa. Darmstadt

Mit dem Thema „Sprache der Bibel – unsere Sprache?" wird sich die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung auf ihrer Herbsttagung vom 19. bis 21. Oktober in Darmstadt beschäftigen. Höhepunkt der alljährlichen Veranstaltung ist die Verleihung der Akademiepreise im Darmstädter Staatstheater. Mit dem Tagungsthema wollen sich die Akademiemitglieder in zwei öffentlichen Arbeitssitzungen beschäftigen.

Internationales Fest des humoristischen Films

J. B. Brüssel

Unter diesem Titel plant man in Brüssel eine Retrospektive 47 alter und neuer humoristischer Filme, die vom 18. bis 30. September im Auditorium der „Passage 44" in der Nähe des Nordbahnhofes gezeigt werden sollen. Es werden dabei auch Preise verliehen. Höhepunkt wird der 23. September sein, an dem Filme bis zum Morgengrauen in ununterbrochener Reihenfolge gezeigt werden.

Cembalo-Preis an polnischen Künstler

AFP, Paris

Beim sechsten internationalen Cembalo-Wettbewerb in Paris, der alle zwei Jahre veranstaltet wird, sind zwei der drei Hauptpreise – für zeitgenössische Musik und für Basso Continuo – vergeben worden. Im Fach zeitgenössische Musik siegte der 28jährige Pole Wladyslaw-Marek Klosiewicz. In der Sparte Basso Continuo teilen sich den ersten Preis die 29jährige Amerikanerin Charlotte Mattax und der 23jährige Brasilianer Ilton Wjsniski.

Hypermoderne Kunst in Schloß Mointel

AFP, Paris

Eine Privatsammlung von Werken der neuesten Kunstrichtungen ist in einem Schloß bei Paris für das Publikum geöffnet worden. In 20 Sälen des Schlosses Mointel bei Beaumont-sur-Oise zeigt Fürst Joachim Murat in der von der Kunst des 18. Jahrhunderts geprägten Umgebung des Besitzes einen Überblick über die Kunstentwicklung in den vergangenen zehn Jahren, von den „Jungen Wilden" über Comics, den neuen Realismus bis zu Sciencefiction und Kunst in der Werbung. Die in Frankreich einzigartige Sammlung soll nach dem Willen ihres Besitzers weiter wachsen. Außerdem plant Murat wechselnde Ausstellungen sowie Künstlertreffen in Mointel.

Drei Keramikpreise wechseln sich künftig ab

DW. Frechen

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es drei wichtige Keramik-Preise: den Richard-Bampi-Preis, den Keramik-Preis der Frechener Kulturstiftung und den Westerwaldpreis. Davon wurden der Bampi-Preis in einem dreijährigen, die beiden anderen gewöhnlich in einem zweijährigen Turnus verliehen. Überschneidungen, die der Wirkung der Preise und damit den Ausgezeichneten schadeten, ließen sich dabei bislang nicht vermeiden. Deshalb haben sich jetzt die Auslober der drei Preise geeinigt, daß ihre Auszeichnungen ab 1987 abwechselnd in einem Drei-Jahre-Rhythmus verliehen werden. Die Übergangsregelung sieht vor, daß 1983 ebenso wie 1986 preislose Jahre sind. 1984 werden der Bampipreis, 1985 im Frühjahr der Frechener und im Herbst der Westerwaldpreis vergeben.

Bei der nächsten Shuttle-Mission müssen Astronauten Schlitten fahren

Versuche im „Spacelab" sollen vor allem Aufschlüsse über Raumkrankheit geben

JOCHEN AUMILLER, **Frankfurt**

Kaum ist die Trägerrakete gezündet, vergeht den meisten Astronauten das Lachen. Die strahlende Supermannmiene weicht und das Hautkolorit schlägt um, ähnlich wie bei reisekranken Schiffspassagieren: Astronauten leiden stärker an der Raumkrankheit als bislang angenommen. Professor Rudolf J. von Baumgarten, Direktor am Physiologischen Institut der Universität Mainz und schon seit Jahren ein international führender Fachmann für Gleichgewichtsstörungen, beziffert die Quote der Betroffenen auf mehr als 50 Prozent: Das mit der Raumkrankheit verbundene Magengrimmen sucht in den ersten drei Tagen nach Beginn einer Weltraummission also jeden zweiten Astronauten *heim*.

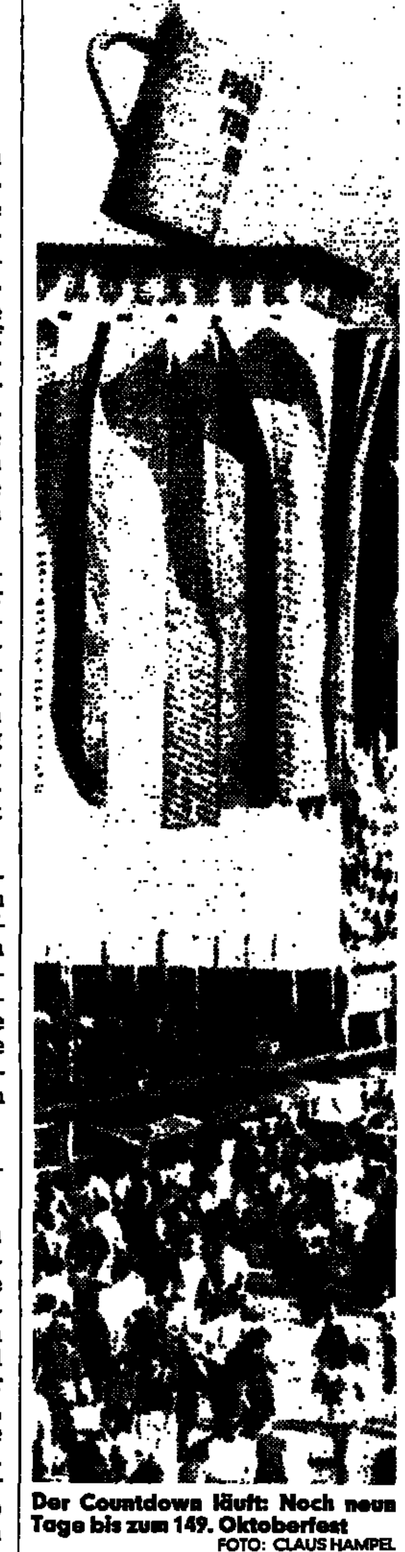
Ein erheblicher Teil der Besatzungsmitglieder wird so stark in Mitleidenschaft gezogen, daß sie vorübergehend arbeitsunfähig sind. Im Klartext: Etwa 25 Prozent der Besatzungsmitglieder quälen sich mit Würgereiz und Erbrechen herum und können den vorgesehenen Arbeitsplan, vor allem die oft jahrelang vorbereiteten Experimente nicht in Angriff nehmen. Da die bevorstehenden Spacelab-Shuttle-Flüge auf sieben Tage bemessen sind, kann der Ausfall der Astronauten krankheitshalber, wie Professor v. Baumgarten sagt, „ein starkes und kostspieliges Handicap" werden.

Den Ursachen der Raumkrankheit auf die Spur zu kommen, ist deshalb ein vordringliches wissenschaftliches Anliegen der Weltraumforscher. Die beiden Raumfahrtorganisationen Nasa und Esa haben entsprechenden Experimenten Priorität eingeräumt. Solche Versuche, die bereits bei dem gerade beendeten „Ausflug" der amerikanischen Weltraumfähre durchgeführt wurden, werden im europäischen Weltraumlabor „Spacelab", das voraussichtlich am 28. Oktober um 16.30 Uhr in die Umlaufbahn gebracht wird, verstärkt fortgeführt. Garant für das Gelingen der ausgetüftelten Experimente soll unter anderem Ulf Merbold sein, der 1982 von der europäischen Weltraumbehörde Esa für diesen Spacelab-Flug als „Nutzlast-Spezialist" ausgewählt wurde. Dazu Professor von Baumgarten: „Ulf Merbold versteht inzwischen vom Gleichgewichtsorgan, dem Vestibulärsystem, sicher schon mehr, als der durchschnittliche Medizinstudent zu wissen braucht."

Herzstück der Vestibulär-Experimente ist ein Raumschlitten (spacesled), der im Weltraum-Labor verankert ist und auf dem die Versuchspersonen in allen drei Raumachsen nach vorgewählten Beschleunigungsprofilen hin- und hergefahren werden können. Die dabei am Kopf auftretenden Beschleunigungen werden genau gemessen und mit einer Vielzahl von Körperreaktionen verglichen, vor allem mit den Augenbewegungen. Die Augen sind nämlich für den Gleichgewichtssinn mindestens ebenso wichtig wie die dafür ebenfalls zuständigen Strukturen im Innenohr. Wesentlicher Teil des Versuchsschlittens ist der sogenannte Vestibulärhelm. Darin sind die wichtigsten Reiz- und Meßgeräte untergebracht. Er enthält auch einen Fernsehmonitor, der vor dem linken Auge plaziert ist und dem Astronauten auf Band gespeicherte Bewegungsabläufe vorspielt, etwa das Vorwärts- oder Rückwärtsfahren durch einen Tunnel. Vor dem rechten Auge sitzt eine Fernsehkamera, die alle Bewegungen der Augen registriert und die Signale in digitaler Form zur Bodenstation überträgt.

Solche Helme wurden ursprünglich von der Gruppe des Mainzer Raumfahrtmediziners von Baumgarten speziell für die Spacelab-Missionen entwickelt, um noch völlig unklare Ursachen der Gleichgewichtsstörungen zu ergründen. Inzwischen hat dieser Helm bereits Verwendung in einigen Hals-Nasen-Ohren-Kliniken gefunden. Vestibuläre Krankheiten können damit besonders exakt erkannt werden.

Nicht nur in der Grundlagenforschung sollen die Versuche mit dem Vestibulärorgan für wesentliche Aufschlüsse sorgen – v. Baumgarten: „In den Lehrbüchern steht viel Falsches" –, auch für die praktische Medizin erhofft man sich wesentliche Impulse, vor allem für das bessere Verständnis des sogenannten Drehschwindels, der Menièreschen Erkrankung.



Der Countdown läuft: Noch neun Tage bis zum 149. Oktoberfest
FOTO: CLAUS HAMPEL

Auf der Wies'n fehlt's am Krach

PETER SCHMALZ, **München**

Die U-Bahn brennt, das Münchner Kabelprojekt stockt, bevor es begonnen hat, die Blumen der IGA locken Millionen, und viele Münchner nutzen die letzte bayerische Ferienwoche zur Intensivbräunung an südlichen Stränden. Derart abgelenkt entging den Münchner Lokalredakteuren in diesem Jahr ein Thema, dem *sie sich alljährlich aus Tradition* und zur gekonnten Überbrückung der Zeit der sauren Gurken schon Wochen vorher eifrig widmeten: In neun Tagen wird Oberbürgermeister Erich Kiesl Punkt 12 Uhr den Schlegel schwingen und nach ein paar schaumigen Spritzern die weltweit bekannten Worte sprechen: „O'zapft ist!"

„So ruhig war's vor der Wies'n noch nie", bemerkt Richard Süßmeier, der im Verdacht steht, als Wirt des Armbrustschützenzeltes Millionär geworden zu sein und als Sprecher der Wies'n-Wirte stets rechtzeitig vorm Anzapfen eklatträchtige Platzpatronen zur Hebung der allgemeinen Aufmerksamkeit verschossen zu haben. „Vielleicht", überlegt der rundliche Gastronom, der keine Verkleidung benötigt, um im Fasching als Franzosen-Kaiser zu gehen und der deshalb stolz den Titel „Wies'n-Napoleon" trägt, „vielleicht haben wir in diesem Jahr was falsch gemacht."

In der Tat: Ein Vorspiel, dem sich in München seit Menschengedenken Journalisten und Politiker, Wirte und selbst der Ein- bis Zweimann-Verein „wider das betrügerische Einschenken" lustvoll hingaben, fällt diesmal mangels Erregbarkeit aus. Süßmeier: „Übern Bierpreis wird in diesem Jahr überhaupt net g'red."

Daran hat ausgerechnet die Stuttgarter Wies'n-Konkurrenz, der Cannstatter Vasen, ein gerüttelt Maß Mitschuld, weil ausgerechnet die angeblich sparsamen Schwaben mit 6,30 Mark für die Maß, „sehr mutig" (Süßmeier), den Münchnern davongezogen sind. Zum anderen mußten die Bayern erstmals auf Einspruch der Kartellbehörde auf eine liebgewonnene Tradition verzichten, die für den ebenso liebgewonnenen Preis-Zank ein unentbehrliches Aufputschmittel war. Bisher hatten sich Wirte und Stadtverwaltung hinter verschlossenen Türen zum einträchtigen Ringen um einen neuen Maß-Preis zusammengefunden. Im vergangenen Jahr wurden 5,60 Mark ermittelt und als sogenannte Obergrenze festgesetzt. An diesem Fix-Preis konnte sich die öffentliche Erregung emporranken.

Geschreckt von einem Warnschuß der Kartellbehörde hat das Rathaus in diesem Jahr auf die Preis-Sitzung verzichtet und jeden Wirt gesondert gebeten, seinen '83er Preis zu nennen. Und da geschah das Erstaunliche, daß keiner der meist stämmigen Wirte den Mut fand, die magische Sechs-Mark-Grenze zu überschreiten; der eine blieb bei 5,70 Mark hängen, andere schwangen sich auf 5,85 Mark hoch, und einige erreichten den diesjährigen Wies'n-Gipfel von 5,90 Mark. Wer aber mag schon über einen gespaltetenen Bier-Preis zanken?

Da könnte man schon eher über die Frage streiten, ob ein Fest, das am 17. September beginnt und am 2. Oktober endet, tatsächlich den Namen „Oktoberfest" verdient. Sicher jedenfalls ist: In diesem Jahr werden die Bierburgen schon wieder abgebaut, wenn sich der Tag zum 173. Mal jährt, der München die Wies'n schenkte. Es war der 12. Oktober 1810, als Kronprinz Ludwig die Sachsen-Prinzessin Therese ehelichte und zu diesem Behufe ein Pferderennen veranstaltet wurde, dessen Wiederholung bald zum Trinkgelage ausartete.

Weil aber der Münchner Oktober wetterwendisch und manchmal sakrisch kalt sein kann, kam die Stadt auf einen Dreh: „O'zapft" wird stets zwei Wochen vor dem ersten Oktober-Sonntag. „Ein naiver Mechanismus", schimpft Süßmeier. Den Wies'n-Wirten paßt der frühe Termin gar nicht in die Kalkulation, seit der Freistaat als letztes Bundesland in die Ferien geht. Wirte-Sprecher Süßmeier: „Wenn wir in diesem Jahr anzapfen, sind viele noch in Urlaub und andere mit leerer Ferienkasse gerade zurückgekehrt." Aber so recht jammern mag der erfahrene Wirt denn doch nicht, da wahrscheinlich auch diesmal der Gewinn knapp überm Existenzminimum liegen wird.

Herzoperation ging live über den Bildschirm

dpa, **Köln**

Sanfte Vivaldi-Musik klang dem Zuschauer entgegen, als die Kamera auf das stillgelegte Herz im geöffneten Brustraum zufuhr. Erstmals wurde gestern im Deutschen Fernsehen zweimal fünf Minuten lang live eine Operation am offenen Herzen gezeigt. Das Team unter Leitung von Professor Werner Hügel setzte im Operationssaal 5 der Kölner Herzchirurgischen Klinik einem Patienten eine neue Herzklappe ein. Er habe „etwas Angst" gehabt, gab der Patient vor dem Eingriff im Gespräch zu. Aus dem Beispiel seiner schnell genesenden Leidensgenossen habe er aber Mut geschöpft. In 23 Krankenhäusern der Bundesrepublik Deutschland werden heute routinemäßig derartige Operationen ausgeführt, erklärte dazu der Chef der Kölner Herzchirurgie, Professor Harald Dalichau. Allerdings *reichten die Kapazitäten hierzulande* nicht aus. Anderthalb Jahre müßten Patienten in Köln auf den Eingriff warten. Die Übertragung der Operation gehörte zum Programm der Funkausstellung in Berlin.

Flugzeug vermißt

dpa, **Ottawa**

Vier Touristen aus Deutschland sind bei einem Jagdausflug in der Wildnis der kanadischen Provinz British Columbia verschollen. Ihr Charterflugzeug verschwand am Freitag während eines zweieinhalbstündigen Fluges von der Pazifikküste nach Smithers im Landesinneren. Die Kanadier haben eine großangelegte Suchaktion gestartet.

Ariane-Start verschoben

rtr, **Washington**

Der *für kommende Woche in Fran*zösisch-Guayana geplante Start der europäischen Ariane-Rakete ist um eine Woche verschoben worden, da bei dem Nachrichtensatelliten INTELSAT V, den Ariane in eine Umlaufbahn bringen soll, technische Probleme aufgetreten seien, wie ein Sprecher in Washington mitteilte.

Tödliche Nachtfahrt

AP, ***Dingolfing***

Drei junge Menschen im Alter von 16 Jahren sind bei einem Verkehrsunfall bei Loiching im Landkreis Dingolfing-Landau in der Nacht zum Mittwoch ums Leben gekommen. Der 18jährige Fahrer eines Personenwagens hatte an einer Kreuzung die Vorfahrt mißachtet.

Täter hinterließ Spur

AP, **St. Louis**

Die Polizei von St. Louis im US-Staat Missouri hatte keine Schwierigkeiten, einen Einbrecher festzunehmen, der in eine Farbenfabrik eingedrungen war und dabei in einen Kübel mit roter Farbe getreten hatte. Die Spur führte in ein Krankenhaus, wo der Einbrecher sich in stationärer Behandlung befand.

LEUTE HEUTE

Spieglein, Spieglein

John Travolta (29), nach einer Zeit in der Versenkung jetzt wieder belebter Star, denkt über sich ähnlich wie seine vor allem weiblichen Fans. Auf die Frage, ob er seinen häufig als „schön" beschriebenen Körper liebe, antwortete der Mime, dessen neuester Tanzstreifen „Staying Alive" derzeit in den Staaten enorme Erfolge feiert:

„Seit meinem 16. Lebensjahr bin ich sehr zufrieden mit meinem Körper und liebe es, mich im Spiegel zu betrachten . . ."

Sinneswandel

Immer höchsten Wert auf Diskretion hat der französische Filmstar **Marie France Pisier** gelegt. Ihr Privatleben galt als tabu, und gegen Eindringlinge konnte sie ekelig werden. „Das ist heute alles anders", säuselte sie jetzt, „ich bin verliebt, und alle können das wissen." Der Grund für den Sinneswandel heißt **Thierry Funck-Brentano** und firmiert als „junger Industrieller".

Fürstenkind

Das Interesse der Öffentlichkeit an Königs- und Fürstenkindern ist launisch. Weil es bei Prinzessin **Caroline** von Monaco weder mit einem Ehemann, **Philippe Junot**, noch mit einem Tennisspieler, **Guillermo Vilas**, und auch nicht mit dem Sohn berühmter Eltern, **Roberto Rosselini**, klappt, steht immer mehr ihre beständige Schwester **Stephanie** im Mittelpunkt. Sie verbrachte nach relativ langer Freundschaft jetzt sogar einen Urlaub mit **Paul Belmondo** – auf der Insel von Vater **Jean Paul** in der Karibik.

„Mikros" informiert jetzt auch in den Schalterhallen der Post

Bundesanstalt für Arbeit hofft damit auf bessere Nutzung der offenen Stellen

GISELA REINERS, **Bonn**

Es schafft zwar keinen Arbeitsplatz mehr, ist aber eine große Hilfe: ein Lesegerät für Mikrofilme, auf denen die Angebote offener Stellen der Arbeitsämter festgehalten sind. Unter dem Namen „Mikros" kennen Jobsucher diesen stummen Helfer schon von den Fluren mancher Arbeitsämter – jetzt wird er auch in den Schalterhallen von 24 zentral gelegenen Postämtern seine Dienste anbieten. Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) übergab das erste dieser Datensichtgeräte im Postamt Kassel. In den nächsten Wochen wird der Betriebsversuch der Bundespost unter anderem noch auf *Postämter in Aalen, Alsfeld*, Augsburg, Berlin, Bonn, Bremen, Dortmund, Flensburg, Freiburg, Hamburg, Hannover, Kiel, München, Würzburg, Wuppertal ausgedehnt.

„Wir müssen jede Möglichkeit nutzen, um die Information über freie Arbeitsstellen zu verbessern und damit auch die Vermittlungschancen zu erhöhen", sagte der Minister in Kassel. Da könnte er auf dem besten Wege sein, denn die Erfahrungen, die die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg bisher mit „Mikros" gemacht hat, werden als positiv bewertet – besonders, wenn das System mit Computerunterstützung arbeitet. Diese gibt es noch nicht überall, doch scheinen die Mikrofilm-Lesegeräte ein erster Schritt zu sein.

„Mikros" steht für „Mikroverfilmung offener Stellen", und die Gebrauchsanweisung auf bunten Blättern liegt immer dabei: Der Stellungssuchende tippt in eine Tastatur eine Zahlenkombination, es erscheint ein „Inhaltsverzeichnis" auf dem Bildschirm. Unter den angegebenen Berufsgruppen kann gewählt werden. Nach neuerlichem Tippen erscheinen die Stellenangebote, die alle wesentlichen Angaben enthalten, zum Beispiel die erforderliche Qualifikation, ob Schichtdienst oder nicht, Teil- oder Vollzeitarbeit etc. Jedes Angebot hat eine Nummer, die notiert sich der Interessent auf dem Blatt und geht damit zum Arbeitsamt.

Der Vorzug dieses Verfahrens liegt darin, daß „Mikros" nicht nur die Angebote des örtlichen Arbeitsamts zeigt, sondern alle, die im sogenannten Tagespendelbereich, liegen, d. h. im Umkreis von 50 bis 60 Kilometern. So kann sich der Jobsucher überlegen, ob er nicht pendeln und vielleicht sogar umziehen will. Ein weiterer Vorteil von „Mikros" liegt darin, daß er auch Angebote verwandter Berufe enthält, so daß der Arbeitslose möglicherweise auf einem Gebiet ein Angebot findet, auf dem er noch gar nicht gesucht hatte.

Nicht enthalten ist in den Angeboten der Name oder die Anschrift des Arbeitgebers. Die wird den Interessierten erst vom Vermittler mitgeteilt, wenn er sich vergewissert hat, daß der Bewerber auch qualifiziert ist und für den Job in Frage kommt. So sollen „Fehlleitungen" vermieden werden.

Auf zwei Mikrofilmen pro Lesegerät können insgesamt 16 000 Angebote festgehalten werden. Diese Filme werden aktualisiert, indem sie per Post nach Nürnberg zum Zentralcomputer geschickt werden, der be*setzte Stellen streicht und neue An*gebote aufnimmt. Nach etwa vier Tagen ist der Streifen wieder zurück – eine relativ lange Zeit, aber per Hand und Papierakte bei großem Arbeitsanfall dauerte mindestens ebenso lange. Die Vorteile liegen eben in der großen Übersicht.

Die Schalterhallen der Postämter hält man für besonders geeignet für die Aufstellung der Geräte, weil sie die meiste Zeit des Tages zugänglich sind. Bei einem Test an der Technischen Hochschule in Darmstadt erwies sich „Mikros" jedenfalls als Renner.

Unter Tränen bittet Emanuelas Vater die Entführer um eine Antwort

Immer neue, aber unverständliche Botschaften im Fall Orlandi / Für den Vatikan chiffriert?

FRIEDRICH MEICHSNER, **Rom**

Die Entführer der seit dem 22. Juni verschwundenen 16jährigen Vatikanbürgerin Emanuela Orlandi treiben ihr grausames Spiel weiter auf die Spitze. Von Tag zu Tag senden sie neue dunkle Botschaften, die die Fahnder verwirren und die Eltern des Mädchens verzweifeln lassen. Sie zerstören damit so gut wie jede Hoffnung, ohne jedoch Sicherheit über das vermutlich tragische Schicksal der Entführten zu geben.

Aufgrund von zwei am Sonntag gefundenen Botschaften, die allgemein als Hinweis auf die Ermordung Emanuelas interpretiert worden waren, wandte sich Vater Ercole Orlandi in einem von Rundfunk und Fernsehen übertragenen, bewegenden Appell an die Kidnapper. Gegen die Tränen ankämpfend, sagte er mit brüchiger Stimme:

„Heute, nach euren Botschaften vom 4. September, haben wir, Vater und Mutter Emanuelas, das Recht, von euch eine präzise Antwort zu fordern: Wenn Emanuela noch lebt, dann beweist uns das! Wenn die geliebte, innigstgeliebte Manuela tot ist, wie aus euren letzten Mitteilungen entnommen werden könnte, dann nennt uns den Ort, wo wir unsere Emanuela finden können, damit wir auf Knien für sie, neben ihr, beten können."

In den jüngsten Botschaften, von denen eine in unmittelbarer Nähe des Vatikans, eine andere in einem nach Castelgandolfo entsandten Aufnahmewagen des italienischen Fernsehens (RAI) hinterlegt und eine dritte telefonisch an die Nachrichtenagentur ANSA durchgegeben worden war, hatten die Entführer die „Operation der vatikanischen Bürgerin Orlandi Emanuela" als „in jeder Hinsicht abgeschlossen" bezeichnet, neue Aktionen zur Befreiung des türkischen Papstattentäters Ali Agca angekündigt, die in letzter Zeit von einer „Front turkesh" übermittelten Kommuniqués zum Fall Orlandi als unecht bezeichnet und schließlich von einem anonymen Anrufer bestellen lassen: „Sie haben mich beauftragt, euch zu bestellen, daß der Papst in der Nähe der Basilika Santa Francesca Romana die Viacruzis zelebrieren wird."

Polizei und Carabinieri hatten daraufhin sofort die ganze Umgebung der auf dem Forum Romanum gelegenen Basilika abgesucht, weil sie annahmen, dort die Leiche des Mädchens zu finden. Die Suchaktion blieb jedoch ergebnislos.

Am Dienstagabend meldeten sich dann die Entführer wenige Stunden nach dem Appell von Emanuelas Vater aufs neue. Mit offensichtlich verstellter Stimme und stark angelsächsischem Akzent sagte ein anonymer Anrufer bei der ANSA die folgenden im Sinn unverständlichen Sätze: „In der Nähe der Basilika Santa Francesca Romana zelebriert der Papst die Viacruzis am Tage der Fälligkeit. Der Papst zelebrierte die Viacruzis mit der Staatsräson und führte uns dazu, für unseren Kontakt vom 20. Juli um 18.30 Uhr den damit zusammenhängenden, komplizierten und angemessenen Rahmen zu wählen."

Am 20. Juli hatten die Entführer dem Pfarrer von Santa Francesca Romana ihre Forderungen für die Freilassung Emanuelas übermittelt. Die jüngste Botschaft wurde allgemein dahingehend interpretiert, daß Emanuela tot sei und der Papst die Verantwortung dafür trage. Kurz danach erreichte die ANSA jedoch ein zweites Telefonat. Darin hieß es, die erste Botschaft sei nicht für die Öffentlichkeit bestimmt gewesen, sondern für „eminente öffentliche Personen des Vatikans". Die darin enthaltenen Sätze seien chiffriert. „Emanuela ist nicht in Santa Francesca Romana. Es ist sinnlos, daß ihr dort sucht." Und dann wieder ein unverständlicher Satz: „Achtung! Ich kann nur sagen, daß die Wahl der Basilika zusammenhängt mit der Fälligkeit." Auf jeden Fall, so schloß der Anrufer, sei „die Operation Agca abgeschlossen", weil der Papst eine ablehnende Haltung eingenommen habe.

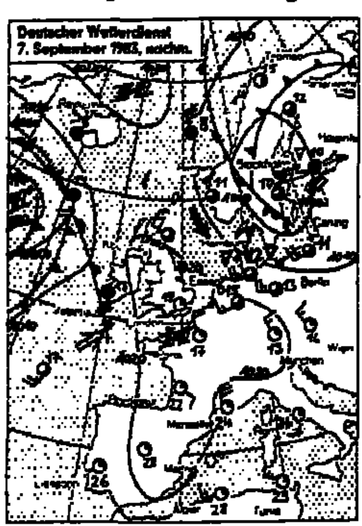
ZU GUTER LETZT

„Dürreschäden: Ein Abbau des Milchbergs auf natürliche Weise" *(Überschrift einer dpa-Meldung)*

WETTER: Mäßigwarm

Wetterlage: Die von Nordwesten einströmende Meeresluft gelangt unter Hochdruckeinfluß. Zum Abend greifen von Westen her erneut Tiefausläufer zunächst auf den Nordwesten, später auch auf das übrige Bundesgebiet über.

Vorhersage für Donnerstag:



Norden: Bei wechselnder Bewölkung *in Schleswig-Holstein noch* einzelne Schauer, sonst zunächst heiter. Abends von Westen her Eintrübung und nachfolgend zeitweise Regen.

Westen: Zunächst heiter und Erwärmung auf 20 bis 23 Grad. Nachmittags Durchzug von Wolkenfeldern, jedoch weitgehend niederschlagsfrei.

Süden: Zunächst sonnig, nachmittags gelegentlich Durchzug von Wolkenfeldern, jedoch kein Niederschlag.

Weitere Aussichten:

Überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen. Weiterhin mäßig warm

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	13°	Kairo	30°
Bonn	15°	Kopenh.	14°
Dresden	13°	Las Palmas	27°
Essen	15°	London	18°
Frankfurt	15°	Madrid	28°
Hamburg	12°	Mailand	24°
List/Sylt	12°	Mallorca	30°
München	13°	Moskau	20°
Stuttgart	14°	Nizza	27°
Algier	28°	Oslo	15°
Amsterdam	15°	Paris	17°
Athen	27°	Prag	14°
Barcelona	26°	Rom	26°
Brüssel	15°	Stockholm	10°
Budapest	18°	Tel Aviv	29°
Bukarest	23°	Tunis	29°
Helsinki	10°	Wien	16°
Istanbul	24°	Zürich	17°

***Sonnenaufgang am Freitag:** 6.46 Uhr, Untergang: 19.52 Uhr, **Mondaufgang:** 9.33 Uhr, Untergang: 21.16 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.

Vier Tote bei Busunglück

Nach Panne bei München / Fahrzeug war nicht zugelassen

PETER SCHMALZ, **München**

Das schwere Busunglück auf der Autobahn München–Nürnberg, bei dem in der Nacht zu Mittwoch vier Reisende im Alter von elf bis 60 Jahren getötet und 48 zumeist schwer verletzt wurden, wirft Fragen nach der Effektivität von Grenzkontrollen auf: Der holländische Bus, der seit drei Jahren nicht mehr zugelassen war und neben total abgefahrenen Reifen auch eine defekte Bremsanlage hatte, konnte trotz dieser Mängel unbehindert von London bis Österreich und wieder zurück in die Bundesrepublik Deutschland fahren.

Die bayerische Grenzpolizei, deren Posten das Fahrzeug zumindest zweimal passiert hat, konnte gestern noch keine Erklärung für diese Lücke im Überwachungsnetz finden. Bisher wurden die Kontrollen als effektiv betrachtet. Ein Sprecher erklärte gegenüber der WELT, allein im vergangenen Jahr *hätten* speziell ausgebildete „Beamte der technischen Überwachung" an 52 738 ausländischen Güterfahrzeugen und Omnibussen Mängel festgestellt. Insgesamt wurden 1982 von der bayerischen Grenzpolizei an 183 022 Fahrzeugen Fehler entdeckt.

Bei der verunglückten Reisegruppe handelt es sich um Engländer und türkische Zyprioten, die von Zypern nach London fahren wollten. Bereits im österreichischen Spielberg hatte ihr Bus eine Bahnschranke durchbrochen und war von einem Zug gerammt worden. Die Gruppe mußte zwei Tage auf den Ersatzbus aus London warten, der in den Niederlanden gemeldet war und einem Unternehmer aus Zypern gehörte.

Eine Stunde nach Mitternacht hatte der Bus gestern früh auf der dreispurigen Autobahn München–Nürnberg bei Allersberg wegen einer Reifenpanne angehalten. Nach ersten Ermittlungen der Polizei ragte das Fahrzeug von der Standspur in die rechte Fahrbahn hinein, als ein Sattelzug aus Österreich auffuhr und die linke Busseite aufschlitzte.

Vier Insassen wurden sofort getötet, die Schwerverletzten in sechs Krankenhäuser geflogen. Eine Frau schwebt in akuter Lebensgefahr. Die beiden Fahrer wurden festgenommen, über einen Haftbefehl soll nach Auswertung der Blutproben entschieden werden.

Harte Linie im Kampf gegen Alkohol

In den USA sank die Zahl der Verkehrstoten nach Einführung einer Promille-Grenze um 4000

AP, New York

Selten in der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika haben Gesetze der Landesparlamente so schnell und so wirksam „gegriffen" wie die in den vergangenen zwei Jahren in allen Staaten mit Ausnahme Kentuckys in Kraft getretenen neuen Strafbestimmungen für das Führen eines Kraftwagens unter Alkoholeinfluß. Nahezu überall ist eine Grenze von einem Promille festgesetzt worden, bei deren Überschreiten sofortige Festnahme und Entzug des Führerscheins auf Zeit drohen.

Die „Highway Users Federation", eine in Washington ansässige gemeinnützige Forschungsgruppe, weist stolz auf die Folgen dieses harten Durchgreifens hin: Die Zahl der Verkehrstoten ist von 52 600 im Jahre 1980 auf 50 700 im Jahr 1981 und 46 300 im vergangenen Jahr zurückgegangen. Und Vincent Tofany, der Präsident des Staatlichen Verkehrssicherungsrates, sagt: „Die Amerikaner sind sich mehr als je zuvor bewußt, was es bedeuten kann, wenn man unter Alkoholeinfluß am Steuer sitzt."

In Ohio bedeutet es beim ersten Verstoß automatisch drei Tage Haft ohne Bewährung. Wer in Nevada zum ersten Mal mit einem Promille am Steuer erwischt wird, muß vom Richter für zwei Tage hinter Gitter geschickt werden, eine Geldbuße von 200 bis 1000 Dollar *bezahlen und für* 90 Tage den Führerschein abgeben.

In 34 Staaten ist Gesetz, daß jeder Kraftfahrer, bei dem ein bestimmter Blutalkoholgehalt festgestellt wird, automatisch der Trunkenheit am Steuer schuldig und entsprechend zu verurteilen ist. Früher galten ein Promille oder mehr lediglich als Indiz für Trunkenheit, über die letztlich dann ein Richter oder die Geschworenen zu befinden hatten.

Damit ist ein wichtiger Rechtsgrundsatz berührt. Früher mußte der Staatsanwalt beweisen, daß der Angeklagte betrunken war. Jetzt ist es umgekehrt: Nun muß der Angeklagte nachweisen, daß er es nicht war. Verschiedene Anwaltskammern haben bereits dagegen protestiert, daß Alkohol am Steuer jetzt zu einem Verbrechen geworden sei, bei dem im Gegensatz zu jeglicher Rechtsüberlieferung der Angeklagte bis zum Nachweis seiner Unschuld als schuldig gelte.

Ein Berufungsgericht in Kalifornien hat die Automatik „ein Promille gleich Schuldig" vor einigen Monaten als ungesetzlich aufgehoben. Gegen diese Entscheidung ist jedoch neuerlich Einspruch eingelegt worden.

Mit der 1,0-Promille-Grenze gehören die USA immer noch zu den großzügigsten Ländern der Welt. Wie die Bundesrepublik Deutschland kennen noch Dänemark, Frankreich, England, Österreich, Spanien und die Schweiz die 0,8-Promille-Grenze. Nur 0,5 Promille ist in Finnland, Griechenland, Island, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen und Schweden erlaubt. Im gesamten Ostblock, einschließlich „DDR", gilt sogar 0,0 Promille. Ganz anders die Lage in Italien, Portugal und Monaco, wo es keine festen Grenzen gibt, Alkohol am Steuer gleichwohl aber strafbar ist.

TIMOTHY HARPER